

Bericht

über die

6. Sozialdemokratische Frauentouferenz in Jena.

Abgehalten am 8. und 9. September 1911.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Frauenbureaus:
 - a) Agitation; b) Frauentag; c) Die Kinderschulskommissionen. Bericht-erstatlerin: L. Bieg.
 - d) Die Lesende; e) Die Beschwerdelommissionen. Bericht-erstatlerin: D. Baader.
2. Die Frauen und die Reichstagswahlen. Bericht-erstatlerin: R. Betkin.
3. Die Frauen und die Gemeindepolitik. Bericht-erstatlerin: R. Wehl.

Erster Verhandlungstag.

Freitag, den 8. September 1911. — Vormittagsführung.

Im großen Saale des Gewerkschaftshauses trat die sechste Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands unter sehr zahlreicher Beteiligung zusammen. Auch viele männliche Delegierte, die schon zum Parteitag hier eingetroffen sind, nehmen an den Verhandlungen teil. Genossin Adelheid Popp aus Wien ist in Vertretung der deutsch-österreichischen Genossinnen erschienen und wird herzlich begrüßt. Für den Parteivorstand sind die Genossinnen Fannkuch, Mollenhuth, Liepmann und Wengels anwesend. Als Gast ist die bürgerliche Frauenrechtlerin M. Cauer erschienen.

Am Abend vorher hat eine geschlossene Sitzung stattgefunden, in der der Parteivorstand durch mehrere seiner Mitglieder vertreten war.

Um 1/10 Uhr morgens wird die Minuteneröffnung eröffnet.

Genossin Bieg: Werte Genossinnen und Genossen! Im Auftrage des Parteivorstandes heiße ich Sie herzlich willkommen und erkläre unsere Konferenz für eröffnet. Sie ist die erste Tagung nach dem Zusammenschluß der proletarischen Männer und Frauen in gemeinsamer politischer Organisation, die uns das Reichsbereinsgesetz, so reaktionär es auch ist, ermöglicht hat. Nachdem wir uns also das politische Kampffeld erobert haben, gilt als nächstes Ziel die Eroberung politischer Waffen, die Eroberung des Frauenwahlrechts und damit des allgemeinen Wahlrechts auf breiterer demokratischer Grundlage. Die Erkenntnis der Notwendigkeit, auch der Frau Waffen für den politischen

Kampf zu erobern, bringt in immer weitere Kreise. Dies beweisen die glänzenden Erfolge der Organisierung der proletarischen Frauen: beim Inkrafttreten des Reichsbereinsgesetzes 29 000, heute 108 000 weibliche Parteimitglieder! (Bravo!) Es ist bekannt, welche Hemmnisse gerade die Agitation unter den Frauen zu überwinden hat. Schon in der Schule wird der junge empfängliche Geist des Kindes mit einem vielberühmten Geisteskrüpp falscher Anschauungen umgeben, die den Blick für die Orientierung außer Welt und Leben trüben. Der junge Mann hat sowohl in der Schulzeit als insbesondere nachher viel mehr Gelegenheit, politisches Wissen zu erwerben, für das junge Mädchen ist häufig die Warnungstafel aufgestellt: „Für Mädchen schickt sich das nicht.“ Die verheiratete Frau hat die dreifache Arbeitslast der Haus- und Erwerbsarbeit und der Pflichten der Mutterschaft zu tragen. Sie führen zur Ueberbürdung der Frauen, sie knicken den Fröhling des jungen Weibes und nehmen ihm die Kraft und Energie zum Widerstand. Dadurch, daß die Frau aber infolge der wirtschaftlichen Entwicklung vom Manne mehr und mehr unabhängig wird, empfindet sie den Druck des Kapitals schwerer und wird für den Kampf gegen die Ausbeutung leichter zu gewinnen sein. Die ökonomischen und politischen Zustände machen sich so sehr bis in die Familie hinein fühlbar, daß es eine schlechte Hausfrau sein müßte, die sich nicht um Politik kümmern wollte. (Zustimmung.) Der Erfolg unserer Tätigkeit tritt auch hervor in der Teilnahme der Frauen an allen proletarischen Aktionen und in der Beschickung dieser Konferenz. Wir sehen hier neben einer ganzen Reihe von Genossinnen, die schon lange in treuer Massenbrüderschaft mit uns den Kampf führen, viele junge, neue Gesichter, Kräfte, die die Arbeiterbewegung geboren hat. (Bravo!)

Wir treten in erster politischer Zeit zusammen. Mit suchbarem Druck lastet die Zoll- und Handelspolitik des Deutschen Reiches auf dem Volke. Infolge der Dürre erreichen gerade die Preise für Kartoffeln, Gemüse und Milch eine unerschwingliche Höhe. Die Not der Massen wird unerträglich. Eine Zunahme der großen wirtschaftlichen Kämpfe wird die Folge sein, das hat sich in England bereits gezeigt und in Frankreich ist es sogar zu Hungerunruhen gekommen. (Sehr richtig!) Die Reichsversicherungordnung ist, statt zu einem Werke der sozialen Fürsorge, zu einem Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter gestaltet worden, unablässig rufen aber die Schanzmacher auch noch nach politischen Ausnahmegesetzen. Der Kampf gegen die Ausbeutung und die zunehmende Opposition der Massen sollen lähmgelegt werden. Der Marokkonflikt zeigt uns die Folgen der herrschenden Kolonialpolitik, des Militarismus und Marinismus, die nicht nur außerordentliche materielle Opfer erfordern, sondern auch die Kriegsgefahr in Permanenz erhalten und die Reaktion im Innern stärken. (Sehr wahr!) Mit brennender Ungeduld erwarten wir alle, ermarket das gesamte Proletariat den Tag der Reichstagswahlen, wir hoffen von diesem Gerichtstag, daß er uns einen glänzenden Sieg bringen wird. Wir wollen da auch Abrechnung halten über die politische Entrechtung der Arbeiterklasse in Preußen und manchem anderen Bundesstaat. (Beifall.) Möge die Konferenz ein Spiegelbild des geistigen Lebens der proletarischen Frau geben und dazu beitragen, der Frauenbewegung kräftige neue Impulse zu geben! (Beifall.)

Als Vorsitzende werden gewählt Genossinnen Baader und Bieg. Genossin Betkin hat die Wahl zur Vorsitzenden abgelehnt, da sie als Mitglied der Kontrollkommission an wichtigen Sitzungen teilnehmen muß. Zu Beisitzerinnen werden gewählt die Genossinnen Pachtental, Radwiz, Blase-Mannheim, Pufe-Jena. Als Schriftführerinnen die Genossinnen Undeutsch-Magdeburg, Grünberg-Mürnberg, L. Baumann-Altona, Bollmann-Halberstadt.

Genossin Tuse-Zena begrüßt die Delegierten im Namen der Jenaeer Genossinnen.

Genossin Pfannkuch-Berlin: Die Vorsitzende hat die Konferenz im Namen des Parteivorstandes eröffnet, und schon dadurch ist ausgesprochen, daß die Sympathie des Parteivorstandes Ihnen entgegengebracht wird, daß alles, was Sie verhandeln, das tiefste Interesse des Parteivorstandes besitzt und daß auch wir wünschen, daß Ihre Arbeiten nutzbringend für die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie als Glied der großen internationalen Völkerverfamilie sein mögen. Daß ich das noch einmal ausspreche, kommt daher, daß nach dem Rezept gearbeitet wird: Doppelt genäht hält besser! (Heiterkeit.) Durch unsere Teilnahme an den Verhandlungen kommt auch zum Ausdruck, daß die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung fest begründet ist, daß es wohl Genossen und Genossinnen dem Geschlecht nach gibt, daß wir aber sonst nur Sozialdemokraten kennen. Die Einheit, die durch unser Organisationsstatut äußerlich zum Ausdruck gebracht wird, soll auch innerlich Seele und Leben bekommen, dazu mögen Ihre Verhandlungen beitragen, die besetzt sind von dem Geiste Brüderlichen und schweizerlichen Zusammenarbeitens mit den Parteigenossen. Daß es Ihnen gelingen möge, auch auf dieser Tagung einen tüchtigen Schritt vorwärts zu marschieren, wünscht Ihnen der Parteivorstand von Herzen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzende Genossin Biez teilt mit, daß als Vertreterin des Arbeiterinnensekretariats die Genossin Hanna, als Vertreterin der österreichischen Genossinnen die Genossin Popp aus Wien erschienen sind.

Genossin Popp: Genossen und Genossinnen! Ich kann leider nicht davon sprechen, daß es für die Sozialdemokratie Oesterreichs keine andere Organisation gibt, als die gemeinsame, nicht weil wir es nicht anders haben wollen, sondern weil unser Gesetz es nicht anders will. § 30 des österreichischen Vereinsgesetzes verbietet „Frauenspersonen“ Mitglieder politischer Vereine zu werden. Freilich ist der Paragraph durch den Vorstoß der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten gefallen, aber noch hat das Herrenhaus nicht gesprochen, so daß der Beschluß noch nicht sanktioniert ist. Doch trotz aller Widerstände und Hemmnisse ist es uns gelungen, vorwärts zu kommen, und wenn ich auf der Frauenkonferenz in München noch erklären mußte, daß wir in Oesterreich gar keine politisch organisierten Frauen haben, kann ich heute berichten, daß es bei uns bereits 15 000 bis 17 000 politisch organisierte Frauen gibt. (Wabral.) Freilich nicht innerhalb eines Vereins, sondern nur in losem Gefüge. Auch unsere Arbeiterinnenzeitung hat heute bereits 24 000 Abonnenten. Auch eine Dienstbotenorganisation haben wir in Wien gegründet, die eine äußerst erfreuliche und vielversprechende Entwicklung nimmt. Die Genossin Biez hat auf die Teuerung aller Lebensmittel hingewiesen. Wir können daselbe Lied singen. Die Empörung und Verzweiflung darüber hat so weite Kreise erfasst, daß es nur eines Wortes bedürfte, und Arbeiter und Arbeiterinnen wären bereit, alles zu unternehmen, um dagegen zu nehmen. Dazu kommt noch eine unerträgliche Teuerung aller Wohnungen. Da ist es nötig, daß die Frauen den Kampf nicht nur den Männern überlassen, wir müssen uns vielmehr bemühen, Aufklärung in die Reihen der Frauen zu bringen und sie aufzurufen zur Organisation. Wenn wir auch nicht sehr bald von Hunderttausenden organisierter Frauen werden sprechen können wie Sie, so hoffe ich doch, daß Ihre Beschlüsse auch anfeuernd und befruchtend auf unsere Bewegung wirken werden. Und in diesem Sinne begrüße ich Sie im Namen der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs. (Lebhafter Beifall.)

Zum ersten Punkt der Tagesordnung:

Geschäftsbericht des Frauenbureaus,

a) Agitation, b) Frauentag, c) Kinderbeschulungskommissionen, erhält das Wort als Berichterstatterin

Genossin Biez: Genossen und Genossinnen! Nachdem in Nürnberg die Grundlage der gemeinsamen Organisationen vereinbart war, hat das Frauenbureau einen anderen Charakter bekommen. Früher war es die selbständig arbeitende Zentrale der proletarischen Frauenbewegung, nunmehr wurde es eine Unterabteilung des Parteivorstandes. Wir unterbreiteten dem Parteivorstand einen Arbeitsplan, der seine Billigung fand. Die Berichte über unsere Tätigkeit lagen in den einzelnen Jahren gedruckt den Parteitag vor, ich brauche daher nur noch einmal kurz die großen Gesichtspunkte hervorzuheben. Nach dem Zusammenschluß richteten wir zunächst einen Aufruf an die Frauen, entsprechend dem Nürnberger Beschluß zu handeln und überall den Eintritt in die Parteiorganisation zu vollziehen. Wir versandten Fragebogen, um zu erfahren, wie weit das überall geschehen ist, und die Antworten gaben uns ein klares Bild von dem Stand der Frauenbewegung. Es zeigte sich, daß gerade in solchen Ländern, in welchen vor dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes die Frauen politisch nicht organisiert sein durften, in Braunschweig, in Mecklenburg, die Frauen sehr zahlreich den Organisationen beigetreten waren, also unser Arbeiten dort auch unter den früheren erschwerten Verhältnissen war nicht erfolglos gewesen. Leider müssen wir sagen, daß in Süddeutschland, wo der Bewegung schon früher nicht dieselben Hemmnisse entgegenstanden, die Bewegung nachsank. Die industrielle Entwicklung ist in Süddeutschland nicht so weit fortgeschritten, wie in Mittel- und Norddeutschland, und hat das Denken und Fühlen der Frauen daher nicht in dem gleichen Grade beeinflusst. Aber auch dort traten wir mit den Bezirksleitungen in Verbindung, und unsere Anregungen fielen auf fruchtbaren Boden. Daß wir mit einer Anzahl von Bezirksleitungen persönlich Rücksprache genommen haben, war von ganz besonders gutem Erfolge für die Agitation.

Die mündliche Agitation bestand nicht nur aus den 45 bis 48 Agitationstouren, die das Frauenbureau pro Jahr veranstaltete, sondern auch die Bezirke haben nicht wenige Agitationstouren veranstaltet. Wirkame Unterstützung bot ein Flugblatt, das gleich nach Nürnberg ausgegeben wurde und im allgemeinen die Notwendigkeit der politischen Betätigung der Frau darlegte, es wurde in 1½ Millionen Exemplaren verbreitet. Außer den Flugblättern des Frauenbureaus sind vielfach lokale Flugblätter verbreitet oder die Muster-Flugblätter nachgedruckt worden. Besonders zu nennen ist der Kampf gegen die Reichsfinanzreform und die Agitation, die an die Arbeiterinnen-Schulbestimmungen, der Gewerbeordnungs-Novelle anknüpfte; sie war in Gemeinschaft mit der Generalkommission veranstaltet, und wir wünschen, daß dieses erfreuliche gemeinsame Arbeiten auch in Zukunft stattfinden möge. Besonders notwendig ist es, die weiblichen Mitglieder der Krankenkassen auf die Wahlen aufmerksam zu machen, insbesondere jetzt unter der Reichsversicherungsgesetzgebung. Unsere Genossinnen müssen in den örtlichen Kartellen die Aufstellung weiblicher Kandidaten fordern. Auch die Wahlbewegung für die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ist zur Propagierung des Frauenwahlrechts auszunutzen. An dem preussischen Wahlrechtskampf haben wir uns äußerst lebhaft beteiligt. Kein Aufruf, kein Flugblatt, keine Resolution, in der nicht auch das Frauenwahlrecht gefordert wurde. In allen Referaten ist seine Notwendigkeit scharf und erschöpfend begründet worden. Ein eigenes Wahlrechtsflugblatt ist aber

leider nicht in der nötigen Anzahl angefordert worden, vielleicht, weil weniger besondere Frauenversammlungen als allgemeine Volksversammlungen stattgefunden haben. In Groß-Berlin wurde ein eigenes Frauenflugblatt für die Landtagsersatzwahlen vorbereitet. Das in Magdeburg beschlossene Flugblatt gegen die Feuerung wurde in Massen verbreitet. Von außerordentlichem Erfolg begleitet waren die Versammlungen aus Anlaß der Reichsversicherungsordnung. Wenn die Reichsversicherungsordnung auch gesetzlich erledigt ist, für uns ist sie agitational noch lange nicht erledigt. (Lebhafte Zustimmung.) Nichts kann mehr die Frau davon überzeugen, daß keine Partei ihre Interessen vertritt als die Sozialdemokratie, als wenn wir den Frauen vortreten, wie die bürgerlichen Parteien ihre Interessen mit Füßen getreten haben. Die Regierung erklärte, daß die Annahme weitergehender Anträge in bezug auf Mutter- und Säuglingschutz die ganze Reichsversicherungsordnung unannehmbar machen würde. (Hört! hört!) Das ist so empörend, daß wir es nicht oft genug wiederholen können. Hunderttausende Frauen müssen mit schmerzdurchwühltem Körper bis zum letzten Augenblick arbeiten, in Preußen müssen 128 000 Frauen ohne jede Hebammen- oder ärztliche Hilfe entbinden, und kurz darauf müssen sie, von der Not gepeitscht, wieder an die Arbeit gehen. Von allem Mutterglück behalten sie nichts übrig, als eine Anzahl Kindergräber auf dem Friedhof. (Bewegung.) Wenn wir den Frauen klarmachen: so haben die bürgerlichen Teile Interessen vertreten, hättet Ihr alle in unseren Reihen gestanden, so hätten unsere Abgeordneten viel mehr durchsetzen können — glauben Sie nicht, daß das vielen die Augen öffnen wird? (Stürmische Zustimmung.) Darum müssen wir diese Agitation und die für eine wirksame Witwen- und Waiserversicherung immer wieder in den Vordergrund stellen. Hierbei haben wir namentlich des volksverräterischen Zentrums zu gedenken. Statt Witwen- und Waiserversicherung gibt es Witwen- und Waiserverböhnung, der sie eine Witwen- und Waiseneraubung zugesellen. Das alles sind Fragen des praktischen Lebens, und ihre Behandlung muß dazu beitragen, daß die Frauen den Kampf mit uns führen für eine bessere Gegenwart und Zukunft. (Großer Beifall.)

Ihren Höhepunkt erreichte unsere Agitation in dem glänzend gelungenen ersten Sozialdemokratischen Frauentag am 19. März dieses Jahres. Das war nicht nur eine mächtige Kundgebung zugunsten des vollen Bürgerrechts der Frau, sondern vor allem wurde die alle sozialdemokratische Programmforderung mitten in den Vordergrund des Interesses gerückt und die Frauen selbst sind die Träger dieser Forderung gewesen. Ein eigenes Flugblatt wurde in 2½ Millionen Exemplaren verbreitet und die „Gleichheit“ hat ein eigenes Wahlrechtsflugblatt mit Beiträgen bekannter Genossinnen des In- und Auslandes herausgegeben. In manchen Orten wurden Hunderte neuer Mitglieder am Frauentage gewonnen. Für die Zukunft muß die Mitgliederaufnahme noch besser organisiert werden. Der Frauentag hat gezeigt, daß die Frauen politisch reif geworden sind, er hat auch das Vertrauen der Frauenwelt in die Sozialdemokratie gestärkt. Den Frauen ist zum Bewußtsein gekommen, daß überall, wo die Fahne des Sozialismus entfaltet wird, für Frauenrecht und Frauenschutz gekämpft wird. (Bravo!) Die Mitarbeit der Genossinnen ist an manchen Orten musterhaft eingerichtet. Ich denke mir aber diese Mitarbeit nicht etwa so, daß die Beiträge der weiblichen Mitglieder von den Genossinnen und die der männlichen von den Genossen kassiert werden. Alle Arbeit soll gemeinsam sein. Nur die Agitation unter den Indifferenten muß infolge ihrer Unverständlichkeit und mit Rücksicht auf die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse eine besondere sein, die anknüpft an Fragen, die das Interesse der Frauen in besonders hohem Maße in Anspruch nehmen.

Den Wünschen, öfter als bisher Artikel an die Parteipresse zu schicken, können wir nicht nachkommen, da wir doch noch andere Aufgaben haben. Die Genossinnen sind verpflichtet, auch an der örtlichen Parteipresse mitzuarbeiten. Wir haben auch die zur Agitation vorbereiteten Kalender mit Beiträgen versorgt und diese stille Arbeit hat sicherlich auch ihre Früchte gebracht. Es ist die Anstellung weiblicher Parteisekretäre auch ihre Früchte gebracht. Es ist die Anstellung weiblicher Parteisekretäre angeregt worden. (Lebhaftes Gehr richtig!) Diesem Wunsch soll nach den Reichstagswahlen nähergetreten werden. Daß weibliche Sekretäre sehr gut wirken würden, ist nicht zu bezweifeln. Die Erfolge der Agitationsstunden könnten dadurch befestigt werden. Heute ist gerade die Wiedererlangung der einmal verloren gegangenen Mitglieder sehr schwierig. Auch die Leitung der Abendende erfordert an manchen Orten eigene Kräfte. Wir wollen in Zukunft noch mehr Agitationsmaterial ausgeben und natürlich stellt uns die Reichstagswahl vor besondere Aufgaben. Die kleine Broschüre: „Die Frauen und die Reichstagswahlen“ ist bereits in 60 000 Exemplaren verbreitet und mindestens 10 000 Exemplare der Schrift: „Die Frauen und der politische Kampf“ sind bereits bestellt. Während die erste Schrift der Agitation unter den Indifferenten dient, ist die letztere für die Genossinnen bestimmt. Eine weitere Flugchrift und die nötigen Flugblätter werden rechtzeitig zur Verfügung gestellt. Sowie über Agitation und Organisation.

Durch Beschluß der Bremer Frauenkonferenz sind die Kinderschutzkommissionen eingerichtet worden, die die Erwerbsarbeit von Kindern zu kontrollieren, gegen sie einzuschreiten und Material hierüber zu sammeln haben. Durch ein Zirkular des Vorstandes und der Generalkommission ist diesen Kommissionen empfohlen worden, zunächst durch gütliche Vereinbarung zu versuchen, Wandel bei Uebertretungen zu schaffen; wo das nicht hilft, dort solle man übergehen zu Anzeigen an die Gewerbeinspektion oder die Gewerbebehörde. Das Ziel muß sein, an die Stelle der Erwerbsarbeit der Kinder die Arbeitsschule zu setzen. (Sehr richtig!) Die Ergebnisse der Arbeit der Kinderschutzkommissionen sind auf Beschluß des Parteivorstandes von dem Frauenbureau bearbeitet worden. In dem Schlußkapitel dieser Broschüre, die wir Ihnen leider heute noch nicht vorlegen können, ist auch ein Ausblick auf die weitere Tätigkeit der Kinderschutzkommissionen gegeben. Sie sollen in Zukunft nicht nur die Einhaltung der Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes überwachen und der Kinderbewahrung entgegenarbeiten, sondern wo sie feststellen, daß die bittere Not der Eltern sie treibt, die Kinder in die Erwerbsarbeit zu schicken, sollen sie helfend eingreifen. Nicht nur Stiftungen soll man dazu in Anspruch nehmen, sondern unbedenklich auch die Armenverwaltung, denn es handelt sich in solchen Fällen nicht um ein demütiges Bitten, sondern um einen Rechtsanspruch. (Zustimmung.) Deshalb müssen die Kinderschutzkommissionen in engste Fühlung treten mit den Genossinnen und Genossen, die in der Armenverwaltung, in den Waisenkommisionen und als Stadtverordnete tätig sind. Weiter muß das gesamte Material, das die Kommissionen zutage fördern, auch agitational nutzbar gemacht werden, damit an der Hand desselben auch unsere Forderungen an die Gemeinde, wie die Einführung von Schulspeisungen, von Kindergärten und Kinderhorten mit Nachdruck geltend gemacht werden. Diese Agitation wird auch die Entwicklung des Kinderschutzes in der Richtung zum Verbot jeglicher Erwerbsarbeit von Kindern bis zum vollendeten 14. Lebensjahre weitertreiben. Wo entsprechende formale Einrichtungen noch nicht bestehen, sollen Mitglieder der Kinderschutzkommissionen die Kinder der Genossen und Genossinnen um sich sammeln und an bestimmten Tagen in den Ferien mit ihnen ins Freie wandern und sie dort unter ihrer Aufsicht sich vergnügen und spielen lassen. Durch solche Tätigkeit werden die Genossinnen auch einen außerordentlichen Einfluß auf die Kinder und ihre Eltern gewinnen. Bei

einer weiteren Ausgestaltung der Kinderschulskommissionen werden diese wesentlichen leisten können bei dem Bemühen, den Kindern die Freude und die Freiheit der Jugend wiederzugeben und ihre Entwicklungsmöglichkeit zu fördern. Die Kommissionen werden ein gutes Stück Volkserziehung leisten können.

Durch den Anschluß der Frauen an die gemeinsame Organisation haben wir an Bewegungsfreiheit eingebüßt und manche Genossin, die in einer gut entwickelten Frauenbewegung tätig war, mag sich dadurch beengt fühlen. Aber wir haben dafür die Unterstützung der Gesamtorganisation und der gesamten Partei erhalten. Manche von uns angeregte Aktion konnten wir früher nicht ausführen, weil es an Mitteln und Kräften fehlte. (Sehr wahr!) Das ist anders geworden. Ich freue mich, daß wir gemeinsam mit den Genossen die Proletarierinnen heranholen und schulen wollen. Dadurch, daß die Autorität der Partei hinter uns steht, hat unsere Werbekraft zugenommen. Das zeigt sich in den Fortschritten der Frauenorganisation. Die Frauen haben es verstanden, sich innerhalb der gemeinsamen Organisation durchzusetzen, und wenn sie und da auch noch Reibungen und Konflikte entstehen, so ist es doch nur eine Frage der Zeit, daß sie verschwinden. Ich bitte Sie daher, auf dem begangenen Wege fortzuschreiten, damit wir auf der nächsten Frauenkonferenz sagen können, wir haben viel glänzendere Fortschritte gemacht als in den ersten drei Jahren unseres Zusammenstehens. (Beifall und Händeklatschen.)

Auf Antrag der Genossin Zeffin = Stuttgart wird sofort in die Diskussion über das Referat eingetreten.

Genossin Raue-Braunschweig: Auch nach dem Inkrafttreten des Reichsbereinsgesetzes wird unsere Frauenbewegung in Braunschweig von der Polizei in der verschiedenartigsten Weise schikaniert: Versammlungen unter freiem Himmel werden verboten und Teilnehmerinnen an öffentlichen Versammlungen werden auf dem Nachhausewege sistiert und mit Strafmandaten bedacht. Der bürglichen Frauenbewegung werden die gleichen Hindernisse nicht bereitet. — Auch für Braunschweig ist von der Partei die Einrichtung von Diskutierabenden für die Frauen beschlossen. Ebenso ist eine Kinderschulskommission gegründet.

Genossin Fahrenwalb-Berlin: Aus der reichen Fülle des Materials, das die Genossin Zieg angeführt hat, will ich nur einige Punkte herausgreifen. Unsere Frauenbewegung ist groß geworden, doch hätte sie noch weit größer sein können, wenn der in den Versammlungen ausgebreitete Same besser gepflegt würde. Die leitenden Genossen sind dazu nicht imstande und deshalb sollten auch weibliche Parteisekretäre angestellt werden. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wenn die Genossen uns auch ehrlich versprechen, für die gewonnenen Genossinnen Lesesaale einzurichten, so können sie das nicht tun, weil sie überlastet sind. Auch ist es eine unleugbare Tatsache, daß die weibliche Agitatorin bei den Frauen mehr Erfolge aufzuweisen hat, wie der männliche Agitator. Die Frauen versichern, ihre Geschlechtsgenossinnen an ihrem wirtschaftlichen Elend zu leiden. Der Erfolg des Frauentages war ein guter; aber auch da ist in der Leitung verschiedentlich nicht richtig gearbeitet worden und auch das beweist die Notwendigkeit der Parteisekretärinnen. Auch dafür müßten die Parteisekretäre Sorge tragen, daß in jeder Versammlung eine genügende Anzahl von Probenummern der „Gleichheit“ vorhanden ist.

Genossin Evers-Hannover: Mit der allgemeinen Beteiligung an dem Frauentage konnten wir zufrieden sein. Aber gerade dieser Frauentag beweist, daß an dem schlechten Besuch der Versammlung durch die Frauen lediglich die Genossen selbst schuld sind. Die Frauen, die ich nach dem Frauentage aufsuchte, um sie für die Organisation zu gewinnen, erklärten mir oft, dies sei die erste

Versammlung gewesen, die sie besucht hätten. Wie schädlich die geringe Aufklärung der Frauen ist, zeigte sich in Hannover bei dem großen Maurerstreik. Damals wurde eine Versammlung einberufen, um die Frauen darüber aufzuklären, daß sie die Männer zum Ausmarsch und nicht zum Wegenteil anfeuern müßten. An die Genossen also müssen wir appellieren, daß sie ihre Frauen nicht zurückhalten, sondern zum Besuch der Versammlungen anfeuern.

Genossin Zeffin: Von den vielen Miskulten des Frauentages, die hier besprochen worden sind, ist noch eins von besonderer Bedeutung hinzuzufügen. Der Frauentag hat durch seine Konsequenzen erwiesen, wie außerordentlich wichtig es im Interesse der proletarischen Frauenbewegung und der gesamten Sozialdemokratie ist, daß man den Genossinnen ein gewisses Recht der Initiative und eine gewisse Bewegungsfreiheit läßt, selbstverständlich, im Rahmen der Organisation. Als es sich darum handelte, den Antrag auf Abhaltung des Frauentages in Kopenhagen einzubringen, standen so viele Genossen und Genossinnen diesem Antrag ablehnend gegenüber, daß er nicht namens der ganzen deutschen Delegation eingebracht werden konnte, sondern als von Einzelpersonen eingebracht gelten mußte. Die Beschränkungen, daß diese Aktion nicht zum Nutzen der allgemeinen sozialdemokratischen Bewegung durchgeführt werden könnte, sind glänzend widerlegt worden. Unser Auftreten hat nicht den schwächsten frauenfeindlichen, eigenbrüderlichen Beigeschmack gehabt. Unsere Aktion war eine solche des aufgeklärten und organisierten Proletariats ohne Unterschied des Geschlechts. Der sozialdemokratische Frauentag ist ohne Zweifel die ernsteste und gewaltigste Kundgebung, die in den letzten Jahren für das Frauenwahlrecht überhaupt stattgefunden hat. (Sehr richtig!)

Die mit so viel Tamtam und Reklame veranstalteten Kundgebungen der Suffragettes in London machen nach außen hin gewaltigen Eindruck, aber sie haben niemals die innere Kraft und die politische Wirkung wie unser Frauentag, der gezeigt hat, daß der Kampf für das Frauenwahlrecht in Deutschland nicht nur und nicht in der Hauptstadt von der Elite der bürgerlichen Frauenbewegung getragen wird, sondern daß er eine Massenerscheinung ist, die in der breiten Schicht der erwerbstätigen proletarischen Frauen ihre Kraft und Stärke bezieht. Je schwächer sich die bürgerliche Frauenbewegung erweist, eben als Reflexbewegung des schwächlichen bürgerlichen Liberalismus, die Forderung des gleichen Wahlrechts zum Siege tragen zu können, um so wichtiger ist es, daß wir dem ganzen weiblichen Geschlecht vor Augen führen, daß es in Deutschland nur eine Partei gibt und sogar eine das allgemeine Leben beherrschende Partei, die Sozialdemokratie, die konsequent und mit der höchsten Treue wieder und wieder für die Forderung eintritt, die eigentlich nur die Konsequenz des zu Ende durchgedachten Liberalismus ist. Wir lenken die Blicke aller mit zwingender Gewalt darauf, daß heute auch im Kampfe für die volle Gleichberechtigung der Geschlechter die Sozialdemokratie allein die Testamentsvollstreckerin des Liberalismus und Idealismus ist, der in der voraufgegangenen Periode vom Bürgertum vertreten wurde, und diese Lehre vor der Öffentlichkeit nicht spurlos vorübergehen. Weite Kreise des weiblichen Proletariats werden dadurch veranlaßt, sich um das Banner der Sozialdemokratie zu scharen. So segensreich aber auch die Wiederholung des Frauentages wirken wird, so möchte ich doch nicht, daß man sich von vornherein an ein bestimmtes Datum binden sollte. (Sehr richtig!)

Wir wissen nicht, wie die politische Situation bei den Reichstagswahlen sich gestalten wird und wann und unter welchen Formen eine Erneuerung des preussischen Wahlrechtskampfes eintreten kann, die auch alle Bundesstaaten, wo das allgemeine Wahlrecht noch nicht eingeführt ist, in Mitleidenschaft ziehen muß. Ueberlassen wir darum die Festsetzung des Tages jener Instanz, die bis-

her mit väterlicher Weisheit und väterlichem Wohlwollen unsere Bewegung unterstützt hat, nämlich dem Parteivorstand. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Genossin Roth-Hamburg: Wir sind mit unserer Mitgliederzunahme nicht zufrieden. 900 Mitglieder für Hamburg sind entschieden zu wenig. Die Broschüre der Genossin Bieh: „Mutter- und Säuglingschutz“ haben wir gratis verteilt. Der Frauentag brachte uns eine große Anzahl neuer Mitglieder. Der Kinderschuttkommission hat sich eine große Anzahl Genossinnen zur Verfügung gestellt, obgleich es schwer ist, die Genossinnen zu diesem sehr unangenehmen Posten heranzuziehen. Das Zusammenarbeiten der Genossen in Hamburg ist ein gutes, alles, was für die Agitation unter den Frauen notwendig ist, wird uns bewilligt.

Genossin Seelinger-Meiningen: Obgleich wir auch schon vor dem Reichsvereinsgesetz das Recht hatten, Frauen in politische Vereine aufzunehmen, sind ein gut Teil unserer Genossen noch heute der Meinung, daß die Frau es nicht nötig habe, sich um die politische Bewegung zu kümmern, und so war am Frauentage die erste Frauenversammlung seit 6 Jahren überhaupt. (Sört! hört!) Und das, obgleich doch Meinungen von der Heimindustrie durchsücht ist. Immerhin haben wir Fortschritte gemacht. Was mich bewegt hat, das Wort zu nehmen, ist, daß meiner Ansicht nach die Frauenwahlrechtszeitung ihren Zweck, der Agitation unter den indifferenten Frauen zu dienen, nur sehr unvollkommen ausführen konnte, weil sie zu viele und zu schwer verständliche Artikel enthielt. Darum möchte ich bitten, künftig bei Herausgabe einer solchen Zeitung eine andere Art der Aufmachung dafür zu wählen.

Genossin Grünberg-Mürnberg: Durch die Anstellung weiblicher Sekretäre würde die Frauenbewegung gewaltig vorwärts gehen. (Sehr richtig!) In Nürnberg hätte sich die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder in fünf Jahren nicht von 2000 auf 11 000 vermehrt und wir hätten nicht 1300 politisch organisierte Frauen, wenn nicht eine Sekretärin angestellt wäre. Je aufgeregter die Frau ist, desto mehr Forderungen kann sie doch stellen und desto besser müssen die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterklasse werden. Der Frauentag ist bei uns glänzend, aber auf dem Lande weniger gut verlaufen. Auch in München war die Beteiligung nicht so groß. Die „Gleichheit“ ist für die Referentinnen geschrieben, aber nicht für das Volk. Nicht der eigentliche Inhalt, sondern die Kinderbeilage hat die „Gleichheit“ so außerordentlich beliebt gemacht. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Wenn irgend möglich, sollte Genossin Jettin noch einmal umfalten (große Heiterkeit) und die „Gleichheit“ populärer schreiben. Der hohe Monnetenstand ist durch die Abmonneten der Gewerkschaften hervorgerufen. Es kommt aber nicht auf die Abmonnetenzahl, sondern darauf an, daß die Zeitung gelesen wird! (Zustimmung.) Zur Tätigkeit der Kinderschuttkommission möchte ich auf die Armenpflege hinweisen. Was gelang es durchzusehen, daß für 100 Kinder, die im Nürnberger Armenhaus untergebracht sind und dort verwahrlosten, ein Kindergarten errichtet und eine Kindergärtnerin angestellt wurde. Die Vernehmten der Armen werden wir für die Arbeiterbewegung nicht gewinnen können. Die Kinder aber können wir nach und nach erziehen und später können sie der Arbeiterbewegung zugeführt werden. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Dunder-Stuttgart: Wenn wir in Süddeutschland in Bezug auf die Frauenorganisation noch zurückgeblieben sind, so liegt das an den rückständigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Immerhin sind wir in Stuttgart seit 1908 von 77 auf 500 Mitglieder gekommen und in Öppingen haben wir bei 500 männlichen 300 weibliche Mitglieder. Die Kleinbürgerliche Rückständigkeit spielt hier auch noch eine große Rolle. Viele Frauen scheuen sich, in eine

öffentliche Wirkerschaft zu gehen und es ist vorgekommen, daß Ehemänner ihren Frauen die Teilnahme an den Diskussionsabenden untersagten, wenn sie länger als bis 10 Uhr abends ausblieben. (Große Heiterkeit.) Zu dem Punkt Kinderarbeit beantrage ich namens der Stuttgarter Genossinnen die von uns eingebrachte Resolution. Bei uns in Stuttgart wird leider die „Tagewacht“ noch vielfach durch Kinder ausgetragen. Wenn man an die Eltern herangeht, wird man auch noch grob abgewiesen. Wir müssen also zunächst intensive Aufklärungsarbeit leisten. (Bravo!)

Genossin Wadwig-Dresden: Daß die Genossen uns nicht genügend Mittel zur Agitation zur Verfügung stellen, darüber kann ich nicht klagen. Wir müssen aber dafür sorgen, daß die Mitarbeit der Frauen selbst stärker wird und der Kreis derer, die sich an der Mitarbeit beteiligen, größer. Deshalb befürworte auch ich die Anstellung weiblicher Parteisekretäre. Wichtig ist auch die Mitarbeit der Presse. Wenn diese größer wird, wenn mehr Arbeiterinnen an der Arbeit in der „Gleichheit“ sich beteiligen, wird diese auch populärer werden.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittagsführung.

Vorsitzende Bieh: Vor Eintritt in die Verhandlungen wollen wir unserer Toten gedenken. In den vergangenen drei Jahren, besonders im letzten, hat der Tod reiche Ernte unter den Genossen und Genossinnen gehalten. Unter den vielen, die er uns entziffen, gedenke ich besonders der Genossin Emma Thier, die eine Pionierin gewesen ist der Frauenbewegung und der allgemeinen gewerkschaftlichen Bewegung. Weiter bedauern wir den Verlust der Genossin Julie Webel, die freilich innerhalb der Arbeiterbewegung nicht sehr hervorgetreten ist, aber die Berliner Genossen wissen, daß in jener Zeit, in der es noch schwer war, sich innerhalb der Arbeiterbewegung zu betätigen, es keine Veranstaltung der Frauen gab, in der Genossin Julie Webel fehlte. Vor allem aber danken wir ihr für das, was sie innerhalb ihrer Familie getan und wodurch sie unserem Genossen Webel erst die Möglichkeit gegeben hat, das für uns zu sein, was er uns war und ist. Schwere Verluste haben auch die Genossen in Augsburg und Mannheim erlitten und wir bedauern mit ihnen und so vielen anderen den Verlust aller derer, die, in der großen Oeffentlichkeit weniger bekannt, doch eifrig und pflichttreu gewirkt haben. Besonders möchte ich des Genossen Singer gedenken, der uns auf der vorigen Frauenkonferenz beglückte und der stets bereit war, unsere Bewegung zu fördern. Ich bitte Sie, sich zum Gedächtnis unserer Toten von Ihren Plätzen zu erheben. (Die Versammelten ehren das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen.)

Begrüßungstelegramme sind von den Genossinnen aus Leipzig und Gera eingegangen.

Genossin Ennenbach-Frankfurt a. M.: Dem Antrag der Genossin Jettin, den Frauentag in ganz Deutschland zu wiederholen, werden wir wohl alle zustimmen. Die Genossinnen der Städte, in denen durch diese Veranstaltung 300 bis 400 Genossinnen neu gewonnen wurden, sollten uns näheres über die Art ihrer Agitation mitteilen, damit auch wir anderen in ähnlicher Weise vorgehen. Zur intensiveren Agitation unter den Frauen werden wir in allen Unwohlbezirken neben den männlichen auch weibliche Funktionärinnen stellen. — Unsere Kinderschuttkommission in Frankfurt ist noch jung, hat aber doch schon recht gute Erfolge erzielt, sie hat auch schon weitergehende Aufgaben erfüllt und in den Ferien die Schulkinder täglich in den Wald geführt.

Genossin Ott-Ganau: Ueber den Zuwachs an Mitgliedern in ganz Deutschland werden wir uns wohl alle freuen. Ich habe aber doch wahrgenommen, daß er in erster Linie in den großen Städten erzielt ist. In den noch rückständigen ländlichen Wahlkreisen fehlt es an Sekretären. Wo die Anstellung eines zweiten Sekretärs notwendig wird, sollte man einen weiblichen anstellen. (Zustimmung.) In den Landorten werden wir außerordentlich schikaniert. So verbietet ein Bürgermeister eine mangels eines Lokals auf einem Hof einberufene Versammlung, weil auf dem Hofe ein Hausen Steine läge und eine Leiter an einem Baum stände. (Heiterkeit.) Trotzdem kommen wir vorwärts, und werden um so schneller vorwärts kommen, je mehr es uns gelingt, auch die Männer für die Frauenbewegung zu interessieren.

Genossin Trinks-Karlsruhe: Nach dem neuen badiſchen Gemeinbewahlgeseß müssen den Schul- und Armenkommissionen Frauen angehören. Die Schulung der Frauen ist deshalb bei uns wichtiger als in den Bundesstaaten, wo die Frauen noch nicht solche Rechte haben. Ich bin nicht für eine Aenderung des Inhalts der „Gleichheit“, sondern dafür, daß von den Provinzial- oder Bezirksparteitag Frauenbeilagen für die Tageszeitungen geschaffen werden. Die ausgezeichnete Kinderbeilage der „Gleichheit“ könnte doch der Parteipresse beigelegt werden. Die Anstellung weiblicher Parteisekretäre ist mir durchaus sympathisch.

Genossin Blase-Mannheim: Im ersten badiſchen Kreis ist die Zahl der weiblichen Mitglieder von 233 auf 584 Mitglieder gestiegen, was zumeist dem Kampf gegen die Teuerung und dem Frauentag zu verdanken ist. In Mannheim ist es uns gelungen, überall Einfluß zu gewinnen. Wir sind vertreten im Parteivorstand und im Jugendbildungs-ausschuß. Unsere Kinderschuttkommission hat vorzügliches geleistet, könnte jedoch noch mehr tun, wenn die Genossinnen mehr Zeit zur Verfügung hätten. Wir haben ferner ein Agitationskomitee von 35 bis 40 Genossinnen, welche mit fruchtiger Hingabe sowohl an unseren Arbeiten als auch in der Dienstbotenorganisation tätig sind. Baden hat nur deshalb eine einzige Genossin hierher delegiert, weil wir vor größeren Wahlbewegungen stehen. In ganz Baden ist die Zahl der weiblichen Mitglieder von 455 auf 1437 gestiegen. Auf dem badiſchen Parteitag, welcher vor 14 Tagen stattgefunden hat und von fünf weiblichen Delegierten besucht war, wurden in einer besonderen Sitzung die Richtlinien gegeben, wie in Zukunft gearbeitet werden soll. Wenn wir fernerhin (wie bisher) von den Genossen unterstützt werden, wird es mit der Frauenbewegung auch in Baden vorwärtsgehen.

Genossin Vollmann-Galberstadt: Alle Anregungen, welche die Diskussion für den Frauentag und die Agitation ergaben, unterstreiche ich. Die Klagen über die „Gleichheit“, daß sie für einen Teil der Genossinnen zu schwer verständlich geschrieben sei, werden nie verstummen. Es kann nicht Aufgabe der Gleichheit sein, neugewonnene Genossinnen in die Ideen des Sozialismus einzuführen. Dies muß in den gesonderten Zusammenkünften geschehen. Die „Gleichheit“ muß daher in ihrer jetzigen Art belassen werden. Es bleibt den dazu talentierten Genossinnen unbenommen, populäre Artikel an die „Gleichheit“ einzusenden; Genossin Zettin fordert ja immer zur Mitarbeit auf.

Genossin Scheibe-Wodum: Ich warne vor der Ueberschätzung von Parteisekretärinnen. Wichtiger erscheint mir die Anstellung von weiblichen Personen in den Arbeitersekretariaten. — Die „Gleichheit“, die wir unseren 1500 politisch organisierten Frauen gratis lieferten, ist dem Bedürfnis der arbeitenden Frauen nicht angepaßt. Das geht daraus hervor, daß unsere Frauen selbst

in einer stark besuchten Versammlung beschlossen haben, das Obligatorium aufzuheben. — Eine passende Gelegenheit zur Agitation hat das Frauenbureau vorübergehen lassen: die Königsberger Rede Wilhelms II. Da konnte eingeseht und die proletarischen Frauen konnten aufgerüttelt werden. Aber das geschah nur an einzelnen Orten. (Unruhe und Widerspruch.)

Vorsitzende Zieh: Ich muß richtigstellen, daß die Wodumer Genossinnen das Obligatorium der „Gleichheit“ nur abgelehnt haben, weil ihnen vorgerechnet wurde, daß die Partei aus den Beiträgen der Frauen keinen Vorschutz hat und deshalb das lebendige Interesse der Genossen an der Gewinnung neuer weiblicher Mitglieder erlöschen müsse. Die Frauen sollten dafür eine Frauenbeilage des „Wodumer Volksblatts“ erhalten und die „Gleichheit“ zu einem Vorzugspreise beziehen können. Die Königsberger Kaiserrede ist wahrhaft in der Agitation genug verwendet worden. (Lebhafte Zustimmung.) Dem Vorschlag, die Abhaltung von Frauentagen abhängig zu machen von einer Kaiserrede, muß ich widersprechen. Wir richten unsere Agitation nicht nach dem Redebedürfnis Kaiser Wilhelms II., sondern nach unseren eigenen Bedürfnissen. (Lebhafte Beifall und Gänbelstischen; an einigen Stellen Unruhe.) Ich konstatiere, daß die männliche Seite am unruhigsten ist. (Lebhafte Sehr richtig! und Heiterkeit.)

Genossin Simon-Bremen: Vor dem Zusammenschluß brachten wir es trotz aller fleißigen Arbeit nur auf 680 Mitglieder, nach dem Zusammenschluß haben uns die Genossen tatkräftig zur Seite gestanden, und wir sind jetzt auf 1920 Mitglieder angewachsen. Durch die Gratizgabe der „Gleichheit“ haben wir ein tüchtiges Agitationsmittel in die Hände bekommen. Die Erfolge der Kinderschuttkommissionen in Dresden und Frankfurt erfüllen mich gewissermaßen mit Neid, denn bei uns in Bremen verbündet sich mit der Dummheit der Eltern die Polizei, die unserer Kommission alle möglichen Hindernisse in den Weg legt. Wir sind jetzt zur Reorganisation der Kommission geschritten und hoffen dadurch größere Erfolge zu erzielen.

Genossin Wittmann-Erlangen: Genossin Zieh hat es vorzüglich verstanden, die Redtopfede von Scheibe zu hermöbeln. (Heiterkeit.) Die Entwicklung wird dahin führen, daß wir in einigen Jahren einen ganzen Stab weiblicher Sekretäre haben. Sie müssen nur immer ihre Anstellung fordern. Es muß auch im Parteivorstand ein weiblicher Sekretär sitzen. Heute ist eine der beiden Sekretärinnen des Frauenbureaus ehrenamtliches Parteivorstandsmitglied. Wäre diese Genossin einfach Sekretärin im Parteivorstand, dann hätten wir die nötige organisatorische Verbindung mit den Frauen im Lande. (Sehr richtig!)

Genossin Zettin: Wäre die Frauentagszeitung zur Agitation unter den Indifferenten bestimmt gewesen, dann würde Genossin Seelinger den Nagel auf den Kopf getroffen haben. Diesem Zweck sollten aber die einzelnen Flugblätter dienen. Die Frauentagszeitung aber war für die Genossinnen und Genossen bestimmt, die auch der grundsätzlichen Aufklärung vielfach dringend bedürfen. Sie sollte außerdem ein historisches Dokument der Reife der führenden Genossinnen unserer Bewegung sein und damit der Elite des weiblichen Proletariats. Denn mit verschwindenden Ausnahmen waren alle Beiträge von Proletarierinnen geschrieben. Nun zu dem Lied gegen die „Gleichheit“. Die „Gleichheit“ ist mit ihren Beilagen organisch verbunden und sie können von ihr nicht losgelöst werden. Die Kinderbeilage ist nicht nur für die Kinder bestimmt, sondern soll auch für die noch Indifferenten zur Erweckung und zur Freude dienen. Auch die „Gleichheit“ soll der Erweckung dienen, in der Hauptache aber der Klärung der grundsätzlichen Auffassung und

der Vertiefung der Kenntnisse bereits geschulter Genossinnen. Wollten wir uns nach den Einwendungen von eben erst gewonnenen Genossinnen betrefß der „Schwerfährlichkeit“ des Blattes richten, so müßten wir immer von vorn anfangen. (Sehr richtig!) Die Schulung der eben erst in unsere Bewegung Hineingezogenen ist Sache der lokalen Organisation und der lokalen Presse. Gestalten Sie die Les- und Diskutierabende zu einem Organ der Schulung und Vertiefung aus! Warum schreibt Genossin Grünberg nicht die von ihr vermißten populären Artikel? (Geisterzeit.) Ich würde sie von ihr wie von jeder anderen Genossin mit Aufhand entgegennehmen. Raum in einem anderem Blatt der Partei bieten die Berufschriftsteller neben den gelegentlich schreibenden Proletarierinnen und Proletariern so zurück, wie in der „Gleichheit“. Aber auch die schreibenden Genossinnen schreiten in ihrer Entwicklung fort und schreiben dann nicht mehr so „populär“ wie früher. Soll ich sie da von der Mitarbeit ausschließen? (Geisterzeit.) Ich habe nicht ein Amt, sondern eine Meinung, und danach gestalte ich die „Gleichheit“. Paßt es Ihnen nicht, — ich klebe nicht am Amt. (Bewegung.) Zur Frage der Parteisekretariate befürworte auch ich, daß immer lauter der Ruf erhoben wird, durch Anstellung von Genossinnen die Parteisekretariate zu verbessern. Gegenwärtig wird ein Raubbau mit der Arbeitskraft der Parteisekretäre getrieben, dem die einzelnen sich aus Idealismus hingeben, den aber die Partei nicht dulden sollte. Die bessere Ausgestaltung der Sekretariate durch Anstellung von Genossinnen dürfen wir nicht unter dem Gesichtspunkt der Frage betrachten, was kostet es, sondern was bringt es ein. Deshalb, Genossinnen, sage auch ich: schreten wir, nicht um unserer Interessen willen, sondern im Interesse der Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall und Säbelstich.)

Genossin Agnes-Düsseldorf: Auch wir haben in den letzten Jahren gute Erfolge gehabt, wir sind von 582 auf 999 am letzten Juni gestiegen und haben jetzt schon annähernd 1200 Genossinnen. Unsere Erfolge haben das Zentrum aufgeschreckt, das nun auch eine politische Frauenorganisation gegründet hat, die bei der Wahl die Männer dem Zentrum zutreiben soll. Demgegenüber müssen wir mit aller Macht für die Aufklärung der Frauen sorgen. — Auch wir Düsseldorf Frauen wünschen eine Wiederholung des Frauentages, der doch für uns von außerordentlichem Erfolge war. — Bei der „Gleichheit“ habe auch ich oft das Empfinden, daß die neugewonnenen Frauen sie nicht verstehen können; darauf kann aber die „Gleichheit“ nicht Rücksicht nehmen, sondern wir müssen die Neugewonnenen schulen und aufklären, damit sie die „Gleichheit“ mit Interesse lesen und verstehen lernen.

Genossin Schlomer-Rübeck: Für den Frauentag können wir alle nur ein treten. Weiter wünschen wir, daß vom Frauenbureau regelmäßig Artikel an die gesamte Parteipresse versandt werden. Von der „Gleichheit“ sollten wir noch eine kleinere Ausgabe veranstalten, in der die schwierigeren Artikel fortbleiben und für die Anfängerinnen kleine Einfendungen aus dem Leben der Arbeiterinnen gebracht werden. Es fehlt uns ein Frauenblatt im Sinne der „Wiener Arbeiterinnenzeitung“. Durch die Anstellung weiblicher Parteisekretäre soll die Frauenbewegung einen neuen Ansporn erhalten; aber natürlich wird das nur langsam und allmählich gehen. — Mit Unmut sehen wir, daß selbst politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter ihre Kinder den Pfaffen in die Hand geben.

Ein Schlusstrag wird, nachdem sich die Vorsitzende Genossin Diez namens des Bureau gegen ihn ausgesprochen hatte, mit 29 gegen 26 Stimmen abgelehnt.

Genossin Aubrathsche-Niel: An den erfreulichen Fortschritten der proletarischen Frauenbewegung sind auch wir im siebenten schleswig-holsteinischen Wahlkreise beteiligt. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist im letzten Jahre von 1800 auf 2455 gestiegen, was in erster Linie der von den Genossinnen betriebenen intensiven Hausagitation zu danken ist. Zu dem glänzenden Verlauf des Frauentages hat beigetragen, daß in allen 7 Versammlungen, die am 19. März stattfanden, Frauen aus unserem Wahlkreise redeten. Sie sind durch die Kreisleitung mit Material ausgerüstet worden. Ich möchte dieses System allerorts zur Nachahmung empfehlen. Unsere Kinderbeschulungskommission arbeitet mit gutem Erfolg. Das Zusammenarbeiten mit den Genossen ist sehr gut und läßt uns für die Zukunft noch größere Fortschritte erwarten.

Genossin Brandenburg-Hamburg: Auch mir ist die Zunahme weiblicher Mitglieder für Hamburg nicht genügend. Dennoch haben wir keinen Grund, mit der Aufwärtsentwicklung unserer Frauenbewegung im letzten Jahre unzufrieden zu sein. Die Zahl unserer weiblichen Mitglieder ist von 5024 auf 5595, also um rund 900, gestiegen. Diese verhältnismäßig gute Zunahme im letzten Jahre haben wir hauptsächlich der Mitarbeit unserer Genossen zu verdanken. Wohl mit als Wirkung unserer vermehrten Frauenbildungsabende seit Januar d. J. setzt sich immer mehr die Einsicht von der Notwendigkeit, die Frauen zu organisieren, durch. Ein besseres, planmäßigeres Hand-in-Hand-arbeiten von Partei und Gewerkschaft wäre überall durchaus geboten. Öffentliche Versammlungen, die für die Frauen arrangiert werden, muß man auch Frauenversammlungen nennen, nicht Volksversammlungen, denn sonst kommen in erster Linie die Männer. Durch ein noch besseres Mitarbeiten der Gewerkschaften könnten wir weitere Fortschritte an Mitgliedererwerb erzielen. Der Kinderbeschulung hat in Hamburg relativ günstige Erfolge zu verzeichnen. Die „Gleichheit“ wünschen wir so weitergeführt, wie bisher. Die Frauen- und Kinderbeilage genügt durchaus zur ersten Erziehung der neugewonnenen Genossinnen. Die Frage der weiblichen Sekretäre muß lokal geregelt werden, da läßt sich kein Schema aufstellen. Z. B. in industriell stark entwickelten Gegenden würde anstatt einer Parteisekretärin eine Arbeitersekretärin mehr am Platze sein, die gleichzeitig die politische Agitation unter dem weiblichen Proletariat zu leiten hätte.

Genossin Hennig-Leipzig: Nur durch entsprechend frühe Agitation vor den Frauentagen ist die Mitgliedererwerbunng möglich. Die alljährliche Wiederholung der Frauentage empfehle ich. In Kinderbeschulungsangelegenheiten gehen wir nur im äußersten Falle an die Behörden. Der Staat, der das Heer ernährt, muß auch die Pflicht fühlen, die Schulkinder zu verpflegen.

Genosse Jädel-Berlin: Wir Textilarbeiter haben wegen unserer zahlreichen weiblichen Mitglieder ein ganz besonderes Interesse an der Ausgestaltung der „Gleichheit“. Das Lieb, das die Genossin Grünberg hier gegen die „Gleichheit“ gesungen hat, ist so alt, wie die sozialdemokratische Presse überhaupt. Dieselben Vorwürfe hat man einstmals gegen Lassalle, Webel und Liebknecht erhoben. Die „Gleichheit“ muß bleiben wie sie ist. Ich sage vielleicht nicht zu viel, wenn ich behaupte, Sie würden heute nicht hier sitzen und in dieser Weise debattieren können, wenn nicht die „Gleichheit“ jahrzehntelang durch prinzipielle Arbeit gewirkt hätte. Im Grunde wird nicht gegen die „Gleichheit“ im allgemeinen protestiert, sondern ihre Tendenz ist es, die vielen nicht paßt. (Sehr richtig!) Man hat auch die Gründung eines gewerkschaftlichen Frauenblattes angeregt. Ich bitte Sie, allen solchen Plänen Widerstand entgegenzusetzen und konstatieren ausdrücklich, daß der Vorstand des Verbandes der Textilarbeiter mit der Schreibweise und der Tendenz der „Gleichheit“ ein-

verstanden ist. Die Redakteurin Zeitlin soll nicht umjäten, sondern recht fest im alten Sattel sitzen und weiterreiten auf dem alten Weg, und diejenigen, die uns im Wege stehen, werden wir überreiten. (Lebhafte Beifall. — Zuruf: Das gehört nicht hierher!)

Vorsitzende Zieg: Das hat das Bureau zu entscheiden.

Genossin Baumann-Altona: Der Bericht unserer Genossinnen im Frauenbureau läßt erkennen, daß die große Fülle von Anregungen, die von dort ausgegangen sind, unzweifelhaft ihr gut Teil zu dem Wachstum der weiblichen Mitgliederzahlen beigetragen haben. Unsere Bewegung ist in die Breite gegangen; es fehlt ihr allerdings noch an Tiefe. Das war aber anderwärts auch so. Alle hier gegebenen Anregungen sollen ja diesem Mangel abhelfen. Dazu dient auch die im Auftrage des Parteivorstandes erschienene Broschüre der Genossin Zieg: „Die Frauen und der politische Kampf.“ Zur Agitation unter den indifferenten Frauen ist die kleine Schrift: „Die Frauen und die Reichstagswahlen“ besonders geeignet. Die letztere ist allen Genossinnen meines Wahlkreises zugestellt und sehr aufmerksam gelesen worden. Die erstere werden die Genossinnen noch erhalten. Wenn sie einen Blick in den Bericht des Parteivorstandes werfen, müssen Sie zugeben, daß Schleswig-Holstein unter Verüchtigung seiner ökonomischen Struktur mit seinen über 7000 weiblichen Mitgliedern mit an erster Stelle in der Organisation steht. In meinem Wahlkreise ist die Zahl der „Gleichheits“-Abonnenten leider zurückgegangen. Um so nötiger ist eine intensive Agitation der Genossinnen für die „Gleichheit“. Die Mederin begründet den Antrag 72. Die Massenagitation gibt zugleich Gelegenheit, den Frauen die Ursachen der gegenwärtigen Feuerung darzulegen und sie zum Kampfe dagegen aufzufordern. Die Aktion ist zweckmäßig durch Flugblätter und die Presse vorzubereiten. (Lebhafte Beifall.) In Scharen würden die Frauen dann in unsere Versammlungen strömen. Wir würden sie der Organisation zuführen können und dadurch würden wir auch dahin kommen, daß Vorgänge, wie sie in Frankreich geschehen, vermieden werden: die Hungerrevolten, die schließlich doch zu nichts führen.

Genossin Grünberg-Kürnberg: Ich verwahre mich dagegen, daß meine Ausführungen so ausgelegt werden, als ob darin der Gegensatz radikal und revisionistisch zur Geltung kommen soll. Ich will, daß für die Frauen ein Blatt geschaffen werde, das sie verstehen und auch lesen. Da sollte man nicht von einer bestimmten Richtung reden. Ich bin Sozialistin. Solange ich lebe, werde ich für die Arbeiterinnen arbeiten und werde mir dieses Lebensziel von niemand berehelt lassen. Die Empfindlichkeit der Genossin Zeitlin, wenn man ein Wort gegen die „Gleichheit“ sagt, ist unangebracht. Kritik müssen wir uns alle gefallen lassen und sollen daraus lernen. Vielleicht fragt man einmal die Legilarbeiterinnen, ob sie die „Gleichheit“ gelesen haben. Ich komme täglich mit den Arbeiterinnen zusammen und weiß, daß sie die „Gleichheit“ nicht lesen, selbst die populären Artikel, die zuweilen in der „Gleichheit“ stehen, werden nicht gelesen, sogar nicht von Genossinnen, die bei uns mitarbeiten, weil sie schon gewohnt sind, in der „Gleichheit“ nur Dinge zu finden, die für sie keinen Wert haben, so daß sie das Blatt ohne weiteres beiseite legen. Machen wir uns doch kein F für ein U vor. Die „Arbeiterinnen-Zeitung“ in Wien ist viel populärer geschrieben, und bei uns müßte es auch möglich sein, die weiblichen Kräfte zur Mitarbeit heranzuziehen. Wenn Genossin Zeitlin von mir verlangt, ich soll die populären Artikel schreiben — nun einer kann nicht alles machen. Und wenn man sagt, überhaupt sollte man nicht in so beleidigender persönlicher Weise diskutieren, ja wenn wir unserer Meinung nicht freien Ausdruck geben könnten, dann wäre die Konferenz überflüssig, auf der wir uns

noch nach allen Richtungen ausdrücken wollen. Zur Frage der Arbeitersekretärinnen bemerkte ich, daß überall weibliche Kräfte angestellt werden müssen, gleichgültig, ob es sich um Parteisekretariat, Arbeitersekretariat, Gewerkschaft oder Gauleitung handelt. Die Hauptsache ist, daß auch eine weibliche Kraft vorhanden ist.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen.
Es folgen persönliche Bemerkungen.

Genosse Scheibe-Bochum: Ich stelle fest, daß das Obligatorium der „Gleichheit“ in Bochum nicht aus finanziellen Gründen aufgehoben worden ist. Die bissige Bemerkung der Genossin Zieg über meine Äußerung betreffs der Kaiserrede hat das umgedreht, was ich sagen wollte. Das konstatiere ich auch gegenüber Dittmann.

Genossin Zieg: Auf der maßgebenden Konferenz in Bochum wurde ausdrücklich erklärt, daß aus finanziellen Gründen die Frauenbeilage des „Volksblatt“, die „Gleichheit“, nicht mehr beigelegt wurde. Ein erst dieser Tage zugesandtes Zirkular des Parteisekretärs beweist dies. (Hört! hört!)

Genossin Zeitlin: Es liegt mir durchaus fern, unserer Freundin Grünberg den Vorwurf ungenügender Tätigkeit für die „Gleichheit“ zu machen. Ich weiß, daß ihre Mitarbeit ein Opfer bedeutet.

Referentin Genossin Zieg: Der Wunsch auf größere Berücksichtigung der Landorte ist in der Kreisversammlung vorzubringen. Den Wünschen, an die Parteipresse mehr Artikel zu schicken, wollen wir gern nach Kräften entsprechen. Die Frage, wie die Genossinnen in die Kinderdauerkommission gewählt werden, ist eine Frage der örtlichen Organisationen und gehört nicht hierher. Sie erhalten demnächst eine Broschüre mit Anweisungen über die Aufgaben der Kinderdauerkommission und es wird dann Ihre Sache sein, unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse gemeinsam mit der örtlichen Parteileitung und dem Gewerkschaftskartell das Tätigkeitsgebiet der Kommission festzulegen. Das Mittel zur Mitgliedergewinnung ist die Einsetzung eigener nur damit betrauter Kommissionen. Eine Bemerkung der Genossin Brandenburg könnte leicht falsch verstanden und von der bürgerlichen Presse gegen uns ausgenutzt werden. Sie hat gesagt, die Genossinnen werden mehr Zwangsmittel sein. Auch die Männer sind zunächst Zwangsmittel. Ich kenne Genossin Brandenburg viel zu gut, als daß ich nicht wüßte, daß sie sagen wollte, daß die Frauen und Männer, die uns zufließen, zunächst nur mit dem Gefühl bei uns sind und erst durch die Schulung überzeugte Sozialisten werden. Nicht wahr, Genossin Brandenburg, so war es wohl gemeint? (Zustimmung der Genossin Brandenburg.) Ich stelle fest, daß ich mich in Übereinstimmung mit ihrer Meinung befinde. Genossin Grünberg hat nach der Modenzeitung gefragt, die Genossinnen wünschten Schnittmuster und Anweisungen für Anfertigung von Kinder- und Frauengarderobe; dieses Verlangen sei ein sehr weitverbreitetes. Der Parteivorstand hat sich in seinem Bericht darüber geäußert. Vielleicht könnte zur Einführung in unsere Ideen ein eigenes Organ geschaffen werden, das einfach und populär geschrieben ist und den Wünschen nach Schnittmustern und Anweisungen über die Herstellung von Kindergarderobe entgegenkommt. Also keine Modenzeitung, wie irtümlicherweise immer wiederholt wird. Es wird das Blatt durchaus kein Konkurrenzunternehmen der „Gleichheit“ sein, sondern unseren Ideen Eingang verschaffen in Kreise, die uns bisher unzugänglich waren. Diese Frage wird den Parteivorstand nach den Reichstagswahlen beschäftigen.

Zur Frage der Anstellung weiblicher Sekretäre hat sich der Parteivorstand prinzipiell zustimmend geäußert. Arbeiten wir unablässig für unsere Organe

fation und wenn Sie Rat oder Beistand brauchen, denken Sie an Ihre Zentrale in Berlin. (Lebhafte Beifall.)

Kunmehr erstattet den zweiten Teil des Geschäftsberichtes des Frauenbureaus über

Leseabende und Beschwerdefunktionen

Genossin **Ullike Saaber**: Als nach dem Parteitage in Gotha im Jahre 1896 weibliche Vertrauenspersonen zur Vertreibung der sozialdemokratischen Propaganda gewählt werden sollten, fehlte es an durchgebildeten Sozialistinnen. Wir predigten, was wir auch heute noch predigen: lehr und lern. So entstanden die Lese- und Diskussionsabende, in denen die Frauen die erste politische Ausbildung erhielten, politische Zeitungen und Broschüren lesen lernten. Und da, wo es an Kräften mangelte, muß dieser Weg auch heute beschritten werden. Die Werke unserer großen Vorkämpfer Engels, Marx, Lassalle, Nebel u. a. waren unser Lehrstoff. Unser Streben ging dahin, die Frauen mit den sozialistischen Lehren, dem sozialistischen Programm vertraut zu machen. Aus den Leseabenden mit ihren Diskussionen ist ein großer Teil unserer Rednerinnen hervorgegangen. (Sehr richtig!) Viele der Anwesenden haben auf den Leseabenden ihre ersten praktischen und politischen Kenntnisse erworben. Unter dem alten Vereinsgesetz war die einzige Möglichkeit für das Zusammenhalten der Genossinnen der Leseabend. So mühselig diese Agitation war, so notwendig war sie. Und deshalb wurden auch nach dem Zusammenschluß mit der Gesamtpartei die Leseabende als eine notwendige Einrichtung zur Schulung der Genossinnen anerkannt. Durch Mithilfe der Genossen erfolgte daher ihre weitere Ausgestaltung.

In Groß-Berlin finden gegenwärtig an dem einen dazu bestimmten Montag im Monat, der den Frauen vorbehalten ist, 108 Leseabende statt. Die Leiterinnen müssen es allerdings verstehen und sich dazu vorbereiten, die Teilnehmerinnen zur Diskussion anzuregen. Seit dem Zusammenschluß mit der Partioorganisation werden diese Leseabende statt wie früher meist zweiwöchentlich jetzt vierwöchentlich abgehalten, doch sind sie dafür jetzt besser ausgestaltet mit Hilfe der Genossen. Zu den Leseabenden muß eingeladen werden und es muß eine Liste der Anwesenden geführt werden. So gewinnen wir auch die zur Durchführung von Aktionen erforderlichen Kräfte und deshalb müssen die Leseabende eine dauernde Erscheinung, nicht nur eine vorübergehende bleiben.

Wir haben den Genossinnen auf ihre Anfrage an manchen Orten schriftliche Auskunft gegeben, wie solche Leseabende einzurichten sind. Auch der Parteivorstand hat einen Leitfaden darüber herausgegeben, der Ihnen ja hier zugänglich gemacht wird. In Groß-Berlin sind die Leseabende naturgemäß besonders gut ausgestaltet worden und der Erfolg war ein überraschender. Die Arbeit für den Ausbau dieser Leseabende ist mühevoll und bringt nicht an die Öffentlichkeit, aber sie ist auch lohnend. Ohne diese mühevolle Arbeit hätten wir nicht eine so gut ausgebildete Zahl von Rednerinnen und Agitatoren. Sorgen Sie also auch ferner dafür, daß diese gute, segensreiche Veranstaltung zur Ausbildung des weiblichen Proletariats an immer mehr Orten eingerichtet werde. (Beifall.)

Ueber die Beschwerdefunktionen der Arbeiterinnen habe ich nur wenig zu berichten. Sie werden ja zwar schon seit Jahren propagiert, sind aber doch noch nicht so entwickelt, daß schon ein eingehender Bericht über ihre Wirkung gegeben werden könnte. Schon im Jahre 1900 auf der Konferenz in Mainz wurde betont, daß die arbeitenden Frauen von ihrem Recht oft keine Vorstellung haben und deshalb sich vieles gefallen lassen, was sie bei Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen abwehren würden. Vielfach fürchten sie sich auch, ihre

Beschwerden bei der richtigen Stelle, beim Gewerbeinspektor, anzubringen. Deshalb sind in Berlin gemeinsam mit der Gewerkschaftskommission Beschwerdefunktionen eingerichtet. Die Gewerkschaften haben diese Aufgabe auch mehr und mehr in die Hand genommen. Es ist hauptsächlich eine gewerkschaftliche Aufgabe. Ueber den Fortschritt der Beschwerdefunktionen und ihre Wirksamkeit werden daher die Vertreterinnen der Gewerkschaften eine bessere und genauere Auskunft geben können als ich. Jedenfalls müssen sich die Arbeiterinnen auch dieser Einrichtung annehmen; denn auch sie ist geeignet, unsere Bewegung zu stärken und die Zahl unserer Streiterinnen zu vermehren. (Lebhafte Beifall.)

Hierauf werden die Verhandlungen auf Sonnabend 9 Uhr vertagt.

Schluß 7½ Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Sonnabend, den 9. September 1911. — Vormittags Sitzung.

Es wird in die Diskussion über den Punkt des Geschäftsberichtes des Frauenbureaus:

Die Beschwerdefunktionen

eingetreten.

Genossin **Sanna**: Ohne die Mitwirkung der Arbeiter und Arbeiterinnen müssen die Arbeiterbeschützer wirkungslos bleiben; die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten reicht ja nicht aus, auch nur einmal im Jahre sämtliche Betriebe zu besichtigen. Von einer praktischen, amtlichen Kontrolle über die Durchführung der Bestimmungen der Arbeiterschutzgesetzgebung kann also gar nicht die Rede sein. Auch die Art der Kontrolle macht es unmöglich, daß die Beamten die Umgehungen der Bestimmungen erkennen; die Schäden eines Betriebes zu erkennen, ist eben nur bei den dort Beschäftigten möglich. Daher lassen viele Gewerbeaufsichtsbeamte es sich angelegen sein, die im Betriebe Beschäftigten zu befragen. Aber namentlich die Arbeiterinnen haben eine Scheu, wenn sie von Personen aus einer anderen Gesellschaftsklasse befragt werden, namentlich, wenn diese Personen amtliche Eigenschaften haben. Auch sind die Gewerbeaufsichtsbeamten nicht in der Lage, selbst bei erkannten Mißständen genügend auf Abhilfe zu dringen. Der wirksamste Schutz für die Arbeiter ist die Organisation; aber leider ist gerade von den Arbeiterinnen erst ein sehr geringer Prozentsatz organisiert und deshalb sind gerade in den Betrieben, in denen die Arbeiterinnen beschäftigt sind, die Verhältnisse am schlechtesten. Die Gesetzgebung erkennt einen besonderen Schutz für die Arbeiterinnen als notwendig an und hat für sie besondere Schutzbestimmungen erlassen. Um diesen Schutz auch in der Praxis zu gewähren, sind von uns die Beschwerdefunktionen eingerichtet. Wohl ist die Durchführung der Schutzbestimmungen Aufgabe der Gewerkschaften, aber nach Lage der Dinge sind die Gewerkschaften allein nicht dazu in der Lage. Die Beschwerdefunktionen sollen die Beschwerden den Gewerbeaufsichtsbeamten übermitteln, ohne jedoch die Namen der Beschwerdeführenden zu nennen, während die in den Beschwerdefunktionen tätigen Genossinnen natürlich mit ihrem Namen für die Wichtigkeit der Beschwerden einstehen müssen. Aus diesem Grunde brauchen wir zur Entgegennahme von Beschwerden wirtschaftlich unabhängige Personen. Diese finden wir allerdings in den Arbeitersekretariaten; wir wollen aber den Arbeiterinnen Gelegenheit geben, alles sagen zu können, selbst Dinge, über die eine Frau nicht gern zu Männern

spricht. Deshalb haben wir empfohlen, die Entgegennahme von Beschwerden aus Arbeiterinnenkreisen weiblichen Personen zu übertragen, und dies ist der Grund, warum die Errichtung von Beschwerdestellen eine gemeinsame Angelegenheit der Gewerkschaftsartelle und örtlichen Parteioorganisationen geworden ist. Die Tätigkeit der Genossinnen in den Beschwerdekommisionen ist ganz besonders schwierig, denn sie sind meist nicht in der Lage, die Betriebe persönlich zu kontrollieren, und doch müssen wir unseren Stolz daran setzen, daß die Beamten konstatieren müssen, daß die von der organisierten Arbeiterschaft ihnen übermittelten Beschwerden den Tatsachen entsprechen. Oft kommt es vor, daß die Arbeiterinnen sich jahrelang Mißstände gefallen lassen. Kommt dann eine Differenz vor, dann sind sie verärgert und übertreiben in ihrer Beschwerde. Muß der Beamte auch nur in wenigen Fällen solche Uebertreibungen konstatieren, so ist sein Vertrauen zu der Mittelsperson geschwunden, und im Wiederholungsfall können wir ihn nur schwer veranlassen, den Betrieb auf die mitgeteilten Tatsachen hin zu kontrollieren. — In welcher Weise die Beschwerdestellen funktionieren, ist natürlich schwer zu sagen. Bis jetzt haben wir an 50 Orten in Deutschland solche Stellen errichtet, deren Tätigkeit noch nicht weit zurückreicht. Die meisten Beschwerden kamen aus Anlaß der Durchführung des zehnstündigen Normalarbeitstages, und vielfach kamen sogar Fragen von Arbeiterinnen, wie sie jene Durchführung verhindern könnten, weil sie von der Durchführung verminderten Verdienst fürchteten und im Anfang vielleicht auch hatten. Das ist bezeichnend für die ganze Lage der Arbeiterinnen. Mit dem Ausbau der Beschwerdeorganisationen werden wir zur Durchführung der Arbeiterschutzbekämpfungen beitragen; wir werden aber damit auch den Organisationsgedanken unter den Arbeiterinnen verbreiten, und das ist die Hauptsache, denn der wirkksamste Arbeiterschutz ist die Organisation der Arbeiterschaft. (Beifall.)

Genossin Simon-Brandenburg: Wir müssen die Beschwerde gegenüber der Gewerbeaufsicht bedenken, wenn man auch mitunter versuchen mag, von uns die Angabe zu verlangen, wer Beschwerde geführt hat. Vielfach wird den Arbeiterinnen von Meistern und selbst Unternehmern in schändlichster Weise nachgestellt. Ein solcher Fall, der uns zur Kenntnis kam, führte zur Bestrafung des Unternehmers mit 500 M. Geldstrafe, außerdem hatte er die ganzen Kosten zu tragen. Es ist aber notwendig, daß Beschwerden über solche die Moral schwer schädigenden Vorkommnisse erhoben werden, solange die Arbeiterin noch in der betreffenden Fabrik beschäftigt ist, nicht erst später.

Genossin Rauhe-Braunschweig: Selbst die Vertrauenspersonen in großen Fabriken wagen vielfach nicht, mit ihrem Namen in die Öffentlichkeit zu treten. Die Arbeiterpresse kann durch Veröffentlichung der Beschwerden viel helfen.

Den

Bericht der Mandatsprüfungskommission

erstattet

Genossin Agnes-Düffeldorf: Es sind anwesend 75 Delegierte, davon 48 Frauen und 27 Männer. Der Parteivorstand ist vertreten durch die Genossin Zieg und die Genossen Mollenbuhr, Pfannkuch, Liepmann und Wengels, das Frauenbureau durch Genossin Baader, ferner ist anwesend als Redakteurin der „Gleichheit“ Genossin Petkin und als Gast Genossin Popp-Wien in Vertretung der deutschen sozialdemokratischen Frauen in Oesterreich. Wir beantragen, alle Mandate anzuerkennen. Genossin Dunder-Stuttgart ist ohne Mandat hier. Sie erklärt, rechtmäßig gewählt zu sein, und Genossin Petkin hat es bestätigt. Da aber in Stuttgart das Mandat des Genossen Bestmeyer

beanstandet und deshalb eine nochmalige Wahl der Parteitagdelegierten vorgenommen wurde, hat Genossin Dunder noch keine Nachricht, wie diese vorgenommene Neuwahl ausgefallen ist. Ihr Mandat ist nicht beanstandet. Die Kommission empfiehlt Ihnen, auch dieses Mandat anzuerkennen.

Die Konferenz nimmt den Antrag der Kommission debattelos an.

Diskussion über die Lesendebe.

Genossin Grünberg-Mürnberg: Wir dürfen in den Lesendebe nicht mit dem „Kapital“ von Marx und dem „Erfurter Programm“ anfangen; damit würden wir die Frauen vergraulen, statt sie zu fesseln. Ein solches Thema paßt nur für geschultere Genossinnen. Die Lesendebe dürfen nicht mit anderen Veranstaltungen kollidieren.

Genossin Petkin: Im Gegensatz zur Genossin Grünberg meine ich, es gibt gar keine hochstehenden oder niedrig stehenden Themata. Nicht der Inhalt macht eine Sache schwer oder leicht verständlich, sondern nur die Art der Behandlung. Es gibt keine schwerfällige und langweilige Theorie, wohl aber kann die Theorie schwerfällig und langweilig behandelt werden. Unsere Lesendebe müssen den grundsätzlichen Teil unseres Programms zum Inhalt des Lehrstoffes machen, nur dadurch können wir revolutionäre Kämpferinnen für den Klassenkampf schulen. Aber darin stimme ich mit Genossin Grünberg überein: wir dürfen unsere Grundsätze nicht als blutleere, abstrakte Theorie bringen. Wir müssen sie gegenständlich, greifbar in der kapitalistischen Wirklichkeit zeigen. Damit machen wir sie begreifbar. Um so zu verfahren, müssen wir meines Erachtens „die Deichsel unseres Schulwagens“ umdrehen. Wir sollten nicht mit der Vergangenheit beginnen, die weitab von der Gedankenwelt der meisten Proletarierinnen liegt und auch oft von den Lehrenden nur recht unvollkommen beherrscht wird; wir mühten zunächst auf dem Boden der Gegenwart bleiben. Damit werden wir aber auch die ungeschulten Proletarierinnen fesseln, denn natürlich dürfen wir unsere Darlegungen nicht schematisch an den Wortlaut des Programms anknüpfen. Wir müssen vielmehr seinen wesentlichen Inhalt den Genossinnen nahebringen an einem Material, das auch die einfachste Proletarierin beherrscht, weil es aus ihren eigenen Lebensbedingungen geschöpft ist. In jeder Stunde ihres Lebens erfährt sie ja die kapitalistische Wirklichkeit am eigenen Leibe. An diese Erfahrungen müssen wir anknüpfen, nicht aber mit abstrakten Erörterungen anfangen. Durch solchen Unterricht schaffen wir eine feste grundsätzliche Basis für die spätere Arbeit der Genossinnen auf politischem, gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Gebiet. Ueber das W t e des Unterrichts bemerke ich, daß wir mit dem System der Vorträge brechen und nach der Methode von Frage und Antwort unterrichten müssen. Wenn man durch einen Vortrag die Weisheit kübelweise den Genossinnen über den Kopf schüttet, fühlen sie sich entmutigt und fragen nicht. Wenn aber durch richtiges Fragen, Anknüpfen an das tägliche Leben der proletarischen Frauen, die Grundsätze an konkreten Erscheinungen entwickelt werden, wird jeder grundsätzliche Satz für sie ein Erleben, ein Finden und Entdecken. In dieser Weise erwecken wir nicht nur das höchste Maß der Aufmerksamkeit, sondern auch der dauernden und freudigen geistigen Mitarbeit mit dem Unterrichtenden. Was am besten die Genossinnen im Sozialismus schull, wird so gleichzeitig zum wirksamsten Mittel, sie zu selbstfindenden, geistig mitarbeitenden Persönlichkeiten zu bilden, die die sozialistischen Lehren nicht nachsagen, vielmehr durchdringen. (Lebhafte Beifall.) In der Richtung auf dieses Ziel müssen wir auch unser Lehr- und Leitungspersonal schulen,

und diese Schulung will ich nach Kräften durch die „Gleichheit“ zu unterstützen suchen. (Beifall.)

Genossin **Dunder-Stuttgart**: Nicht über die Notwendigkeit, sondern über Gegenstand und Methode der Lesende haben wir heute zu reden. Auch ich bin der Ansicht, daß der grundsätzliche Teil unseres Programms im Mittelpunkt dieser Veranstaltungen zu stehen hat. Wenn in einem Artikel ausgeführt worden ist, daß man auch von der Behandlung der Kochkiste oder der Reformkleidung zum Sozialismus gelangen könnte, so müssen wir eine derartige Verkrümelung entschieden ablehnen. Die sozialistische Weltanschauung soll nicht Nebenprodukt, sondern Hauptprodukt unserer Aufklärungsarbeit sein. Ob man gleich bei den heutigen Wirtschaftsverhältnissen anfängt oder den chronologischen Gang einschlägt, das richtet sich nach der Vorbildung der Teilnehmerinnen des Diskussionskurses. Von anderen Dingen können meiner Auffassung nach nur zwei Fragen in den Kreis der Erörterung gezogen werden, die Erziehungsfragen und unsere Stellung zur Religion. Unsere Genossinnen sollen imstande sein, die Religion als etwas Gewordenes, Historisches aufzufassen und den durch den Schulunterricht angeregten Zweifelsfragen ihrer Kinder zu begegnen. Was nun die Methode der Lesende angeht, so bin ich ein Gegner der einleitenden Referate. Je mehr dieses Referat die Zuhörer mit Gedanken übersättigt, desto schwerer kommt dann eine Diskussion in Fluß. Unsere grundsätzlichen Anschauungen sollen von Leiterin und Teilnehmerinnen in Frage und Antwort selbsttätig bearbeitet werden. Das hält die Aufmerksamkeit rege und macht die Gedanken zum inneren Eigentum, nicht zu etwas äußerlich Angelegtem. Wo man dafür geeignete Leiterinnen nicht hat, bleibt die gemeinsame Lektüre. Es wäre erwünscht, wenn die „Gleichheit“ in jeder Nummer einen grundsätzlichen Artikel bringen würde; diese Artikel sollen untereinander im Zusammenhang stehen. Sie sollen dann abstrahierend gelesen werden und aus ihnen der Gedankengang, die Disposition, herausgearbeitet werden. Auf diese Weise erziehen wir die Frauen zu selbsttätigem Denken. (Beifall.)

Genossin **Matschke-Berlin**: Der große Nutzen, den die Lesende in Groß-Berlin gebracht haben, begründet es, daß die Lesende eine dauernde Erscheinung bleiben müssen. Wir müssen uns allerdings dem Begriffsvermögen der Frauen anpassen, und wenn wir das Erfurter Programm vorführen, dann nicht den theoretischen entwicklungsgeschichtlichen Teil, sondern zuerst die Gegenwartsforderungen. Gerade diese sind den Frauen, die wir in den Volksversammlungen gewinnen, außerordentlich leicht begreiflich. Die Frauen verstehen sehr rasch z. B. das Wesen des Militarismus, des Marinismus und der Kolonialpolitik, deren Folgen sie täglich spüren. Unter den 108 Lesenden, die allmonatlich in Groß-Berlin stattfinden, sind immer viele mit 100 Wochenerinnerungen. Ich halte aber so stark besuchte Abende nicht für besonders nützlich.

Genossin **Reiße-Wegesat**: Die Durchführung der Lesende wird, namentlich in den ländlichen Wahlkreisen, dadurch gehemmt, daß es an geeigneten Leitern und Leiterinnen fehlt. Denn vielfach sitzen in den verschiedensten Korporationen der Partei und Gewerkschaften ein und dieselben Personen, die alle Arbeiten der Organisation und Agitation zu erledigen haben. Meines Erachtens muß der Leiter oder die Leiterin der Diskussionsabende ein umfassendes Wissen besitzen, zum mindesten aber die Gelegenheit haben, sich für den zu behandelnden Gegenstand genügend vorzubereiten. Beide Voraussetzungen scheitern aber oft an der ausgedehnten Tätigkeit der in der Arbeiterbewegung tätigen Personen, die als Lehrkräfte in Betracht kommen könnten. Das ist auch der Grund, der die Genossinnen des 18. hannoverschen Wahlkreises

Veranlassung gegeben hat, Stellung zu dieser Frage zu nehmen. Orte nun, die durch Heranziehung geschulter Personen aus Nachbarkreisen von Mangel an Lehrpersonen befreit werden könnten, werden durch finanzielle Schwierigkeiten daran gehindert. Hier könnte vielleicht durch Wanderröner speziell für die Frauenfrage Wandel geschaffen werden. Ist doch auch die Teilnahme der Frauen an den Wandertouren des Bildungsausschusses außerordentlich gestiegen.

Genossin **Fahrenwald-Berlin**: Die Lesende in Groß-Berlin funktionieren so vorzüglich, daß wir nur öffentlich dem Frauenbureau und dem Parteivorstand für ihre Einrichtungen danken können. Wir brauchen keine Wanderspödigkeit für die Lesende. Die finanziellen Schwierigkeiten kann man bewältigen, wenn man den Leitern und Referenten, wie in Groß-Berlin, eine kleine Entschädigung, bei uns 1 Mk., gibt. Entgegen der Genossin Grünberg meine auch ich, daß in den Lesenden sehr wohl das Erfurter Programm zu erörtern ist.

Genossin **Schumann-Niederbarnim**: Als Vertreterin eines Landkreises kann ich den Frauen die Lesende zur Vebelung der Agitation nur empfehlen. Durch die Lesende habe ich die Frauen in die Organisation bekommen; sie sind treu geblieben und unterstützen mich nun schon Jahre hindurch. Wir haben in unserem Landkreise im letzten Jahre 900 Mitglieder gewonnen, davon die Hälfte durch die Lesende; die in ihnen planmäßig vorbereitete Agitation hat weit besser gewirkt als die Glanz- und Paradeversammlungen.

Genossin **Fuchs-Mizdorf**: Da naturgemäß die örtliche Parteileitung bei uns für die praktische Regelung dieser Arbeit nicht genügend Zeit hat, haben wir eine Kommission für die Lesende eingesetzt, und das hat sich glänzend bewährt. Auf Anregung der Genossinnen Baader und Bieß ist in Berlin ein Kursus für die Leiterinnen der Lesende von Groß-Berlin eingerichtet, und zwar mit sehr gutem Erfolg. Da wir nur vier Delegierte dorthin senden konnten, was für die Bedürfnisse Mizdorfs nicht ausreicht, hat unser Wahlvereinsvorstand einen ähnlichen Kursus eingerichtet. Nach Veenbüding desselben haben wir mit seinen Teilnehmerinnen einen Musterlesabend eingerichtet, aus dem eine Reihe tüchtiger Kräfte hervorgegangen sind.

Genossin **Bieß**: Selbstverständlich bin ich mit der Genossin Zeikin darin einverstanden, daß wir nicht Sozialreformerinnen, sondern revolutionäre Klassenkämpferinnen erziehen müssen. Das haben wir auch in unserem Leitfaben zum Ausdruck gebracht, in dem es heißt, daß die Grundzüge und die Endziele der Sozialdemokratie zu lehren, und die Teilnehmerinnen an sozialistisches Denken zu gewöhnen sind. Dazu aber ist es nötig, daß sie den grundsätzlichen Teil unseres Programms kennen lernen. Im Gegensatz zur Genossin Zeikin bin ich jedoch der Meinung, daß der Entwicklungsgedanke den Genossinnen nicht nur en passant vermittelte werde, sondern es ist außerordentlich wichtig, sie historisch denken zu lehren, damit sie alles, was ist, als geworden begreifen und auffassen. Ob man da immer gleich mit dem System von Frage und Antwort beginnen kann, weiß ich nicht; nicht immer kann man bei dem Menschenmaterial, das wir haben, die dazu doch unbedingt notwendigen Vorkenntnisse voraussetzen. Aber was uns Genossin Zeikin in kurzen Strichen gezeigt hat, ist ja auch nur ein Ideal, das wir morgen jedenfalls noch nicht verwirklichen können. Die Genossin Grünberg erklärte es für unmöglich, Marx' „Kapital“ zu behandeln. Ich glaube, das wird auch niemand vorzuschlagen. Im Leitfaben haben wir es als Literatur angegeben für diejenigen, die weiter studieren. Da übrigens Marx' „Kapital“ hier als Schredgespenst hingestellt wird, so will ich doch doppelt unterstreichen, was schon Genossin Dunder gesagt hat, daß der Teil des „Kapitals“, welcher die historische Ent-

wicklung behandelt, so außerordentlich lebendig geschrieben ist, daß er für die einfachste Genossin verständlich ist. Der Genossin Matschke erwidere ich, daß der Vortragende nicht ein Univerfalswissen zu besitzen braucht, wohl aber muß er den Stoff, der behandelt wird, vollständig zu seinem geistigen Eigentum gemacht haben. Die Einrichtung von Wanderrednerinnen, die Genossin Reike befürwortet hat, kann ich nicht empfehlen. Ueberhaupt ist die Einrichtung eine Frage der Praxis, deren Regelung von den örtlichen Verhältnissen abhängt. Wenn wir die hier vorgeschlagenen Anregungen nutzbar machen, so werden die Lesende noch mehr wie bisher dazu beitragen, daß aus den Genossinnen, die aus dem Gefühl heraus zu uns gekommen sind, überzeugte Sozialistinnen, revolutionäre Klassenkämpferinnen werden. (Weifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird angenommen.

Genossin Baader (Schlußwort): Den trefflichen Ausführungen der Genossin Hanna über die Beschwerdef Kommissionen kann ich mich nur völlig anschließen. Ueber die vielseitige Diskussion, die an mein Referat über die Lesende angeschlossen, bin ich außerordentlich erfreut. Ich bin immer der Meinung gewesen, die Genossin Zeitlin hier vertreten hat: Die Theorie muß die Grundlage sein. An unserem Ziel müssen wir alle anderen Fragen messen. Durch fleißiges Weiterarbeiten werden wir dem Ziele näher kommen, das uns Genossin Zeitlin geschildert hat. Gätten wir übrigens auf so hoch ausgebildete geeignete Leiter und Leiterinnen gewartet, wie Genossin Zeitlin sie wünscht, dann würden wir heute noch dort, wo wir vor 20 Jahren standen. (Sehr richtig!) Die Werke unserer großen Vorläufer waren unsere Lehrmeister. Geben wir alle das Beste, was wir haben, und wenn wir auch Schlaf und Gesundheit opfern müßten; wir wollen alles tun, damit unsere Lesende noch besseres leisten, als jetzt schon. Immer vorwärts, sei unsere Losung. (Lebhafter Weifall.)

Es folgt die Abstimmung über die zu den Berichten gestellten Anträge: Der Antrag Zeitlin auf Wiederholung des Frauentages, der Antrag Baumann auf Veranstaltung von Frauensammlungen anlässlich des Zusammentritts des Reichstages, die Resolutionen von Groß-Berlin zur Mutter- und Säuglingsfürsorge und Krankenkassenwahlen betreffend werden einstimmig angenommen. Die Resolution Groß-Berlin betreffend das Strafgesetzbuch wird nach kurzer Begründung durch Genossin Zuchacz-Mizdorf, die Groß-Berliner Resolution über Kinderzuschuß und Fortbildungsschule nach kurzer Begründung durch Genossin Matschke-Berlin, die darauf hinweist, daß nach den Ermittlungen des Lehrers Agahd 325 000 Kinder in Deutschland trotz des Kinderzuschusses beschäftigt sind, einstimmig angenommen.

Hierauf begründet

Genossin Dunder-Stuttgart die hierzu gestellte Resolution der Stuttgarter Genossinnen: Wir Sozialdemokraten halten die Arbeit für die Ehre und Aufgabe der Menschen. Deshalb sollen auch unsere Kinder zur Arbeit erzogen werden, aber nicht durch einseitige, geisttödende Erwerbsarbeit, sondern durch einen Handfertigkeitsunterricht, der sie möglichst zeitig mit den Grundlagen der verschiedenen Techniken bekannt macht. Ich bin auch der Anschauung, die Genosse Schulz in seinem Buche: „Die Schulreform der Sozialdemokratie“ vertritt, nämlich, daß dieser Arbeitsunterricht eigentlich im Mittelpunkt des gesamten Lehrplanes stehen sollte. Da das aber in der nächsten Zukunft noch unerreichtbar ist, begnügen wir uns vorläufig damit, die Einführung des Handfertigkeitsunterrichts als eines obligatorischen Lehrfaches neben den übrigen zu fordern. Die Frauen mögen darauf hinwirken, daß diese Forderung, die bisher nur in wenigen unserer Landes- und Gemeindeprogramme enthalten

ist, überall von unseren Vertretern in Landtagen und Kommunen aufs nachdrücklichste verfolgt wird.

Genossin Baumann-Altona: Die Broschüre des Genossen Seidel aus Zürich: „Die Handfertigkeit als Grund- und Eckstein der harmonischen Erziehung“ haben wir schon vor 15 Jahren in den Lesenden durchgesprochen. Von der Notwendigkeit der Einführung des Handfertigkeitsunterrichts in den Schulen sind wir wohl alle überzeugt. Man bemüht sich jetzt ja auch schon vielfach darum, aber obligatorisch ist er wohl noch nirgends eingeführt. Bei uns in Hamburg hat ein Privatmann, Pralle, sich ganz besonders um die Einführung dieses Unterrichts verdient gemacht; seine Resultate zeigen, wie viele künstlerische Fähigkeiten in den Kindern vorhanden sind und geweckt werden können. Man fördert den Körper hierdurch nicht einseitig, sondern erreicht, wie Seidel mit Recht sagt, eine harmonische Durchbildung des Körpers und des Geistes.

Genosse Scheibe-Wochum: Der letzte Teil des zweiten Absatzes der Stuttgarter Resolution, welcher fordert, daß der Erwerbsarbeit von Kindern auch „in Parteibetrieben, vor allem aber beim Austragen der Parteipresse, unnachlässiglich entgegengetreten wird“, ist überflüssig; denn Kinder unter 14 Jahren werden in Parteibetrieben nicht beschäftigt, und auch beim Austragen von Parteizeitungen dürfen sie nicht verwendet werden; es wäre ja traurig, wenn das an den einzelnen Orten nicht erreicht würde.

Vorsitzende Genossin Diez: Die Genossin Dunder und das Bureau waren sich bereits einig, Ihnen die Streichung dieses Satzes zu empfehlen.

Genossin Hennig-Leipzig: Dem Stuttgarter Antrag kann man nur zustimmen. In Leipzig haben wir solchen Handfertigkeitsunterricht im Winterhalbjahr für Knaben in einigen Schulen, und die Jungen beteiligen sich mit großer Vorliebe und großem Erfolge daran. In erhöhtem Maße kann das aber nur geschehen, wenn die Kinder von der Erwerbsarbeit befreit werden. Die obligatorische Einführung dieses Unterrichts, und zwar für beide Geschlechter, würde auch dazu beitragen, die Erwerbsarbeit der Kinder einzuschränken, da ja für diesen Unterricht Zeit gewonnen werden müßte.

Genossin Dunder-Stuttgart: Mit dem Streichen der Worte „in Parteibetrieben“ bin ich einverstanden, nicht aber damit, daß wir auch streichen sollen, daß beim Austragen der Parteipresse Kinder unter 14 Jahren nicht beschäftigt werden sollen. Die Stuttgarter Genossinnen, welche im Kampf gegen diese Beschäftigung der Kinder stehen, haben mich ausdrücklich damit beauftragt. Aus der Tatsache dieser Verwendung der Kinder kann man ja auch den Zeitungen keinen Vorwurf machen; diese geben die Blätter nicht direkt an die Kinder, sondern an die Frauen, und diese lassen ihre Kinder an der nächsten Straßenecke warten und übergeben ihnen dann die Zeitungen. Im Einzelfall mag es ja kein großes Unglück sein, wenn ein Kind mal in drei oder vier Häuser Zeitungen trägt; wir müssen uns aber hier auf den prinzipiellen Standpunkt stellen. (Sehr richtig!) Auch mache ich darauf aufmerksam, daß schon das Kinderzuschußgesetz diese Verwendung von Kindern wenigstens unter 12 Jahren verbietet; aber selbst noch nicht schulpflichtige Kinder kann man Zeitungen austragen sehen. Sollen wir vielleicht warten, daß die Polizei dagegen einschreitet?

Die Diskussion ist erschöpft. Der Antrag Scheibe auf Streichung des erwähnten Teiles der Resolution wird gegen wenige Stimmen abgelehnt. Die Stuttgarter Resolution mit der erwähnten Aenderung wird gegen 2 Stimmen angenommen.

Es kommt nun folgender Antrag der Genossinnen Stuttgarts zur Verhandlung:

„Da die proletarische Frauenbewegung an Breite und Tiefe zunimmt und ihre Aufgaben dementsprechend fortwährend wachsen, da folglich die Tagesordnung der Frauenkonferenzen bisher immer so reichhaltig war, daß sie kaum erledigt werden konnte, ist es wünschenswert, daß von nun an die Frauenkonferenz alljährlich stattfindet.“

Genossin Dunder-Stuttgart begründet den Antrag: Sollte der Antrag abgelehnt werden, so möchten wir wenigstens festgelegt sehen, daß die Pause nie mehr als zwei Jahre betragen darf.

Genossin Zieß: Ich bitte den Antrag abzulehnen. (Sehr richtig!) Jetzt nach dem Zusammenschluß ist es unnötig, daß wir jedes Jahr tagen. (Sehr richtig!) Sie würden mit dem Antrag versuchen, die Beschlüsse des Nürnberger Parteitages umzusetzen, wonach der Parteivorstand die Frauenkonferenzen nach Bedarf einzuberufen hat. Im vergangenen Jahre hatten wir die Internationale Frauenkonferenz, da wäre eine deutsche Konferenz nicht so stark besucht gewesen wie diese hier. Der Parteivorstand will durchaus nicht immer drei Jahre beruhen lassen, sondern er hat das aus Zweckmäßigkeitsgründen einmal getan. Es muß auch mit den Finanzen der einzelnen Kreise gerechnet werden. Durch zu häufige Abhaltung von Konferenzen könnte unsere sonstige Tätigkeit leiden. Hätten wir den üblichen Turnus von zwei Jahren eingehalten, dann hätten wir in dem Jahre der Reichstagswahl keine Frauenkonferenz gehabt. Ich bin sicher, daß der Parteitag einen solchen Beschluß, wie ihn der Antrag Stuttgart fordert, nicht genehmigen würde. Gälten wir lieber neben den Reichs-Frauenkonferenzen auch möglichst viele Bezirks-Frauenkonferenzen ab, z. B. im Anschluß an Bezirksparteitage oder für mehrere verwandte Bezirke zusammen.

Der Antrag der Stuttgarter Genossinnen wird gegen eine Stimme abgelehnt.

Unter großer Heiterkeit teilt Genossin Zieß mit, daß die „Genosche Zeitung“ über die Frauenkonferenz berichtet, daß fast alle Teilnehmerinnen in roten Blusen erschienen seien. (Keine einzige der Genossinnen trägt eine rote Bluse.)

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags Sitzung.

Ueber:

Die Frauen und die Reichstagswahlen

referiert

Genossin Zetkin: Genossinnen und Genossen! Wiederholt ist betont worden, daß mein Referat gleichsam eine Fanfare zum Kampf sein sollte, daß die Beschäftigung der Frauenkonferenz mit der Frage der Reichstagswahlen vor allem Begeisterung für die Sache des Sozialismus, Empörung gegen die heutige kapitalistische Gesellschaft und Klassenherrschaft auslösen müsse. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, werden meine Ausführungen Sie enttäuschen. Ich meine, daß es nicht die Aufgabe einer Frauenkonferenz ist, in den Reihen der Genossinnen Empörung gegen den Kapitalismus und Begeisterung für den Sozialismus zu erwecken. Und unter den Proletarierinnen außerhalb unserer Reihen wird diese Aufgabe von der Tagesagitation geleistet, der die Zustände in wirksamster Weise vorarbeiten, den Boden bereiten. So

lange die heutige gesellschaftliche Ordnung der Dinge besteht, muß die proletarische Frau unter dem Doppeljoch der sozialen Klassenflawerei und der sozialen Geschlechtsflawerei leiden. Sobald sie dessen benutzt wird, sobald ihr Menichentum sich kräftig regt, steckt ihr die Empörung gegen diese Ordnung und die Begeisterung für die sozialistische Gesellschaft gleichsam im Rute. Ich möchte sagen, von Natur aus werden wir Frauen dann zu Rebellen, zu Kämpferinnen. Es fehlt uns im allgemeinen nicht an leidenschaftlichem Gefühl und Begeisterungsfähigkeit, wohl aber viel zu oft an Klarheit und Bestimmtheit unserer Erkenntnisse, an dem Erfassen der Gesichtspunkte, von denen aus der politische Kampf mit seinen inneren Triebkräften und seinen Zusammenhängen erfaßt werden muß. Die Genossinnen in dieser Beziehung für den Reichstagswahlkampf zu rüsten, das muß meines Dafürhaltens die Aufgabe der Frauenkonferenz sein.

Die bevorstehenden Reichstagswahlen werden wahrscheinlich die Ufer des gewöhnlichen Ringens um Mandate zwischen den politischen Parteien übersteigen. Sie werden sich zu einer riesigen, wild aufgepeitschten Welle des Klassenkampfes zwischen den Besitzenden und den ausgebeuteten Schichten des Volkes erheben. Die Gegensätze zwischen den verschiedenen politischen Parteien werden verschwinden hinter dem einen großen Klassengegensatz, der die Gesellschaft auseinanderreißt in Ausgebeutete und Ausbeuter. Raum verhüllt durch politische Programme wird er in die Erscheinung treten. Darauf deutet jetzt schon der Ruhhandel hin, der zwischen den bürgerlichen Parteien um Mandate gegen die Sozialdemokratie im Gange ist. In Rheinland-Westfalen sehen wir die kirchenskläubigen Zentrumsleute im Begriff, den Wahlbruderkuß mit den kulturkämpferischen, freimaurerischen Nationalliberalen zu tauschen. Warum das? Lediglich um die Sozialdemokratie niedertzuzwingen. Nicht nur die Nationalliberalen suchen mehr Anschluß nach rechts, bei den Junkern und Junkerengenossen, das tut auch der sogenannte „entschiedene“ Fortschrittliche Volksparteiler, „volle und ganze Liberale“ mogeln mit national-liberalen Schutzzöllnern, mogeln mit Konservativen, Zentrumsleuten, mit Antifeministen und anderen rückwärts gewandten Mittelständlern um Mandate. Aber noch eine andere bedeutsame Erscheinung zeigt, was wir zu erwarten haben. Unverhüllter, nackter als je zuvor werden in diesem Wahlkampf die großen wirtschaftlichen Unternehmerorganisationen eingreifen. Ich erinnere an die großkapitalistische „Zulustürmer“, die einen reichen Korruptionsfonds zusammengebracht haben — ihren Zulusturm —, aus dem Politiker ohne Unterschied der Richtung gespeist werden sollen, die die Unternehmerinteressen im Sinne der Scharfmacher im Gegensatz zu den Arbeiterinteressen vertreten und daher in erster Linie die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zu bekämpfen haben. Denken wir ferner an die Rolle, welche der berühmte Zentralverband der Industriellen als Oberscharfmacher im politischen Leben spielt, an seinen beherrschenden Einfluß auf die Regierungskreise. Vergessen wir schließlich nicht die typische Entwicklung, die sich im Hansabund vollzogen hat. Geegründet zu dem Zwecke, gegen die Sturmflut der Schutzzöllner einen Damm zu errichten, hinter dem die Interessen des Handels der in ihrem Aufschwung durch Zollschranken gehemmten Industrien Schutz finden könnten, tritt an Stelle des entscheidenden Abwehrkampfes gegen die Parteien der Scharfmacherischen Schutzzöllner immer mehr der Rückzug und die Konzentration nach rechts. Ein energischer Abwehrkampf könnte ja nur erfolgreich an der Seite der Sozialdemokratie, parallel mit ihr geführt werden. Das geht gegen den Strich der kapitalistischen Interessen, die auch der Hansabund vertritt. So proklamiert er lediglich noch den Kampf gegen die „Hochschutzzöllner“, die „Uberschutzzöllner“, gleichzeitig aber auch den Kampf gegen die Sozialdemokratie. Stets

aber, wenn von bürgerlicher Seite der Kampf nach zwei Fronten, nach rechts und links, proklamiert wird, lehrt sich in Wirklichkeit die ganze Wucht der Schlacht gegen die Sozialdemokratie. Es sind auch die Felle dieser Hoffnung dabongeschwommen, als ob das deutsche Bürgertum in dem Hansabund eine Interessenvertretung gefunden hätte, die im Geiste des alten, grundsätzlichen Liberalismus und seiner politischen Forderungen wirken würde.

So wird bei den Reichstagswahlen eine Kampfeswelle wider die Sozialdemokratie herankrausen, die uns den alten Ruf erneuern läßt: „Feinde ringsum!“ Angesichts dieser Situation fragen Sie vielleicht: was wird aus unserem Kampf gegen den schwarz-blauen Block? Ist seine Zertrümmerung nicht ein Gebot dringender politischer Notwendigkeit für das Proletariat? Und sind wir Frauen nicht in erster Linie verpflichtet, auf diese Zertrümmerung hinzuwirken, angesichts des Lebensmittelmangels, den er auf die Spitze getrieben hat, der Verweigerung und Verpöschung von Reformen, für die er die Hauptschuld trägt, der politischen Entrechtung, die für Frauen und Männer aufrechtzuerhalten und zu befestigen sein eifrigstes Bestreben ist? Selbstverständlich müssen auch wir alle Kräfte anspannen, auf daß die Sozialdemokratie den Wund der Heiligen und Ritter überwindet. Aber der Kampf für dieses Ziel darf die Kraft der Sozialdemokratie nicht erschöpfen. Die proletarischen Frauen haben im politischen Leben eine noch größere Rechnung einzufordern wie das männliche Proletariat. Dürfen wir aber die Hoffnung haben, daß ihnen ein konservativ-liberaler Block mehr geben würde als der schwarz-blaue? Die Vergangenheit strahlt solche Hoffnungen Lügen. Um das festzustellen brauchen wir gar nicht bis zum Verrat des deutschen Bürgertums an der Sache der Revolution von 1848 zurückzugehen. Erinnern wir uns der Aera des konservativ-liberalen Blocks, der durch die Hottentottenwahlen von 1907 würdig eingeleitet wurde. Er hatte seine Schatten vorausgeworfen bei den Kämpfen um den Zolltarif von 1902. Das Versagen der Nationalliberalen in diesen Kämpfen und die schwächliche Haltung der Linksliberalen — die Verschlechterung der Geschäftsordnung des Reichstages zur Anbelohnung der Minorität kam bekanntlich mit Eugen Richters Segen zustande — tragen mit die Verantwortung dafür, daß der Kaiser dem Reichskanzler Bülow die goldene Fürstentette für das „Verdienst“ verleihen konnte, dem deutschen Volke die eiserne Hungerkette des Zolltarifs angelegt zu haben. Könnten die proletarischen Frauen das vergessen, sie, welche am ersten und am stärksten unter der Verteuerung der Lebenshaltung leiden mußten, die als Folge davon auftrat und im Wunde mit der später einsetzenden Krise die härteste Not schuf? (Sehr richtig!)

Ueberstürzen wir die folgenden Jahre, bei denen die Liberalen bis zu den Freijüngigen hinüber wieder und wieder bekundeten, daß sie die Träger einer großzügigen Politik sozialer und demokratischer Reformen werden könnten noch sein wollten. Bei den Hottentottenwahlen kehrten die liberalen Parteien die Wucht ihres Kampfes gegen die Sozialdemokratie, und Tugenden von Mandaten haben sie den reaktionären Händen ausgeliefert. Und wie konservative, Antisemiten, Bauernbündler haben auch Nationalliberale und Linksliberale die schmutzigsten Waffen zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie aus dem schmutzigen Arsenal des berüchtigten Reichsverbandes bezogen. Das sind Tatsachen, deren wir eingedenk bleiben müssen, um uns vor trügerischen Illusionen zu bewahren.

Vielleicht meint man, die Proletarierinnen schuldeten trotz allem den Liberalen Anerkennung, ja eine gewisse Zärtlichkeit, und das im Hinblick auf das Reichsvereinsgesetz, das Kind der konservativ-liberalen Paarung. Wir wissen jedoch, daß wir das Reichsvereinsgesetz — soweit es für uns als Frauen einen Fortschritt bedeutet — weder der Regierung noch den Liberalen zu

danken haben, sondern unserem eigenen zähen Kampfe. Es mußte gewährt werden, was nicht länger vorenthalten werden konnte. (Zustimmung.) Außerdem vergessen wir nicht, daß das Reichsvereinsgesetz den kämpfenden Proletarierinnen zusammen mit ihrer Klasse erhebliche Verschlechterungen gebracht hat. Da ist die sanktionierte Polizeivillkür und Polizeigewalt zu nennen, da sind die engherzigen, reaktionär gefärbten und noch reaktionärer ausgelegten und gehandhabten Bestimmungen gegen das Recht der Jugendlichen, Bestimmungen, die die proletarischen Mütter in ihrem Streben und Hoffen treffen, ihre Kinder mit sozialistischem Geist zu erfüllen. Als Kämpferinnen des internationalen Sozialismus wehrt es uns, die notwendige Aufklärungs- und Organisationsarbeit an den fremdländischen Arbeitern und Arbeiterinnen zu leisten, die das Kapital zu vielen Tausenden als Schmutzkonkurrenten in das Land zieht. Bei dieser Arbeit handelt es sich um ein elementares Lebensinteresse des Proletariats, dessen Wahrung der Sprachenparagraf enge Grenzen zieht, der mit Hilfe der Liberalen, die Fortschrittler inbegriffen, Gesetz geworden ist.

Die sogenannte Reform des Majestätsbeleidigungsparagrafen — eine andere Errungenschaft des konservativ-liberalen Blocks — hat sich in der Praxis, wie vorausgesagt, als ein geßliges Klaffengeß gegen die Presse, gegen den politischen Kampf des Proletariats erwiesen. Und wäre die Reichsfinanzreform, welche die zoll- und steuerpolitische Auswucherung der Massen aufs höchste steigert, uns nicht bei einem Haare als Werk des konservativ-liberalen Blocks bejehert worden? 400 Millionen von den geforderten 500 Millionen neuer Reichseinnahmen waren auch die Liberalen bereit, aus dem schmalen Beutel der werktätigen Massen zu nehmen. Der Handel schreite nur daran, daß die Konservativen und Zenträmter nicht dafür zu haben waren, wenigstens die letzten hundert Millionen in Gestalt der Erbschaftsteuer aus dem wohlgefüllten Geldsack der besitzenden Massen zu nehmen. An der Erbschaftsteuer mußten aber die Liberalen festhalten, um den schamlosen Raub an den Armen hinter einem Feigenblätchen zu verdecken. (Sehr wahr!)

Aber dürfen wir nicht wenigstens hoffen, daß der Liberalismus künftig aus der seitherigen Verbindung mit den Konservativen und anderen reaktionären Elementen gelöst wird, daß er Anschluß nach links, statt nach rechts suchen muß? Drängen in dieser Richtung nicht zwingende Klasseninteressen der Bourgeoisie, des Bürgertums an einer wirtschaftlichen und politischen Entwickelung, die nicht durch politische Aneberresse der feudalen Gesellschaft gehemmt werden sollte? Man könnte es meinen, denn solche Interessen sind unlegbar da. Wir müssen jedoch damit rechnen, daß der von ihnen geschaffene Gegenatz zu den Agrariern, zu Junkertum und Halbabsolutismus hinter den größeren Gegenatz aller besitzenden und ausbeutenden Klassen gegen die besitzlosen und ausgebeuteten Massen zurücktritt. Die Interessen, welche die Liberalen zum Zusammengehen mit der Sozialdemokratie veranlassen sollten, verlieren an ausschlaggebender Stärke; sie zurückdrängend macht sich das Bedürfnis zum Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie geltend. Der Anschluß nach links vollzieht sich nur bei verhältnismäßig unbedeutenden Fragen; angesichts größerer, entscheidender sozialer und politischer Reformen setzt sich je länger je mehr der Zug nach rechts durch. Die liberalen Parteien handeln im Geiste eines Ausspruchs, den Björnson in „Ueber unsere Kraft“ seinen Musterkapitalisten tun läßt: „Was wir an Freiheit verlieren“ — gegen Junkertum und persönliches Regiment — „gewinnen wir an Macht“ — gegen das Proletariat.

Wir haben in dieser Erscheinung nicht die besondere Schuld kurzschätiger Führer vor uns, vielmehr das geschichtliche Los der Klasse. Je schärfer mit der

fortschreitenden Reife des Kapitalismus die Klassengegensätze zwischen der ausbeutenden Minderheit und den ausgebeuteten Massen werden, um so mehr muß der bürgerliche Liberalismus in Gegensatz zu der Sozialdemokratie als der politischen Sachwalterin des Proletariats geraten, in Widerspruch zu seiner eigenen Vergangenheit und seinem Programm. Die Klassencheidung setzt sich mit wachsender Stärke in den politischen Parteien durch. Unaufhaltsam vollzieht sich der Abmarsch der Proletarier aus dem Lager des bürgerlichen Liberalismus in das der Sozialdemokratie. Die Nationalliberalen sind heute schon überwiegend die Partei der Großindustriellen, der Schanzmacher. Die Linkliberalen vertreten in erster Linie die Kreise der Handels- und Finanzkapitalisten. Die Kleinbürger und Kleinbauern — die wichtigsten sozialen Träger einer bürgerlichen Demokratie — ziehen sich von ihnen zurück, um ihr Heil, die Wahrung ihrer vom Kapitalismus bedrohten wirtschaftlichen Interessen, bei Antisemiten, Bauernbündlern und ähnlichen „mittelständlerischen“ Gruppen zu suchen. Der vielgepriesene „neue Mittelstand“ hat sich als Trugbild erwiesen. So wird der Liberalismus reaktionärer, arbeitfeindlicher. Weniger und weniger ist er zu haben für Reformen, die die Gegenwartslage des Proletariats heben, die dieses für seinen Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Herrschaft rüsten. Günstigstenfalls findet die kämpfende Arbeiterklasse in den Liberalen laue Freunde.

Das Schulbeispiel für diese Entwicklung der Dinge ist der preussische Wahlrechtskampf. Das muß gerade die Proletarierin eingedentt bleiben. Dieser Kampf geht auch um das gleiche Recht für Mann und Weib. Wie Konervative und Zentriemler, so haben aber auch die Liberalen aller Schattierungen dem weiblichen Geschlecht kein volles staatsbürgerliches Recht versagt. Und mehr noch. Wenn vom Frauenwahlrecht die Rede ist, zeigen auch die Linkliberalen Neigung, die Proletarierinnen durch die Einführung von Vorrechten für die bestehenden Damen um ihr Recht zu pressen. Ein Vorgang aus jüngster Zeit ist dafür lehrreich. Das preussische Abgeordnetenhaus hatte sich mit einer Reform der Rheinischen Gemeindeordnung zu befassen. Die Regierung wollte dem Beschluß des Herrenhauses entsprechend das Privileg der Besitzenden in den Gemeinden — zumal des Großgrundbesitzes — durch das Vortrecht der Grundbesitzerinnen vermehren, auch ihrerseits die Gemeindevertreter zu wählen. Die Fortschrittliche Volkspartei wollte diese Vorzugsstellung noch dadurch verstärken, daß die bevorrechteten Frauen auch das passive Wahlrecht erhalten, in die Gemeindevertretung gewählt werden sollten. Die Sozialdemokratie allein kämpfte für das volle kommunale Bürgerrecht aller großjährigen Frauen. Nicht einmal für das Prinzip des allgemeinen politischen Frauenwahlrechts sind die Linkliberalen bis jetzt im preussischen Wahlrechtskampf eingetreten. Wie sollten sie auch! Die Fortschrittliche Volkspartei hat bis heute noch nicht die Forderung gleichen politischen Rechts für beide Geschlechter in ihr Programm aufgenommen. (Hört! hört!) Je Weibschafflicher die ziellosen Proletarierinnen ihr politisches Recht fordern, um sich seiner in ihrem Befreiungsbringen als Waffe zu bedienen, um so weniger können sie es vermissen, daß der bürgerliche Liberalismus im Kampfe für die volle Demokratie versagt.

Wenn wir jedoch vom Zusammenbruch des Liberalismus, der bürgerlichen Demokratie reden, so dürfen wir eins nicht übersehen: Dieser Zusammenbruch vollzieht sich nicht nur innerhalb der liberalen Parteien, sondern nicht minder auch innerhalb des Zentrums. Damit müssen wir uns ausführlicher beschäftigen. Denn eine der brennendsten Tagesforderungen ist gerade für die proletarische Frauenbewegung, die Reichstagswahlen auszunutzen, um in den Kreisen der katholischen Proletarierinnen einzudringen und festen Fuß zu fassen. Wir

wissen ja, welsch großen Wert das Zentrum darauf legt, diese mit Hilfe des Klerus und unter Mißbrauch der religiösen Ueberzeugung im Bann zu halten. Auch der Zweck ist bekannt: er ist ein rein politischer. Die Frau, der es nach der Ansicht der meisten Zentriemler nicht anheht, sich um Politik zu kümmern, die Frau, die die Herren in politischer Unmündigkeit halten wollen, ist ihnen gleichwohl als politisches Werkzeug gut genug, den Mann für die Zentrums-politik einzufangen, gegen die er zu rebellieren beginnt. (Zustimmung.) Das Zentrum hat in den überwiegend katholischen Gegenden des Reichs den liberalen Parteien die Bevölkerungsschichten entzogen, aus denen die bürgerliche Demokratie ihre Kraft saugt: Kleinbürger und Kleinbauern. Der „neue Mittelstand“ hat ihnen dafür in keiner Weise Ersatz zu stellen vermocht, von anderen Gründen abgesehen schon numerisch nicht. Die Ungelesenen machten z. B. 1907 nach der Berufs- und Gewerbebeziehung knapp ein Siebzehntel der Berufstätigen aus. Das Aufkommen des Zentrums wurde so wie die Entwicklung der Sozialdemokratie auch eine Quelle der Schwächung des bürgerlichen Liberalismus.

Genöthlich erklärt man, das Zentrum sei eine kirchenpolitische Partei. Das stimmt heute nur, soweit es sich um den Dedmantel handelt, mit dem diese Partei die Massen über das Wesen ihrer Politik zu täuschen sucht. Diese Politik selbst aber ist ihrem Wesen nach heute agrarisch-großkapitalistisch. Ihre ausschlaggebende Richtung erweist das, trotz der mitlaufenden kleinbürgerlich-demokratischen, proletarisch-reformlerischen Unterströmungen. Das Spiel mit dem Dedmantel wird dem Zentrum dadurch erleichtert, daß die Kirche als soziale Institution mit beiden Füßen auf dem Boden des Privateigentums steht und ihre Aufgabe begreift, dieses zu schützen und die „Begehrlichkeit“ der Massen zu zügeln. In seinen Anfängen jedoch wies das Zentrum starke oppositionelle Wesenszüge auf, die es begreiflich machen, warum es bürgerlich-demokratische und proletarische Schichten anziehen konnte. In ihm sammelten sich die Elemente, die sich wider die wirtschaftlichen Zustände, die der Kapitalismus schuf, als Betroffene, als Leidende auflehnten: Handwerker, Kleingewerbe-treibende, Bauern, Arbeiter. In ihm sammelten sich auch die partikularistisch-demokratischen Opponenten gegen die politische Schöpfung der kapitalistischen Entwicklung: das Deutsche Reich unter der preussischen Fickelhaube, 1866 annektierte „Rußpreußen“, kleinstaatliche Lokaldemokratien. Bismard schmeißte diese Elemente zur Partei zusammen, die auch die katholischen Großgrundbesitzer und Großkapitalisten aufnahm, indem er in Gestalt des Kulturkampfes mit der Junkenweichteit tölpelhaft nach der katholischen Kirche schlug. Und damit tat er zugleich mehr, als daß er einte. In Gestalt des religiösen Weltkenntnisses gab er der politischen Partei eine große Ideologie. Sie ermöglicht es dem Zentrum, seine politischen Parteigänger als katholische Gläubige von der Wiege bis zum Grabe zu erfassen und zu fesseln. (Sehr gut!)

Unterzählen wir diesen Faktor nicht! In ihm beruht das Geheimnis der geistigen Macht des Zentrums über Massen, auch über hochstehende proletarische Massen in alten Kulturzeiten, trotz allem politischen Verrat dieser Partei. In der Tat: wenn der politische Verrat an den wichtigsten Interessen des werttätigen Volkes töten könnte, so müßte das Zentrum längst für die katholischen Arbeiter tot sein. Aber obgleich diese Partei bei der Zoll- und Steuerfrage, bei Militär- und Marineforderungen der Regierung, bei Arbeiter-schutz und Arbeiterversicherung, beim Kampf für das gleiche politische Recht usw. die Bedürfnisse der Ausgebeuteten und Kleinen mit Füßen getreten hat, verfährt sie über einen stattlichen Heerbann proletarischer Wähler. Ja, das Zentrum ist heute noch die einzige bürgerliche Partei, die ohne wirtschaftlichen

und sozialen Zwang, dank geistiger Beeinflussung Arbeitermassen hält. Wie ist das möglich? Nur weil das Zentrum mit seiner religiösen Ideologie breite Massen ergreift. Mit ihr gibt es diesen eine feste, in sich geschlossene Weltanschauung, die über die kapitalistische Gegenwart mit ihrem Zerberren für die Gabenrichte hinausgreift, die im Alltäglichen als Lebensauffassung Herrschaft über das Sein und Tun des einzelnen gewinnt. „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein!“ Am wenigsten die Klasse, der die im stilllichen Bewußtsein als soziales Unrecht empfundene Gesellschaftsordnung das Brot so knapp und so trocken zuschneidet. Die Massen bedürfen einer Ideologie, eines idealen Weltbildes, das ihnen ein „Endziel“ zeigt: die Ueberwindung der sozialen Uebel, unter denen sie feuchten, den Ausgleich der sozialen Gegensätze und Ungerechtigkeiten. Aus diesem „Endziel“ schöpfen sie die Kraft der Hoffnung, die Gegenwartsleiden zu ertragen und sich aus ihnen emporzuheben.

Auch die bürgerlichen Liberalen haben früher breitesten Volksmassen eine hohe Ideologie gegeben, eine einheitliche Weltanschauung, die über die Not und den Zwang der Zeit hinauswies auf ein „Endziel“: die bürgerliche Ordnung, die sich aus dem Watterschoße der feudalen Gesellschaft losrang. Die klassische Philosophie der Kant, Fichte, Hegel, Schelling usw. hat an ihr gezimmert, hat das „Endziel“ als das Reich der Vernunft und Freiheit, als den Rechtsstaat, den geschlossenen „nationalen Handelsstaat“ greifbar vor sich gesehen. Die klassische Kunst der Lessing, Schiller und Goethe hat die Weltanschauung des Liberalismus verklärt. 1848 hat sie ihre politische Formel in der einen unteilbaren schwarzrotgoldenen Republik erhalten. Jedoch mit der fortschreitenden Reife des Kapitalismus und seinen Triumpfen hat die herrschende liberale Ideologie ihre Verwirklichung in der häßlichen kapitalistischen Gegenwart gefunden. Ihr „Endziel“ hat sich als die kapitalistische Ausbeutungsordnung enthüllt. Ihr „Endziel“, soweit es sich um die nächste geschichtliche Entwicklungsstufe handelte, welche im Kampf gegen die herrschenden sozialen Stände der feudalen Gesellschaft — Adel, Geistlichkeit und absolutes Fürstentum — die Bourgeoisie als herrschende Klasse zur Macht emportrug. Soweit aber die liberale Ideologie über diese Entwicklungsstufe hinaus weitergeführt werden konnte, konsequent weiter geführt werden mußte — dem sich nun deutlich abzeichnenden weiteren geschichtlichen Werdegang entsprechend —, hat sie ihre Vollendung gefunden in der Ideologie des Sozialismus. Die Ideologie des Sozialismus mit ihrem „Endziel“ ist die Ideologie der im Schoße des Kapitalismus sich entwickelnden sozialistischen Ordnung, ist die Ideologie des Proletariats, der Klasse, die historisch berufen ist, im Kampfe gegen die ausbeutenden und herrschenden Klassen der bürgerlichen Gesellschaft die Grundlagen jeder Massenausbeutung und Klassenherrschaft aufzuheben. Infolge dieser Zusammenhänge erscheint heute den bürgerlichen Liberalen die große Ideologie des kämpfenden Bürgertums als überflüssig, ja schädlich. Werkkörpert sie sich ja immer wieder in dem Gegensatz zwischen dem liberalen Programm und der Praxis der liberalen Parteien, gleichzeitig aber auch in der Praxis der Sozialdemokratie, insofern diese Partei die politische Testamentsvollstreckerin der bürgerlichen Demokratie sein und ihre Ziele weiterführen muß. (Sehr richtig!) So kommt es, daß den Liberalen im Grunde nichts verhaschter ist, als von Angeficht zu Angeficht mit der Ideologie des Liberalismus gestellt zu werden, so kommt es, daß sie den Massen keine Ideologie mehr zu bieten haben, die ihrem Empordringen richtunggebende Zukunftsziele zeigt.

Das Zentrum gibt den von der Gegenwart bedrückten Massen eine Ideologie, aber diese unterscheidet sich wesentlich von der des Liberalismus und

Sozialismus. Sie ist nicht von dieser Welt. Sie kann nicht von ihr sein, weil das Zentrum auf dem Boden des Privateigentums, der bürgerlichen Ordnung steht. Auch sie muß für die Hoffnung der Massen nach einer sozial ausgleichenden Gerechtigkeit deren Blick perspektivisch in die Zukunft lenken wie der Sozialismus. Aber diese Zukunft liegt nicht auf der Erde, nicht in der Gesellschaft und ihrer Entwicklung, sondern jenseits der Wolken. Sie verlagert gleichsam die Entwicklungslinie über das Diesseits hinaus und läßt sie ihr Endziel erst in einem Jenseits finden. Das Zentrum setzt damit an die Stelle einer sozialen Ideologie, deren Inhalt den Massen Richtung und Ziel gibt, die religiöse Ideologie, welche Privatfache des einzelnen bleiben muß. Daher kann diese Ideologie nicht auf die Dauer proletarische Massen an das Zentrum fesseln.

Indem das Zentrum zum Zwecke der politischen Massentäuschung das Banner einer religiösen Ideologie voranträgt, setzt sich eine rückläufige Erscheinung durch. Friedrich Engels hat darauf hingewiesen, welchen bedeutsamen geschichtlichen Fortschritt es darstellt, daß in der großen französischen Revolution die verschiedenen sozialen Klassen ihre Kämpfe nicht durch eine religiöse Verkleidung führten, als von wirtschaftlichen und sozialen Gegensätzen getriebene Kämpfe um die politische Macht. Das Zentrum aber deckt diese Gegensätze und die ihnen entsprechenden politischen Konsequenzen wieder mit einem religiösen Mantel. Im Gegensatz zu den anderen politischen Parteien, deren Gefolgschaft sich mehr und mehr unter dem Einfluß der wirtschaftlichen und sozialen Interessen bestimmter, abgegrenzter Bevölkerungsschichten rekrutiert, umfaßt es ohne Rücksicht auf solche Gegensätze große Kreise aller Massen. Es ist eine Volkspartei im alten verschwommenen Sinne des Wortes. Man könnte sagen — natürlich mutatis mutandis, die nötigen Veränderungen vorausgesetzt — daß im Zentrum der Kraum des Blochs von Bismarck bis Bebel nicht nur erfüllt, sondern überholt worden ist. Hier ist der Bloch von Bismarck vom bloßen bis Bebel Wirklichkeit geworden. (Heiterkeit.) Das Zentrum umschließt alle, vertritt alle: von den Agariern und großkapitalistischen Scharfmachern bis zu den ausgebeuteten Proletariern. Nur die religiöse Ideologie hat es vermocht, diese heterogenen Elemente zusammenzuhalten, wenn auch nicht ohne innere Reibungen. Und die müssen wachsen, je schärfer sich außerhalb des Zentrums, im wirtschaftlichen Leben der Gesellschaft, die Klassengegensätze zuspitzen. Mit dieser Entwicklung wird das Zentrum in steigendem Maße zu einer agrarisch-großkapitalistischen Partei ohne arbeiterfreundliche und demokratische Phrase. Die Tatsache setzt sich durch, daß ein politischer Bloch, der die Vertreter der gegensätzlichen wirtschaftlichen, sozialen Interessen vereinigt, zur Fessel der demokratischen, der proletarischen Elemente wird. Die Annahr, politisch alle Klassen zusammenhalten zu wollen, endet mit dem Triumph der großen Geldsacks und der Unterdrückung der Vertreter der Arbeiter, der kleinen Leute. Der Beweis dafür ist die Haltung des Zentrums in den Fragen des Militarismus, des Marinismus, der Kolonialpolitik, der Steuern und Zölle und insbesondere seine heuchlerisch verdrängte Arbeiterfeindschaft, die sich erst kürzlich wieder bei der Gestaltung der Reichsversicherungsordnung enthüllt hat. Die arbeiterverräterische Politik des Zentrums schießt sich nicht bloß mit der der Konservativen, sondern auch mit der der Liberalen zum Ringe zusammen. Darüber müssen wir klar sein, wenn wir uns vor Illusionen nach der einen Seite hin bewahren wollen, nach der anderen Seite hin sind solche heute angefichts der Politik des schwarz-blauen Blochs unmöglich. Die Werke dieser Politik sind dem Bewußtsein der Massen durch Notstandspreise, Reform- und Rechtsverweigerung eingebrannt.

Wollen wir die Kräfte verstehen, die uns zwingen, beim Reichstagswahlkampf unsere ganze Kraft zunächst den bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme entgegenzustellen, so müssen wir aus dem Reiche der Politik hinabtauchen in das Reich des wirtschaftlichen Lebens. Die ausschlaggebenden treibenden Kräfte der Politik liegen in der Oekonomie. Die Verhältnisse des Deutschen Reiches stehen im Zeichen der rasch fortschreitenden kapitalistischen Entwicklung und Reife. Dafür einige charakteristische Belege. Die deutsche Hoheisenerzeugung stieg — in 1000 metrischen Tonnen — von 8470 im Jahre 1882 auf 12 875 im Jahre 1907. Deutschland ist damit an die zweite Stelle aller Hoheisen produzierenden Staaten gerückt, es hat England überflügelt, dessen einschlägige Produktion in dem angegebenen Zeitraum nur von 8716 auf 10 277 Tausend metrische Tonnen in die Höhe gegangen ist, und wird nur noch von den Vereinigten Staaten Nordamerikas mit einem Ertrag von 28 195 Tausend übertroffen. Auch der deutsche auswärtige Handel war bis 1907 mit einem Gesamtertrag von mehr als 15½ Milliarden — Einfuhr und Ausfuhr zusammen gerechnet — zum zweitstärksten aller Länder geworden, ihm geht nur der auswärtige Handelsverkehr Englands mit fast 20 Milliarden voran und ihm folgt der der Vereinigten Staaten mit noch nicht 14 Milliarden.

Es liegt auf der Hand, daß die großartige Entwicklung des Kapitalismus, die von diesen Zahlen gelündet wird, sich nicht vollziehen konnte ohne ihre Gegenstück: die Verschärfung der Klassengegenstände. Das wird durch die Berufs- und Gewerbezahlung von 1907 und den Vergleich ihrer Ergebnisse mit denen der früheren statistischen Erhebungen erhärtet, ebenso auch wie eine andere Erscheinung von großer Tragweite. Deutschland hat aufgehört, ein agrarisches Land zu sein. Die landwirtschaftliche Bevölkerung des Reiches ist von 1882 bis 1907 bedeutend zurückgegangen, und zwar von 45,52 Prozent der gesamten Einwohnerzahl auf 28,67 Prozent, sie sank auch absolut, von 19,22 Millionen auf 17,68 Millionen. Die Bevölkerung dagegen, die von Industrie und Gewerbe — Bergbau und Bauwesen inbegriffen —, von Handel und Verkehr lebt, ist in dem gleichen Zeitraum von 45,53 Prozent der Gesamtbevölkerung auf 56,17 Prozent gestiegen, absolut von 20,58 Millionen auf 34,65 Millionen. Diese Zahlen kennzeichnen die agrarische Politik der Regierung und der herrschenden Parteien als ein Verbrechen an der Mehrheit der Bevölkerung. Sie ist das um so mehr, als sie nicht einmal der Gesamtheit der landwirtschaftlichen Bevölkerung zugute kommt, sondern nur einer kleinen Minderheit davon. Die angezogenen Erhebungen erweisen, daß auch in der Landwirtschaft die Entwicklung und Buphigung der Klassengegenstände zugenommen hat. Die Zahl der selbständigen Landwirte ist erheblich zurückgegangen. 1875 waren in der Landwirtschaft unter 100 Erwerbstätigen noch fast ein Drittel Selbständige: 30,93, 1907 dagegen wenig mehr als ein Viertel: 23,31. Die Arbeiter machen hier mit ihren 7,18 Millionen 73,69 vom Hundert der Erwerbstätigen aus. Vergewaltigen wir uns dazu die erdrückende Zahl der Kleinbauern und Zwergbesitzer, die kein Getreide und kein Vieh auf den Markt bringen können, vielmehr oft selbst kaufen müssen: so erscheint die Politik des Brot- und Fleischmachers, der Liebesgaben an die Agrarier nach in ihrer ganzen Gemeingefährlichkeit.

Auch in der Industrie und im Handel hat sich der gleiche Entwicklungsprozeß fortschreitender Proletarisierung vollzogen. Die Zahl der Selbständigen unter hundert Erwerbstätigen ist von 1895 bis 1907 gesunken in der Industrie von 24,90 auf 17,58; im Handel von 38,07 auf 29,11. Diese Zahlen aber stehen noch hinter der Wirklichkeit des vor sich gehenden Proletarisierungsprozesses zurück. Unter den Selbständigen sind nicht nur die große Menge wirtschaftlicher Scheinexistenzen gezählt, die nur Agenten, Verwalter, Schuldklaven großer

kapitalistischer Unternehmungen sind, sondern auch die sogenannten Hausgewerbetreibenden. Trotz allem läßt die amtliche Statistik die wachsende und ausschlaggebende soziale Bedeutung der Arbeiter — und rechnen wir ihnen die Angestellten hinzu — der Abhängigen überhaupt wichtig zum Ausdruck kommen. Die Zahl der Arbeiter in Landwirtschaft, Industrie und Handel ist seit 1882 bis 1907 von 10,70 Millionen auf 17,83 Millionen gestiegen, ihr Anteil am Hundert der Erwerbstätigen in den drei Berufsgruppen von 60,07 auf 72,43. In der Industrie allein beträgt er 76,35. Ein Steigen in der gleichen Richtung weist die Zahl der Angestellten auf. Es ist keine Uebertreibung, daß heute in den unser Wirtschaftsleben beherrschenden drei Berufsgruppen einem Viertel unabhängiger drei Viertel Abhängiger gegenüberstehen. Eine Einzelheit sei dabei besonders hervorgehoben, denn sie hat ihren Wert für unseren Wahlkampf. Betrachten wir die soziale Schichtung der Erwerbstätigen in Verbindung mit dem religiösen Bekenntnis, so sind vom Standpunkt der bürgerlichen Ordnung aus die Verhältnisse am ungünstigsten bei den Katholiken. Vom Hundert der katholischen Erwerbstätigen sind nur 21,05 Selbständige, die Arbeiter machen dagegen 75,52 aus. Diese Ziffern lassen den Verrat des Zentrums an den Interessen der merktätigen Massen scharf hervortreten. Die ritgeteilten Zahlen sind für uns sozialistische Frauen von hohem Interesse. Spitzer ihnen steht die für unsre Arbeit wichtige Tatsache, daß die Zahl der Proletarierinnen gewaltig gewachsen ist, daß die Zahl der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen zugenommen hat, die unsere Agitation bei den Reichstagswahlen ergreifen und in Reich und Glied der Sozialdemokratie führen muß.

Die beleuchtete Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung gibt uns Aufschluß über die Richtung der Politik. Sie läßt den Imperialismus, die eroberungstolle Weltmachtspolitik, zu einer Erscheinung werden, die je länger je mehr das politische Leben des Deutschen Reiches, wie aller kapitalistischen Staaten überhaupt beherrscht. Die angeführten Ziffern bekunden das Emporbühen des Kapitalismus. Emporbühen des Kapitalismus aber bedeutet Vervollkommnung und Entfaltung der Produktivkräfte, bedeutet steigende Produktivität der Arbeit, ein Anschwellen der erzeugten Güter und damit des Bedürfnisses nach einer Ausdehnung des Marktes, auf dem die kapitalistischen Unternehmer durch den Verkauf der Waren ihren Anteil von dem Mehrwert einzufahren können, den die Proletarier schaffen. Allein diese Entwicklung vollzieht sich auf der Grundlage des Klassengegenstandes zwischen den Ausbeutenden und Ausgebeuteten, und er verhindert es, daß die Erweiterung des Absatzgebietes im Deutschen Reiche selbst gleichen Schritt hält mit dem Steigen der Produktion. Je mehr der Klassengegenstand sich verschärft — wie oben gezeigt wurde —, um so mehr werden die besitzenden und ausbeutenden Klassen durch die Entfaltung der Produktion gezwungen, Absatz im Auslande zu suchen. Nicht etwa, weil die Massen des Volkes in der Heimat alles haben, was sie bedürfen, von dem zu schweigen, was ihnen nach dem Grad der Kulturentwicklung gebührt, sondern weil sie dank der kapitalistischen Ausbeutung nicht zahlen können, nicht kaufkräftig sind. Die gleiche Entwicklung geht jedoch nicht nur in den alten kapitalistischen Ländern vor sich, sondern auch in den neuen, die der Kapitalismus selbst schafft. Es sind ja nicht nur Waren, die ausgeführt werden, vielmehr auch Arbeitsmittel, Arbeitskräfte, Kapitalien. So nistet sich die kapitalistische Produktion auf den eisernen Punkten der Erde ein und verdrängt die Zahl der konkurrierenden Länder auf dem Weltmarkt. Es wächst der Gegensatz zwischen den ausbeutenden Klassen und Schichten der einzelnen Staaten. Ihre Verlangen nach festen, gesicherten, abgeschlossenen ausländischen Absatzgebieten setzt sich in der Politik durch als das Streben nach Kolonialbesitz, der durch Bollmauern dem Wettbewerb anderer kapitalistischer Nationen entzogen wird. Die

Weltpolitik steht nicht mehr im Zeichen der offenen Türen, des Freihandels, des Friedens, sie wird Welteroberungs-, Weltmachtpolitik. Der Imperialismus ist da.

Man stärkt der Umstand, daß die Ausbeutenden und Regierenden ihre nationalen Gegensätze brauchen und mißbrauchen, um die Ausgebeuteten über den Klassen Gegensatz in der Heimat hinwegzutäuschen. Die Hege gegen „den äußeren Feind“, im Namen des Vaterlandes, soll diese blind für die Tatsache machen, daß ihr Feind im eigenen Lande steht, daß sie von den eigenen „Volksgenossen“ eben so rücksichtslos ausgeplündert werden, wie von etwa einfallenden Franzosen und Russen. Und noch ein weiterer Zusammenhang der Dinge fördert den Imperialismus. In dem gegenwärtigen Entwicklungsstadium der bürgerlichen Gesellschaft haben die Produktionskräfte eine Entfaltung erreicht, daß sie fortwährend gegen ihre Fesseln rebellieren: gegen die kapitalistische Produktionsweise, gegen die bürgerliche Eigentumsform. Die ausbeutenden und herrschenden Klassen werden unfähig, ohnmächtig, das schöpferische Spiel dieser Kräfte dem kapitalistischen Mehrwert nutzbar zu machen. Es entzweifelt alle wirtschaftlichen, alle sozialen Gegensätze der bürgerlichen Ordnung und droht diese selbst als ein Hemmnis zu sprengen. Indem der Imperialismus die Rüstungen zu Wasser und zu Lande fördert und unwahrscheinlich steigert — bis zum Weißbluten der Völker — erblickt die herrschenden Klassen in ihm ein Mittel, menschliche und sachliche Produktivkräfte lahmzulegen, zu vernichten. Nach dem österreicherischen Professor Kobatsch verschwenden die europäischen Staaten jährlich 7 Milliarden für Rüstungen, weitere 6 Milliarden für die Verginzung der Schulden, die zu Rüstungszwecken aufgenommen wurden, 5 Milliarden an Arbeitsausfall der aktiven Soldaten, die im leistungsfähigsten Alter aus Mehrern des gesellschaftlichen Reichtums zu bloßen Verzehrern werden müssen. So vervollständigt der Imperialismus das periodische Werk der Krisen. Auch in diesem Zusammenhange ist er die Rettungspflanze, an die sich die besitzenden Klassen klammern, um ihre Ausbeutungs- und Herrschaftsmacht zu erhalten. Der Reichsfanzler sprach als Vertreter der ausbeutenden Klassen aller Nationen, als er den Anregungen auf Abrüstung ein starres Nein entgegensetzte.

So ist der Imperialismus eine geschichtliche Erscheinung, die gerade die proletarischen Frauen zu energischstem Widerstand herausfordert. Von dem Bewußtsein durchdrungen, daß die soziale Klassen- und Geschlechtsknechtschaft erst mit der Aufhebung des Privateigentums endet, daß nur jenseits der Reformmauern dieser bürgerlichen Gesellschaft freies, harmonisches Menschentum für alle blüht: müssen sie gegen die Welteroberungspolitik kämpfen, die die Lebensdauer der kapitalistischen Ordnung zu verlängern bezweckt. Nicht weniger fordern die Gegenwartsfolgen solcher Politik die schärfste Abwehr heraus. Der Imperialismus bedeutet nicht nur Ausbeutung und Knechtung barbarischer und halbbarbarischer Völker. Der reaktionären Auslandspolitik entspricht eine gleich reaktionäre Heimatspolitik. Vergessen wir nicht die Wurzel, den Zweck des Imperialismus: Aufrechterhaltung und Festigung der kapitalistischen Ausbeutungs- und Herrschaftsgewalt! Seinem ganzen Wesen nach schlägt er die gepanzerte Faust auch dem heimischen Proletariat ins Gesicht. Und die Frauen der werktätigen Massen empfinden das schmerzhaft genug. Wenn die erobertollen Weltmachtpolitik einen Weltkrieg entzündet: dann sind es nicht nur die Söhne der Panzerplattenträger, der Kanonenschieferanten, der großen Kneeder, der Börsenjobber, der Edelsten und Besten, die ihre Knochen zu Marten tragen. Nein, eure Söhne, eure Gatten, eure Väter und Brüder werden es sein, deren Blut in Wägen den Boden rötet, deren Leichen sich hergehockt auf türmen. (Lebhafte Zustimmung.) Und wenn der Imperialismus Militarismus und Marinismus noch üppiger ins Kraut schießen läßt; wenn der Rüstungs-

wahnsinn die Zoll- und Steuerlast bis zur Unerträglichkeit steigert, Leuerungspreise schafft, die nicht wieder zurückgehen: müssen dann nicht die Proletarierinnen die volle Bürde der Sorgen und Entbehrungen tragen? Des sollten namentlich die Mütter, die Hausfrauen eingedenk sein!

Der Imperialismus stärkt die Macht der Unternehmerorganisationen. Wozu das führt, wissen wir. Zu Kreistreibeereien, welche schon heute ihre Schuld an der Leuerung und Not haben. Jedoch besagt wachsende Macht der organisierten Ausbeuter auch noch ein anderes. Die Möglichkeit für die Herren, ihren Einfluß auf das politische Leben zu erhöhen und das so bringend notwendige Werk großzügiger sozialer Reformen zu hindern. Das beweist die Geschichte der Sozialreform in Deutschland all diese Jahre, das zeigt besonders eindringlich in jüngster Zeit das Geschick der Reichsversicherungsordnung. Das Fazit der imperialistischen Entwicklung ist also in der ausgezeigten Beziehung vermehrte wirtschaftliche Not und zähe Verweigerung des Reformrechts der werktätigen Massen. Diese können, diese dürfen sich mit diesem Stand der Dinge nicht widerstandslos abfinden. Je teurer die Lebenshaltung, je larger die Reformen, um so ausgebeuteter, schärfer werden die gewerkschaftlichen Kämpfe. Die Arbeiterverbände stehen dann dem geschlossenen, zähesten Widerstand der mächtvollen Unternehmerorganisationen gegenüber, die Scharfmacherorganisationen sind. Das Ringen wird nicht bloß um die Forderungen der Habentische gehen, fast mehr noch um die Existenz ihrer Gewerkschaften selbst. Die Hungerstreikische und die dienstbaren staatlichen Gewalten sollen die Lohnsklaven ihres Koalitionsrechts berauben. Zu der Auslegung und Beugung der Gesetzestexte tritt das Verlangen nach Ausnahme Gesetze gegen das organisierte, kämpfende Proletariat, tritt die Tendenz, das gemeine Recht zum gemeinsamen Recht zu „reformieren“. Denken wir an die drohende Gefahr, daß die bevorstehende Strafprozessreform mißbraucht werden soll, um ein schändliches Ausnahmerecht gegen die gewerkschaftlich kämpfenden Arbeiter, gegen ihre Organisationen zu schaffen.

So greifen die Folgen der imperialistischen Politik fesselnd, verklümmert auf das Gebiet der politischen Rechte über. Am stärksten muß das in dem zähen, tückischen Widerstand der herrschenden Klassen und ihrer Regierungen gegen die Verwirklichung der Demokratie, gegen die Forderung vollen, gleichen politischen Rechts zum Ausdruck kommen, wie sie in Deutschland mit dem preußischen Wahlrechtskampf das Proletariat immer mehr in den Vordergrund rückt. Imperialismus und Demokratie sind Gegensätze, die einander ausschließen. Die imperialistische Entwicklung schlägt so brutal den wichtigsten Lebensinteressen des Proletariats ins Antlitz, daß sie sich nur durchzusetzen vermag, wenn die breitesten Volksmassen entweder völlig kumpf, ohne eigenes, bewußtes, geschichtliches Klassenleben sind, oder aber politisch getaebelt. In allen Ländern hat der Imperialismus als Begleiterscheinung den Stillstand der demokratischen Entwicklung, das hartnäckige Widerstreben gegen sie gezeitigt. In allen Ländern geht er Hand in Hand mit der Stärkung der Regierungsgewalt, beziehungsweise mit der Stärkung des Monarchismus. Selbst in England, dem Mutter- und Mutterland der bürgerlichen Demokratie, des bürgerlichen Parlamentarismus, hat der Imperialismus eine Renaissance des monarchischen Gedankens gezeitigt, wie sie noch vor 20 Jahren niemand zu träumen gewagt hätte. In Deutschland, wo wir es dank des schwächlichen Liberalismus nicht zur vollen bürgerlichen Freiheit, nicht zu einem mächtvollen Parlamentarismus gebracht haben: bedeutet der Imperialismus die nackte Stärkung der persönlichen Regiererei. Ich erinnere an den Sonnenfeldzug nach China, an den Pantbergsprung nach Agadir. Beide Male berstrickte die Regierung Deutschland in die Fäden der Weltpolitik ohne die

Zustimmung des Reichstags, sie schob die gewählten Vertreter des deutschen Volkes, die Reichstagsabgeordneten, wie Schuljungen beiseite, die in den Ferien waren.

So begreift der Imperialismus alle Uebel, alle Infamien der kapitalistischen Klassenherrschaft in sich: Steigerung der wirtschaftlichen Ausplünderung der Massen durch schamlose Steuer- und Liebesgabenwirtschaft, durch Preistreiber- und Scharfmacherorganisationen; brutales Zurückdrängen der sozialen Reformarbeit und Verzicht auf die Lösung der Kulturaufgaben; Anebelung des politischen Rechts der Massen. Damit tritt diese Entwicklung der Dinge in unerbönlischen Widerstreit zu den Interessen der proletarischen Frauen. Je gedrückter ihre Lage ist, um so bedeutamer ist für sie alles, was dem wirtschaftlichen und politischen, dem kulturellen Aufstieg ihrer Klasse dient. Als doppelt, ja dreifach Behürdet haben sie ein zwingendes Bedürfnis nach durchgreifenden sozialen Reformen, als politisch Unmündige nach wirklich demokratischen Bürgerrechten. Und was sie heißen müssen, soll kein Almosen sein, das sie bestimmen könnte, ihren Frieden mit der bürgerlichen Ordnung zu machen, rein, eine Wegzehrung, die die Kraft des Proletariats für seinen Kampf um das sozialistische Endziel stärkt. (Lebhafte Zustimmung.) Daher die Notwendigkeit für sie, auch bei den Reichstagswahlen der Situation in Preußen eingedenk zu bleiben, die von dem Kampf um das Wahlrecht beherrscht wird, der in seinen Planken die weitere Entwicklung zur Demokratie für ganz Deutschland trägt: das Ringen für das gleiche Wahlrecht aller Grob- und Kleinfähigen ohne Unterschied des Geschlechts, für die Durchführung einer parlamentarischen, konstitutionellen Regierung, für die Republik. Mit den Erfolgen dieses Ringens können die Proletarierinnen hoffen, zu freien, gleichberechtigten Staatsbürgerinnen emporzu steigen, die gleich gerüstet wie ihre Klassengenossen die Schlachten des Proletariats mitschlagen. Als Todfeind müssen sie mithin den Imperialismus betrachten, dessen Politik sich dem geschichtlichen Aufstieg des Proletariats und seiner Befreiung entgegenstemmt. Die stoffreaktionäre Politik des Imperialismus aber wird rasch in steigendem Maße zur einseitigen Lösung aller bürgerlichen Parteien. Wohl sind es einzelne Elitiquen, die die Drähte der imperialistisch tanzenden Staatsmännlein ziehen, Elitiquen, die den fettesten Rahm von der Schüssel der Kolonialabenteuer und Kriegshelgen schöpfen. Aber hinter ihnen stehen so gut wie einmütig die bestehenden Massen, um den Imperialismus zu fördern, statt ihm zu wehren. Das spiegelt die bürgerliche Presse wider, das wird durch das Verhalten der bürgerlichen Parteien zu Heer- und Flottenforderungen bekräftigt. Die Zentrümmer wie die „entschiedenen Linksliberalen“ — ihre Schammeinenbläser auf bürgerlichen Friedenskongressen davon nicht ausgenommen — lassen sich heute an Bewilligungseifer für Kanonen, Panzerschiffe und Kolonialzwecke kaum noch von den Konservativen überbieten.

Im Banne der aufgezeigten Entwicklung steht die Situation, in der die Genossinnen sich am Reichstagswahlkampf beteiligen, die proletarischen Frauen um die Fahne der Sozialdemokratie sammeln müssen. Ihr Recht wie ihre Pflicht dazu ist in der veränderten wirtschaftlichen und sozialen Stellung des weiblichen Geschlechts fest verankert, wie in dem gewandelten Bewußtsein der Frauen, das die Folge davon ist. Auch die Frauen sind und werden in steigendem Maße in den Wahlstrom der kapitalistischen Wirtschaft gerissen. Die Verwundung und Genervtheit der Frauen 1907 weist eine gewaltige Ausdehnung, ein rasches Umsichgreifen der beruflichen Frauenarbeit auf. In der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches hat sich der Anteil der hauptberuflich Erwerbstätigen von 1882 bis 1907 erhöht, er ist von 38,99 vom Hundert auf 43,46 gestiegen. Was besagt diese Tatsache? Nicht nur — wie die Statistik aus-

weist —, daß die absolute Zahl der Dienenden zurückgegangen ist, sondern vor allem, daß die Familien der Berufstätigen immer mehr auf den Verdienst der Frauen und der heranwachsenden Jugend angewiesen sind. 1907 gab es in Deutschland 9 492 881, beziehungsweise 10 035 705 weibliche Erwerbstätige im Hauptberuf — die Dienenden inbegriffen, dazu noch 3 396 600 nebenberuflich verdienende Frauen. Seit 1882 hat sich das Heer der hauptberuflich erwerbenden Frauen um fast 4 Millionen vermehrt, um 3 984 395, das ist um 93,95 Proz.

Dabei verdient ein Umstand unsere besondere Würdigung. Die Scheidung zwischen selbständigen Erwerbstätigen und Abhängigen, Ausgebeuteten hat sich in der Frauenwelt noch schärfer durchgesetzt wie bei den Männern. Während auf das Hundert männlicher Erwerbstätigen 67,21 Arbeiter kommen, sind bei den weiblichen Erwerbstätigen 84,12 vom Hundert Arbeiterinnen. Diese Zahlen müssen uns in der Seele brennen, müssen uns anspornen, unsere ganze Kraft einzusetzen für das bessere Los der ausgebeuteten Frauen. Diese Zahlen geben uns aber auch die freudige Gewißheit, daß unauffällig das Heer der Kämpferinnen anschwellen muß, die Seite an Seite mit uns gegen die kapitalistische Ordnung antreten. Eine andere beachtenswerte Erscheinung. In der Landwirtschaft hat die Erwerbsarbeit der Frauen einen auffallend großen Umfang angenommen. Von 1895 bis 1907 ist in der Landwirtschaft die Zahl der Männer, welche hauptberuflich erwerbstätig sind, um 255 467 zurückgegangen, die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen im Hauptberuf aber um 1 775 182 gestiegen. Von allen Frauen, die einen Hauptberuf ausüben, um zu verdienen, sind fast die Hälfte — 4 528 286 — in der Landwirtschaft tätig, 45,88 Proz., während Industrie und Handel zusammen wenig mehr als $\frac{1}{10}$ davon beschäftigen. Unsere Wahlarbeit darf an dieser Sachlage nicht achtlos vorübergehen. Noch eine dritte wichtige Tatsache. Die Zahl der verheirateten Arbeiterinnen ist absolut und relativ stärker gestiegen, als die der ledigen, der geschiedenen und verwitweten. Ein herzerreißender Beweis das für die Not der ausgebeuteten Massen. Zwar haben die ledigen Arbeiterinnen von 1895 bis 1907 um 1 360 217 zugenommen, aber gemessen an der Zahl der weiblichen Erwerbstätigen überhaupt ist ihr Anteil damit von 57,68 auf 50,22 vom Hundert gesunken. 1907 wurden 451 590 verwitwete und geschiedene Arbeiterinnen mehr verzeichnet als 1895, trotzdem wies auch der Anteil dieser Gruppe weiblicher Erwerbstätiger einen relativen Rückgang auf: von 24,98 auf 20,88 vom Hundert. Die Zahl der verheirateten Arbeiterinnen, der Mütter, die der Erwerbszwang von den Kindern reißt, der Gattinnen, die ein Hauswesen zu versorgen haben, zeigt eine Vermehrung von 1 843 456, sie ist von 17,84 auf 29,40 vom Hundert aller weiblichen Erwerbstätigen gestiegen. Die Bedeutung dieser Entwicklung tritt noch klarer zutage, wenn wir das folgende Ergebnis der Erhebung von 1907 festhalten: der Anteil der weiblichen Bevölkerung an den Erwerbstätigen sinkt in der Altersgruppe von 25 bis 30 Jahren bedeutend, im Vergleich zu der vorhergehenden Altersgruppe, und er steigt nach dem 30. Lebensjahre der Frauen wieder sehr erheblich. Die Proletarierinnen wehren sich mithin soviel es nur geht dagegen, im Hauptberuf kapitalistisches Ausbeutungsobjekt, im Nebenamt Mutter zu sein, aber die Lebensnöte zwingen ihren Widerstand nieder, kaum daß die Kleinen das Säuglingsalter hinter sich haben, ja, oft noch während dieser Zeit. Das alles in einer Gesellschaft, in der den kämpfenden Frauen fortgesetzt gepredigt wird: die Frau gehört ins Haus, das Haus ist die Welt der Frau. (Zustimmung.)

Genossinnen, Genossen! Es ist nicht die Freude an trockenem Zahlenwerk, das mich veranlaßt hat, diese Ziffern anzuführen. Die mitgeteilten Zahlen geben uns bestimmte Lehren für die Arbeit, die wir bei den Reichstagswahlen zu

keiten haben. Diese Arbeit muß den Beweis erbringen, daß wir die eifrigsten Vertreterinnen der Interessen der erwerbstätigen Frauen sind. Ohne jedoch die uns dadurch zufallenden Aufgaben zu vernachlässigen, müssen wir unsere Tätigkeit verdoppeln, ja verdreifachen, um auch die am häuslichen Herd schaffenden und waltenden Frauen der werktätigen Massen der Sozialdemokratie zuzuführen. Unsere Agitation unter den Hausfrauen muß weit intensiver, umfassender werden als bisher. Fehlt es uns etwa an Anknüpfungspunkten dafür? Mit nichten! Die bürgerliche Gesellschaft und insbesondere die Politik des schwarz-blauen Blocks wirft sie uns in Hülle und Fülle zu. Denken wir nur an die Vorgänge der letzten Zeit! Da ist die Lebensmittelteuerung, die Witwen- und Waisenverhöhnung, der unzulängliche Mutter- und Säuglingschutz, der aberdreien großen Schichten der Frauenwelt ganz versagt geblieben ist. Zeigen wir bei diesen Schändlichkeiten besonders die Rolle der Partei, die das Bild der Himmelskönigin und des Himmelskinds mit Edelsteinen und kostbaren Stoffen schmückt, sich aber nicht scheut hat, vielen Zehntausenden bedürftiger Kreiskinder die Ruhe des Stalls von Bethlehem, ihren Kindlein das Stroh und die Windeln zu versagen. Militarismus, Marinismus, Wohnungs- und Schulnot usw. bieten ebenfalls treffliche Anknüpfungspunkte für unsere Agitation unter den Hausfrauen, den Müttern. Besonders wichtig ist es, daß wir die Lage zur Agitation unter den Landarbeiterinnen ausnutzen. Auch dafür haben uns die Herrschenden und Regierenden reichstes Material geliefert. Sie werden meiner Anregung bestimmen, daß Genossin Biez, die auf der Mannheimer Frauenkonferenz über die Landarbeiterinnenfrage referiert hat, eine Broschüre abfaßt, die der Erweckung und Organisierung der ländlichen Proletarierinnen dient. Von großem Gewicht ist es ferner, daß wir unsere Agitation unter die katholischen Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen tragen. Im Hinblick auf diese bedeutungsvolle und schwere Aufgabe sei an die vorausgegangenen Ausführungen über den Wert der Ideologie erinnert. Es genügt nicht, daß wir die katholischen Proletarierinnen bei ihren gegenwärtigen Interessen paßen, daß wir vor ihnen die konsequente, die treue Gegenwartsarbeit der Sozialdemokratie für das Wohl des werktätigen Volkes feststellen. Wir müssen ihnen auch eine großzügige Ideologie bringen, ein soziales „Endziel“ zeigen, also den ganzen Sozialismus begreiflich zu machen suchen. Wollten wir darauf verzichten, es zu tun, die Gegner würden uns dazu zwingen, und wir brauchen die Auseinandersetzung mit ihnen auch darüber wahrhaftig nicht zu fürchten. Unsere geschichtliche Wertung des religiösen Wesenstumses ist grundsätzlich weit geschieden von dem Urteil der vulgären Freidenkerei. Wir können den katholischen Proletarierinnen Harms machen, daß die weltliche Ideologie des Sozialismus zu leisten vermag, was die religiöse Ideologie des Christentums leisten sollte. Ihre geistig-sittliche Macht, ihre kulturelle Bedeutung ist verkörpert in dem geschichtlichen Aufstieg des Proletariats, das aus Nacht und Not ins Licht der Bildung und Freiheit drängt. Sie kann in jedem einzelnen lebendig das Höchste wirken. Die sozialistische Weltanschauung soll kein tönendes Erz sein, sie muß jeden einzelnen zu einer geistig, sittlich emporsteigenden Persönlichkeit erheben. Sie muß stark genug in uns sein, daß wir in unserer Brust, in unserem Leben den Kampf mit den dunklen Mächten der Vererbung, mit den feindseligen Gewalten des Milieus aufnehmen, so daß an jedem das Goethesche Wort sich bewahrheitet: „Wer immer strebend sich bemüht, den können wir erlösen.“ Von dem Bewußtsein des Wertes unserer erhabenen Ideologie durchdrungen, können wir getroßt den Aufgaben des Wahlkampfes ins Auge blicken.

Es verlangt uns heiß danach, die Gunft der politischen Stunde zu einer gründlichen Abrechnung mit den herrschenden Massen und ihrem Staate zu nutzen. Bei dieser Abrechnung — bei welcher der schwarz-blaue Block wahrlich

nicht zu kurz kommen kann — gilt es mehr denn je, die ganze Kraft in der Faust zum Schläge zusammenzuballen, wie uns Lassalle gesagt hat. Die Kraft der Faust wird jedoch um so größer und die Wucht des Schläges um so zerschmetternder sein, je reicher und blühender alle Lebensfunktionen des sozialdemokratischen Parteiorganismus sind. Der Reichstagswahlkampf kann nur dadurch gewinnen, wenn wir ihn vorbereiten durch die intensivste Betätigung auf allen Gebieten des proletarischen Klassenlebens, durch die kraftvollsten Aktionen, zu denen die Situation die Sozialdemokratie aufruft. Daher müssen wir auch schon von heute ab unsere besondere Aufgabe im Wahlkampf zu lösen beginnen und den Samen der sozialistischen Ideen unter die Massen der proletarischen Frauen mit vollen Händen austreuen. Die Lösung dieser Aufgabe gewinnt für das gesamte Proletariat an Bedeutung. Nicht bloß im Hinblick auf die nachgewiesene Ausbeutung der Frauenarbeit, vielmehr auch weil geschichtliche Entwicklungslinien künden, daß Massenbewegungen von steigender Tragweite für das proletarische Emanzipationsringen werden. So unschätzbar der parlamentarische Kampf ist — er allein reicht nicht aus, um die Entscheidungsschlacht des Proletariats für seine Befreiung zu schlagen, ja nicht einmal um die bitter nötige Besserung seines Loses in der Gegenwart durchzusetzen. Immer mehr muß er ergänzt und fruchtbar gemacht werden durch gewerkschaftliche und politische Massenkämpfe außerhalb der Parlamente. Solche Kämpfe aber können nur siegreich getragen werden, wenn auch die Frauen aufgeklärt und organisiert, ohne Furcht vor den größten Gefahren, zu den schwersten Opfern bereit, zielbewußten Teil daran nehmen. (Stürmische Zustimmung.)

Von der rastlosen Arbeit, dieses Ziel zu erreichen, lassen wir uns durch nichts und von niemand abhalten. Auch nicht etwa dadurch, daß uns ein Kaiser predigt, die Frau gehöre ins Haus, sie solle in der Stille des häuslichen Lebens wirken. (Heiterkeit.) Erst vor kurzem hat Wilhelm II. wieder den deutschen Frauen als Vorbild das häusliche Walten verherrlicht, wie es Fürstinnen durch Paraderitte als Chef „ihrer“ Regimenter vor der Front der Truppen zu illustrieren pflegen. (Große Heiterkeit.) Das erinnert uns an die berühmte Königsberger Rede, die sich vor wenigen Wochen geäußert hat, und die sich ja nebenbei auch gegen das Hinaustreten der Frauen ins öffentliche Leben, zum Kampf für ihr Recht wendete. Wilhelm II. liebt es, sich für seine Ratsschläge an die Nation auf seine allerhöchsteiligen Vorfahren zu berufen, und so hat er auch seine Mahnung für die Frauen mit dem Hinweis auf das häusliche Walten seiner allerhöchsteiligen Urgroßmutter Luise geschmückt. Ich will darauf nicht erwidern, indem ich seinem Bild von der Königin Luise das streng geschichtliche Porträt dieser Fürstin gegenüberstelle. (Sehr gut!) Unsere Antwort aber auf die wiederholte Mahnung des kaiserlichen Redners will ich an eine geschichtliche Erinnerung aus dem Leben der Königin Luise anknüpfen, die wir einem Junfer verdanken, Ludwig von der Marwitz. Aus seinen Memoiren über Friedrich Wilhelm III. und Luise von Preußen erfahren wir, daß die Königin gelegentlich einen starken Drang hatte, sich um politische Angelegenheiten zu kümmern. Wie verhielt sich der königliche Eheherr dazu? Wir lesen es bei Marwitz: „Er wies sie hart zurück, holte einen Stricktrumpf, gab ihr den und sagte, dies sei ihr Geschäft, um das andere brauche sie sich nicht zu kümmern. . . . Aber sie zeigte sich als eine gute Ehefrau, sie kroch zum Kreuz, bat um Verzeihung, wurde zu Gnaden angenommen.“ Wilhelm II. mag gemäß dieser Tradition wähnen, daß die Frauen dem Weipiel des Zukreuzens folgen werden. Das um so mehr, als die bürgerlichen Frauen in schwächlicher Weise gegen die Weisheit des Gottesgnadentums protestiert haben. — Nebenbei bemerkt: Absolutismus und Absolutismus sind innerlich verwandt,

hier Gottesgnadentum eines Geschlechts, dort das Gottesgnadentum einer Familie. — Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen haben in geziemender Untertänigkeit von dem schlecht unterrichteten Kaiser an den besser zu unterrichtenden Kaiser appelliert. Wir machen solche Foggänge nicht mit, wir kriechen aber auch nicht zu Kreuze. (Stürmischer Beifall.) In uns ist die gewaltigste Ideologie lebendig, welche je des Lebens Not in ihrer Umarmung mit dem Geist stolzer Erhebung gezeugt hat. Die zeit- und weltumspannende Ideologie des Sozialismus, und sie bewirkt, daß wir sozialistischen Frauen von einer stolzeren Klasse sind als die Königinnen. Königinnen mögen zu Kreuze kriechen, sozialistische Frauen kriechen nicht zu Kreuze. (Stürmischer Beifall.) Sie kämpfen für den Umsturz der Gesellschaft, deren Ketten den Leib bedrücken, dem Geist die Flügel knicken; sie tragen Stein um Stein zum Aufbau der sozialistischen Ordnung bei. Und sie wissen, daß sie in diesem ihrem Tun unsterblich weiter leben. Wenn in ferner Zeit die Namen der meisten Fürsten längst vergessen sind — darunter auch der der allerhöchsteiligen Königin Luise — dann werden wir in unseren Taten lebendig sein, mag heute auch keine von uns beim Aufbau genannt werden, mag dann auch das Gedächtnis an jede einzelne von uns verweht sein. In unserer Gesamtheit werden wir unsterblich sein als die sozialistischen Frauen, die inmitten des Winters der kapitalistischen Ordnung den Frühling des Sozialismus die Wege bereiten halfen. Wir werden weiterleben in dem großen geschichtlichen Werke des Proletariats, das wir auch bei den Reichstagswahlen mit aller Kraft fördern wollen. Wir werden weiterleben in dem Bau, an den wir unser Herzblut setzen: in dem Bau der sozialistischen Ordnung! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Auf Antrag der Genossin Pollender wird von einer Diskussion Abstand genommen.

Es folgt der letzte Punkt:

Die Frauen und die Gemeindepolitik.

Berichterstatterin Klara Wehl-Berlin: Wenn auch die Gemeinden heute als Verwaltungskörper der Klassenherrschaft unterstellt sind, ist es doch möglich, viel für das Proletariat herauszuschlagen. Deshalb ist es Pflicht unserer Genossen, überall danach zu streben, in möglichst großer Zahl in die Gemeindeverwaltungen hineinzukommen. Seit 15 Jahren bietet sich den Frauen in der Wohlfahrtsfürsorge der Gemeinden ein weites Tätigkeitsfeld. Da ist zunächst die Krankenfürsorge. Ob die Einrichtung der Krankenhäuser den modernen wissenschaftlichen Anforderungen entspricht, ob die Verpflegung gut ist, daran sind Männer und Frauen gleichmäßig interessiert. Da aber die Männer zumeist Krankenassenmitglieder sind, die Frauen aber nicht, ist für uns die Frage der Kostenzahlung viel wichtiger. Man fürchtet die Armenunterstützung und gerade die folgejsten Arbeiter zögern bis zum letzten Augenblick, ihre Frau oder das Kind in das Krankenhaus zu schaffen. (Sehr richtig!) Um so notwendiger ist hier eine Reform. Die Fürsorge für Gebärende wird gerade durch die elenden Wohnungsverhältnisse zu einer Notwendigkeit. Die Mittel zur Unterstützung der Gebärenden müssen erhöht werden. Man geht bei der Sorge für die Säuglinge von dem Gesichtspunkt aus, daß die Pflege der Mutter und Selbststillen die beste Gewähr für die gute Entwicklung des Kindes sind. Die Fürsorge besteht vorwiegend in Erteilung ärztlicher Ratsschläge, Gewährung von Stillprämiem und Nährmitteln. Was wäre nun einfacher, als daß die Gemeinden die unzähligen Artikel an Wäsche, Kleidung usw. für ihre Anstalten, welche sie heute von Unternehmern beziehen, in eigenen Häusern, in eigener Regie von jungen Müttern — bei kurzer Arbeitszeit — herstellen ließen. Den Müttern wäre die Möglichkeit gegeben, ihre Kleinen zu betreuen,

und die Gemeinden hätten keine besonderen Unkosten, denn sie würden den Unternehmern Gewinn ersparen. Aber von unseren bürgerlichen Mehrheiten wird so etwas sehr schwer zu bekommen sein, wenn es nicht unsere Gemeindevertreter immer wieder verlangen. Die Städte führen jetzt Heimstättenbehandlung für eben erst Gesehene ein. Die Unterkunstmöglichkeiten sind hier für Frauen aber viel geringer als für Männer. Infolge ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse können die Frauen häufig ihr Haus nicht verlassen. Darum müssen die Städte Hauspflege einrichten, die heute nur höchst unzureichend von der bürgerlichen Wohltätigkeit betrieben wird. Die Städte haben die Pflicht, den Kindern die Mütter zu erhalten, damit sie die Kleinen auch erziehen können. (Zustimmung.)

Wiel wichtiger noch sind die Fragen, die unsere Kinder betreffen. Wie sehen doch die Kinderhorte aus, die in manchen Orten errichtet sind! Nur zu häufig sind sie errichtet von der Kirchengemeinde, die zuerst natürlich die Kinder ihrer frommen Schwestern aufnehmen. Auf der 8. Konferenz der Zentrale für Jugendfürsorge ist festgestellt worden, daß allein in Berlin 75 000 Kinder der zeitweisen Unterbringung in Kindergärten bedürftig sind. Alle Berliner Kindergärten aber haben nur Raum für 7000 Kinder. (Hört! hört!) Und eine schlecht bezahlte Wärterin muß sich manchmal mit bis zu 130 Kindern plagen. (Hört! hört!) Alle die Summen, die für Säuglingsfürsorge ausgegeben sind, fallen ins Wasser, wenn die Fürsorge mit dem ersten Lebensjahr aufhört. Was die Gemeinden an Kinderfürsorge sparen, müssen sie später dreifach ausgeben an Kranken- und Sickenkosten. In manchen Kinderheimen werden die Kleinen auch noch erheblich ausgebeutet, und es kommt für sie an Schul-, Haus- und Erwerbsarbeit eine Arbeitszeit von 11 bis 13 Stunden täglich zusammen. (Hört! hört!) Die Straßstatistik zeigt, daß der weitaus größte Teil der jugendlichen Verbrecher sich zusammensetzt aus Jugendlichen, die schon als Kinder erwerbsfähig waren, und zum anderen Teil aus Kindern, die ohne Aufsicht aufgewachsen sind. Die Schuleinrichtungen und die Schularztfrage sind jedenfalls für die Frauen sehr viel wichtiger als für die Männer. (Sehr richtig!) Wir fordern die Freiheit der Lernmittel, um die man heute Bettelgänge unternehmen muß. Strahburg und Milkhausen im Elsaß haben die Lernmittelfreiheit fast ganz, die Schweiz sogar völlig durchgeführt. Auf einen Berliner Schularzt kommen heute 4 bis 5000 Kinder. (Bewegung.) Und da soll er den Gesundheitszustand während der ganzen Schulzeit überwachen. Der Schularzt sollte eigentlich auch der Berater bei der Berufswahl sein. Gerade die so unendlich wichtige sexuelle Aufklärung unserer Jugend könnte doch von niemandem besser besorgt werden, als von der Frau oder dem Manne, die sich durch Jahre das Vertrauen der Kinder erworben haben. (Beifall.) Waldschulen für schwächliche Kinder gibt es heute erst in Charlottenburg, Dortmund und Elberfeld. Die Schulspeisung ist von Stadt wegen bisher nur in Mannheim eingeführt und doch sind nur 80 Proz. der Schulkinder gut ernährt, 14,8 leidlich und über 5,2 Proz. schlecht ernährt. In Berlin haben 14 000 Schulkinder und 5000 vor- und nachschulpflichtige Kinder kein warmes Essen und werden von den Volksküchen versorgt. Ich habe eine Zeitlang in einer Schulspeiseshalle mitgearbeitet. Viele kommen mit ihren vorschulpflichtigen Geschwistern auf dem Arm und wenn ihnen dies unter sagt wird, antworten sie: „Mutter ist nicht zu Hause, wir müssen die Kleinen mitversorgen.“ Und dann bitten sie um einen möglichst großen Kopf Essen. Man hat festgestellt, daß in 128 Schulen mit 195 000 Kindern 36 000 ohne Frühstück zur Schule kommen. Zuerst muß man die Kinder satt machen und dann erst können sie dem Unterricht folgen. In Berlin mußten 5000 Kinder wegen Unterernährung am Schulanfang zurückgestellt werden. (Hört! hört!) Durch

Kochunterricht in den oberen Klassen sollte den Mädchen Gelegenheit gegeben werden, sich Kenntnisse anzueignen, die ihnen im späteren Leben nützlich sind. Mit dem Kochunterricht ließe sich leicht die Schulspeisung vereinen. Ueber die Notwendigkeit der Schulbäder sind wir einig. Die Kinder der Proletarier, denen zu Hause Badegelegenheit fehlt, müssen im Interesse der Keillichkeit und Gesundheitspflege in der Schule Gelegenheit zum Baden haben. An obligatorischen Fächern der Fortbildungsschule muß Gesundheits- und Haushaltungslehre angegliedert werden. Viele Männer meinen, daß für die Proletarierinnen es nicht wichtig sei, die Haushaltung kennen zu lernen; sie hätten später doch zu wenig Geld, um eine Haushaltung zu führen. Aber gerade deshalb müssen sie das Wirtschaftswesen kennen lernen, um die Gesundheit ihrer Familie zu erhalten. Auch als Konsumenten sind die Proletarierinnen stark an den städtischen Einrichtungen interessiert, namentlich in dieser Zeit des unerhörten Lebensmittelpreises. Die Gemeinden haben die Pflicht, die Lebensmittelversorgung in die Hand zu nehmen. Wäher ist nur unzureichendes geleistet worden. Billige Arbeiterwohnungen müssen geschaffen werden. Wäher haben wir nicht einmal eine richtige Wohnungsinspektion. Die Rednerin gibt ein Bild des groß- und kleinstädtischen Wohnungselends.

Wie steht es nun angesichts dieser großen Aufgaben mit der Mitarbeit der Frau in den Gemeinden? 1909 waren 11 900 Frauen in der Kommunalwohlfahrtspflege beschäftigt, dagegen aber 33 800 Männer ehrenamtlich in der Armen- und Waisenspflege, und von den 11 900 Frauen waren nur in 53 Gemeinden Frauen in den oberen Verwaltungsbehörden. In der Waisenspflege sind die Frauen aber nur die Mithelferinnen der Männer. Sie sind gleichsam nur ein besserer Laufbursche, der die Rednerin zu machen hat. Nach einer Ministerialbesprechung vom 10. April 1871 steht der Hinzuziehung der Frauen zu den Armendeputationen nichts im Wege. Sie haben hier gleiche Rechte wie die Männer. Auch in die Waisendeputation können sie gewählt werden, und zwar hier nur mit beratender Stimme. Unsere Waisenfürsorge erstickt geradezu in Bürokratismus. Ein Viertel bis ein halbes Jahr vergeht zuweilen, ehe die erste Rednerin gemacht wird, und dann ist das Kind manchmal schon gestorben. Die Waisenfürsorge hat sich auch mit der Ueberweisung der Kinder in die Fürsorgeerziehung zu befassen. Hier wären Frauen erst recht am Platze, weil die Männer meist nicht das richtige Taktgefühl haben. Hätten Frauen zu bestimmen, so wären die Kinder nicht so lange in Mietskämern geblieben, nachdem die Vorgänge dort bereits bekannt waren.

In der Armenverwaltung hat die Frau zwar gleiche Rechte mit dem Mann, hier haben wir aber neben 5300 Männern nur 72 Frauen und eine Vorsteherin einer Armenkommission. Das war für die bürgerlichen Kreise etwas so Auffallendes, daß sie von den bürgerlichen Journalisten überlaufen wurde und die bürgerliche Presse ihr Bild brachte. Gerade in der Armenverwaltung zeigt die Frau viel mehr Weitsichtigkeit und Weithertigkeit als der Mann. Frauen gehören auch in die Krankenhausdeputationen, überhaupt in alle wirtschaftlichen Verwaltungskörper.

In einzelnen preussischen Provinzen und in einzelnen Staaten hat die Frau ein aktives Wahlrecht; sie darf es aber nur durch einen Vertreter ausüben. Ein direktes Wahlrecht hat sie in der Stadt Trabemünde seit 1861. Trabemünde aber ist eine Fremdenstadt, wo das proletarische Bewußtsein nicht so stark entwickelt ist; daher hört man nicht, daß die Frau dort von ihrem Recht Gebrauch macht. Auch in den Landgemeinden Rübeks hat die Frau das aktive Wahlrecht und wir müssen dafür sorgen, daß sie davon Gebrauch macht. In verschiedenen auswärtigen Staaten sind mit dem aktiven Frauenwahlrecht sehr gute Erfahrungen gemacht, und ein ausländischer

Minister nannte vor kurzem Sidney in Australien die bestverwaltete Stadt der Welt und führte diese gute Verwaltung auf die starke Beteiligung der Frau an der Verwaltung zurück. Wenn die Reichsversicherungsordnung und den Mutterschutz und den Säuglingschutz schuldig geblieben ist, so haben wir allen Anlaß, für den Ausbau der kommunalen Einrichtungen zu sorgen. Auch in der öffentlichen Arbeit kommen wir mit diesen kleinlicheren Fragen der Kommunalpolitik einen Schritt vorwärts und stärken die Proletarierin zu dem großen Kampfe der Reichspolitik, bis wir hineinkommen in unsere Zukunftsideale. (Lebhafte Beifall.)

Genossin **Fahrenwald-Berlin**: Die Stadt Berlin hat 65 000 Mark für die Straßenausschmückung beim Besuch des kranken Königs Eduard von England ausgegeben, aber eine Wächnerin wird im Winter am sechsten Tage nach der Entbindung mit ihrem Säugling auf die Straße gejagt (Pfuirufe), weil kein Platz für sie da ist. Die Geburtshilfe muß unentgeltlich sein und in städtische Regie übernommen werden. Und wie sieht es mit der Kinderpflege aus? Man sollte sich weit mehr als bisher mit Kommunalpolitik beschäftigen.

Genossin **Ott-Frankfurt a. M.**: Frankfurt ist die zweitreichste Stadt der Monarchie und hat ihrem Bürgermeister das Gehalt von 30 000 Mark auf 36 000 Mark erhöht, aber die Armenpflege ist ganz unzulänglich. Für ein altes Ehepaar werden wöchentlich im ganzen 10 Mark bewilligt.

Genossin **Seelingers-Saalfeld**: Sie schreien so viel über Ihr Dreiklassenwahlrecht in Preußen; in Saalfeld haben wir ein Mehrklassenwahlrecht für die Gemeinde, das geschaffen wurde, weil unsere Genossen die Mehrheit bekommen haben. Sie protestieren jetzt dagegen, indem sie bei der Wahl Zettel in die Urne werfen: Gewalt geht vor Recht!

Genossin **Weber-Griesheim**: In Frankfurt a. M. versuchten unsere Genossen, wie Genossin Brühne mitteilt, die Genossinnen in die Armenverwaltung hineinzubekommen, aber die Mitarbeit scheiterte daran, daß die Frauen zu wenig Zeit hatten. Eine Schulung der Genossinnen für diese Aufgaben ist dringend nötig.

Genossin **Kollender-Leipzig**: Wir würden wohl eine bessere Fürsorge für die Säuglinge und vieles andere haben, wenn wir nicht das traurige Wahlrecht besäßen, bei welchem 80 Prozent der Wähler nur ein Drittel der Vertreter wählen. In armen Gemeinden fehlt es vielfach an Mitteln; da müßte der Staat und das Reich die Armen- und Schullasten übernehmen.

Genossin **Mauerer-München**: Gegenüber den gestrigen Ausführungen der Genossin Zieh, daß unsere Frauenbewegung in München noch weit zurück ist, muß ich doch hervorheben, daß wir eine sehr erge Bewegung haben. In der Waisen- und Armenpflege sind über 100 Genossinnen tätig, die auch gute Erfolge erzielt haben. Die Wohnungsverhältnisse in München sind überaus traurig, wie in jeder Großstadt. Eine Frau nächtigte dreimal in einem Abort und ihre 14jährige Tochter wurde von einem Manne mitgenommen, zu welchem Zweck, können Sie sich wohl denken. Diese traurigen Verhältnisse verdanken wir in erster Linie dem Zentrum.

Vorsitzende **Zieh**: Zur Nichtigstellung muß ich bemerken, daß ich gestern ausdrücklich betont habe, daß die Frauenbewegung auch in Süddeutschland in den letzten 3 Jahren gute Fortschritte gemacht hat. In München haben wir sogar eine alte Bewegung. Und es wäre auch in dem übrigen Süddeutschland eine Erweckung der proletarischen Frau zum Klassenbewußtsein früher möglich gewesen, wenn die wirtschaftliche Entwidlung schneller vor sich gegangen wäre. Das habe ich gestern ausdrücklich betont.

Genossin Wehl (Schlußwort): Es ist an mich die Anfrage gerichtet worden, was denn zu tun ist, wenn Kinder verkauft werden. Wir haben leider kein Mittel, dies zu verhindern, und es ist äußerst schwer, nachzuweisen, daß eine Familie einen solchen Kauf zu unlauteren Zwecken vornimmt. Sehr schlimm sind die armen Mädchen daran, die ihre Kinder gegen einmalige Abfindung in Pflege geben. Viele Frauen scheuen sich leider, den Entbindungsschein sich ausstellen zu lassen. Die Tätigkeit in der Säuglingsfürsorge zeigt mancher Genossin erst das furchtbarste Elend. Viel wichtiger als alles andere ist hier, die Mütter den Kindern wiederzugeben. Alles, was wir auf diesem Gebiete erfahren, kommt unserem großen Kampfe zugute. (Lebhafter Beifall.)

Die Referentin empfahl hierauf die Annahme der vorgelegten Resolution.

Die beiden in diesem Punkte vorliegenden Resolutionen werden einstimmig angenommen.

Damit sind die Arbeiten der Konferenz beendet.

Genossin Zick dankt in ihrem Schlußwort zunächst den Genossen und Genossinnen des Lokalkomitees für ihre liebevolle Mühe und für die genutzreichen Stunden, die sie uns durch die Veranstaltung des Konzerts bereitet. Unsere Konferenz, so fährt sie fort, hat gute Arbeit geleistet. Wir haben unsere Erfahrungen ausgetauscht über die wichtigsten und besten Arten der Agitation. Von der Mughheit und dem Takt unserer Genossinnen wird es abhängen, die jeweils beste Methode herauszufinden. Wir alle wünschen lebhaft eine Wiederholung des Frauentages. Wir werden alles tun, damit wir eine noch machtvollere Demonstration für das gleiche Bürgerrecht der Frauen bekommen. Für die Arbeiten der Kinderschutzkommission wurde mancher Fingerzeig gegeben, sie werden weiter dazu beitragen, daß das Gesetz und dessen bessere Befolgung durch unsere Kritik vorwärts getrieben wird und ein klein wenig mehr Sonne in das Leben der Kinder des Proletariats kommt. Wir haben über die Schulung unserer Genossinnen zu überzeugten Parteimitgliedern, zu revolutionären Klassenkämpferinnen beraten. Die Beschwerdefunktionen wollen wir ausbauen zu Nutz und Frommen der Arbeiterinnen und zum Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen. Das glänzende Referat der Genossin Zetkin hat uns unsere Aufgabe bei den Reichstagswahlen gezeigt, damit der Wahlkampf nicht nur ein Kampf um Mandate, sondern ein großer Klassenkampf zwischen Besitzenden und Besitzlosen werde. Genossin Wehl hat uns in vorzüglicher Weise die Richtlinien für die Tätigkeit der Genossinnen in den Gemeinden gezeigt. Die Schulung unserer Genossinnen auf diesem wichtigen Gebiete wird die Aufgabe der nächsten Jahre sein. Eine Fülle von Anregungen sind in den Mittelpunkt unserer Organisation gerückt worden. Die Konferenz hat Zeugnis abgelegt von dem trefflich blühenden Leben der proletarischen Frauenbewegung. Die Konferenz hat gezeigt, daß der Sozialismus nicht nur eine Kulturbewegung ist im Hinblick auf sein Ziel und durch unsere alles überragende Weltanschauung, sondern auch dadurch, daß er in den Kampf um seine Verwirklichung die Kräfte entwickelt und uns weit über das Alltagsleben hinaushebt. Große Scharen von Frauen haben sich zu uns in diesem Kampfe gesellt in der Erkenntnis, daß nur die Verwirklichung des Sozialismus sie von den Fesseln der Lohn- und Geschlechtskabeerei befreien und ihnen volles Menschentum bringen kann. Und diese Scharen werden größer und größer, die der Wunden nicht achten, die der Kampf ihnen schlägt. Diese Frauen kommen aber nicht allein zu uns, sie werden uns auch ihre Kinder, die jugendkräftigen Träger der Zukunft zuführen. (Lebhafter Beifall.) Und darum kann es gar nichts Besseres für die gesamte Bewegung geben, als wenn wir unsere ganze Kraft in den Dienst der Frauenbewegung stellen. Wir reichen uns im Geiste die Hand und geben das Ver-

sprechen ab, die hier empfangenen Anregungen nach besten Kräften zu bewerten und in ihrem Sinne zu wirken. Wenn Sie mit mir einverstanden sind, dann stimmen Sie mit mir ein:

Unser proletarischer Kampf, unsere sozialdemokratische Arbeiterbewegung, die internationale Sozialdemokratie, sie leben hoch!

Die Versammlung hat sich erhoben und stimmt begeistert dreimal in den Hochruf ein.

Nachdem die Hochrufe verklungen sind, dankt Genossin Simon-Brandenburg in warmen Worten dem Frauenbureau und der Leitung der Konferenz für ihre Tätigkeit.

Anträge zur Frauen-Konferenz.

Resolutionen von Groß-Berlin.

Strafgesetzbuch. Der Vorentwurf zum Strafgesetzbuch enthält eine Fülle von Bestimmungen, die den schärfsten Protest der sozialdemokratischen Frauen herausfordern.

Die Konferenz verpflichtet deshalb die Genossinnen, sich eingehend mit der Materie zu beschäftigen und zu gegebener Zeit überall die Agitation anzuregen. Die Konferenz ersucht das Frauenbureau, den Referentinnen das nötige Material zur Agitation zu übermitteln.

Die Konferenz ersucht die Redaktion der „Gleichheit“, die fraglichen Bestimmungen einer Besprechung zu unterziehen und damit den Genossinnen ihr Studium zu erleichtern und die Agitation zu unterstützen.

Kinderschutz und Fortbildungsschule. Die sechste Frauenkonferenz bestätigt die auf der dritten Frauenkonferenz zu Bremen angenommene Kinderschutzresolution, da das am 1. Januar 1904 in Kraft getretene Kinderschutzgesetz nicht im entferntesten den Ansprüchen an den gesetzlichen Schutz der Kinder gegen die vorzeitige Verwüstung ihrer körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte gerecht wird.

Die sechste Frauenkonferenz fordert deshalb aufs neue im Interesse der Zukunft des Proletariats und des gesamten Volkes:

Verbot jeglicher Erwerbstätigkeit schul- und vorerschulspflichtiger Kinder im Gewerbe, der Land- und Forstwirtschaft, bei häuslicher Arbeit, im Voten- und Gefindebedienst. Ausdehnung der Schulpflicht auf das vollendete 14. Lebensjahr. Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit für jugendliche Arbeiter von 14 bis 18 Jahren auf 6 Stunden und Einführung eines obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts für beide Geschlechter.

Des ferneren fordert sie nachdrücklich die Durchführung einer wirksamen Kontrolle des Kinderschutzes, und um dieselbe zu ermöglichen, die entsprechende Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbeamten und die Heranziehung von Aufsichtsbeamten aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Gegenüber den Versuchen der Junker und Pfaffen im preussischen Landtage, die ohnehin ungenügende Fortbildungsschule noch durch Einführung des Religionsunterrichts zu verschlechtern, ruft die sechste Frauenkonferenz alle Genossinnen und Genossen zur energischen Abwehr dieser Bestrebungen auf, die nur dazu dienen sollen, das erwachende Klassenbewußtsein der arbeitenden Jugend zu erschüttern und sie zu willfährigen Werkzeugen der herrschenden Klassen gegen ihre eigenen Väter und Mütter zu erziehen.

Mutter- und Säuglingsfürsorge. Die sechste ordentliche Konferenz sozialdemokratischer Frauen beurteilt auf das schärfste die skandalöse Behandlung, welche die Frage des Mutter- und Säuglingsschutzes anlässlich der Beratung der Reichsversicherungsordnung durch die Regierung und die bürgerlichen Parteien erfahren hat,

Die Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge zu dieser Frage bedeutet eine schwere Schädigung von Leben und Gesundheit der Mütter und Säuglinge in den minderbemittelten Schichten des Volkes.

Besonders erbitternd wirkt die Tatsache, daß die Frauen und Mädchen, die den Landfrankentassen unterstehen, eine noch weit geringere Fürsorge genießen als die übrigen. Die letzte Berufs- und Gewerbebezahlung hat einen neuen Beweis von der rapid steigenden Teilnahme der Frau am Berufsleben erbracht.

Unter der Herrschaft des Kapitals bringt aber die Vereinigung von Berufs- und Hausarbeit schwere Gefahren mit sich für Leben und Gesundheit der Frauen und Kinder der Arbeiterklasse, des Kleinbürger- und Bauertums.

Sie führt häufig zu Unterleibs- und Erkältungskrankheiten, Erschwerungen der Schwangerschaft und der Entbindungen, zu Früh- und Fehlgeburten, zu früher Sterblichkeit, Verküppelung und Siechtum der Kinder.

Die soziale Not zeitigt die gleichen Erscheinungen in weiten Kreisen der unermittelten Volksschichten; auch wenn die Frauen nicht erwerbstätig, aber aus Mangel an Mitteln der Ruhe und Pflege entbehren zur Zeit der Mutterschaft.

Die Konferenz erklärt deshalb, daß sie als Minimum einer Mutter- und Säuglingsfürsorge in der Versicherungsgesetzgebung ansieht:

1. Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle lohnarbeitenden Frauen sowie auf alle Frauen, deren Familieneinkommen 5000 M. nicht übersteigt.
2. Obligatorische Gewährung einer Schwangerenunterstützung auf die Dauer von 8 Wochen.
3. Freie obligatorische Gewährung der Hebammen-dienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden.
4. Obligatorische Gewährung der Wöchnerinnenunterstützung für 8 Wochen.
5. Die Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung ist den Arbeiterinnen in der Höhe des versicherten Lohnes, den übrigen Frauen in der Höhe des durchschnittlichen Tagelohnes für weibliche Arbeiter zu gewähren.
6. Obligatorische Gewährung eines Stillgeldes für die Dauer von 26 Wochen in der Höhe des Krankengeldes für alle versicherten Mütter, die ihr Kind stillen.
7. Vereinheitlichung der Krankentassen und volles Selbstverwaltungsrecht der Versicherten.

Die Konferenz verpflichtet die sozialdemokratischen Frauen, den Kampf um die Verwirklichung dieser Forderungen mit aller Schärfe weiterzuführen.

Krankentassenwahlen. Die sechste ordentliche Frauenkonferenz verpflichtet die Genossinnen, den Vertreterwahlen der Krankentassen die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Soweit sie selbst Mitglied einer Krankentasse sind, die noch ein Stück Selbstverwaltungsrecht besitzt, haben sie sich an den Wahlen zu beteiligen und dafür einzutreten, daß auch weibliche Vertreter in entsprechender Anzahl aufgestellt werden. Im übrigen gilt es, rechtzeitig und in umfassender Weise unter den weiblichen Kassenmitgliedern für eine vollzählige Beteiligung zu agitieren.

Nachträglich eingegangene Resolutionen.

Kinderarbeit. Genossinnen Stuttgarts. Die sechste Frauenkonferenz fordert aufs neue: 1. Das gesetzliche Verbot jeder Erwerbsstätigkeit schul- und vorerschulpflichtiger Kinder im Gewerbe, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Heimarbeit, im Voten- und Gesindebienste.

2. Sie fordert ferner die Parteigenossen in Stadt und Land auf, in der Befestigung der Kindererwerbsarbeit mit gutem Beispiel voranzugehen, indem sie ihre eigenen Kinder von jeder Erwerbsarbeit fernhalten und beim Austragen der Parteipresse jeder Verwundung von Kindern unter 14 Jahren unnachlässig entgegenzutreten.

3. In der Erkenntnis, daß, so schädlich auch die Erwerbsarbeit durch ihre Einseitigkeit, ihre Tendenz zur Ueberanstrengung, ihre sittlichen Gefahren für die geistige und körperliche Entwicklung der Kinder ist, doch der Handarbeit als solcher ein hoher erzieherischer Wert innewohnt, fordert die Frauenkonferenz unsere Vertreter in Landtagen und Kommunen auf, überall mit aller Energie auf Einführung des obligatorischen Handfertigkeitsunterrichts in den Schulen hinzuwirken.

Mutter- und Säuglingsfürsorge. Genossinnen Stuttgarts. Die gleiche Resolution wie die von Groß-Berlin.

Frauen und Gemeindepolitik. Genossinnen Stuttgarts. In allen Orten, in denen Genossinnen in den Schulkommissionen, beim Mutter- und Säuglingschutz, in der Armen- und Waisenspflege und sonstigen kommunalen Einrichtungen mitarbeiten, sollen sie das Material über ihre Tätigkeit sammeln und alljährlich in der „Gleichheit“ veröffentlichen.

Da die proletarische Frauenbewegung an Breite und Tiefe zunimmt und ihre Aufgaben dementsprechend fortwährend wachsen, da folglich die Tagesordnungen der Frauenkonferenzen bisher immer so reichhaltig waren, daß sie kaum erledigt werden konnten, ist es wünschenswert, daß von nun an die Frauenkonferenzen alljährlich stattfinden.

Genossin Klara Wehl, Berlin. Durch die große Ausdehnung der sozialen Tätigkeit der Gemeinden müssen alle verfügbaren Kräfte zur Mitarbeit herangezogen werden. Die in Frage kommenden Gebiete sind für die Frauen von gleicher Wichtigkeit wie für die Männer. Da den Frauen die Verwaltung ihres eigenen Haushaltes anvertraut ist, müssen sie auch an den inneren Gemeindeverwaltungen und Gemeindehaushaltungen teilhaben können. Auf dem Gebiete der Armen- und Waisensfürsorge ist sogar die Frau mit größerem Erfolge tätig wie der Mann. Eine städtische Verwaltung kann heute nicht mehr ohne die Mitarbeit der Frau auskommen. Bisher sind die Frauen, abgesehen von einigen Ausnahmen, nur als Gehilfen der Männer tätig.

Die sechste sozialdemokratische Frauenkonferenz fordert von den Gemeindeverwaltungen größere Heranziehung der Frauen zur Selbstverwaltung; insbesondere Zuziehung der Frauen zu den obersten Behörden der Armen- und Waisenverwaltung.

Unsere Genossen in den Gemeindevertretungen haben die Pflicht, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für diese Forderungen einzutreten.

Ferner fordert die Konferenz von der Landesgesetzgebung Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung dem Manne gegenüber benachteiligen. Von diesem Grundsatz ausgehend, fordern wir die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Gemeindewahlrechts ohne Unterschied des Geschlechts.

Die Frauen haben dafür zu sorgen, daß die Teilnahme an der Gemeindeverwaltung nicht nur Recht, sondern auch Pflicht der Frau ist.

Die Konferenz fordert die Genossinnen und Genossen auf, mit aller Energie für Durchführung dieser Forderungen zu wirken.

Frauentag. Klara Zetkin und Genossen. In Würdigung der vorzüglichen Resultate, die der erste sozialdemokratische Frauentag gezeigt hat, beschließt die Frauenkonferenz in Jena, im Jahre 1912 die Veranstaltung zu wiederholen. Die Festlegung des Termins und der Bedingungen für die Durchführung erfolgen durch den Parteivorstand.

Lebensmittelteuerung. Aus Anlaß der ungeheuer hohen Lebensmittelpreise sind vor Eröffnung des Reichstags öffentliche Frauenversammlungen einzuberufen, um den Frauen Gelegenheit zu geben, einen Massenprotest gegen die Lebensmittelwucherer, Steuer, Zölle und Preistreiberereien der Kapitalisten und Agrarier zu erheben und die Aufhebung der Lebensmittelzölle sowie die Doffnung der Grenzen zu fordern.

Anhang I.

Zur Marokkofrage.

Korrespondenz zwischen dem internationalen Bureau und dem deutschen Parteivorstand.

(Zu Seite 192 des Protokolls).

Berlin, den 31. August 1911.

Werte Genossen!

Die Erörterungen, welche die Veröffentlichung des Briefes des Genossen Mollenbuhr an den Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureaus in Brüssel durch die Genossin Eugenburg in der „Leipziger Volkszeitung“ in der Parteipresse und in Parteiverfassungen hervorgerufen hat, veranlassen uns, die Korrespondenz des Internationalen Sozialistischen Bureaus über eine zu berufende Konferenz in der Marokkofrage zu veröffentlichen. Dieselbe wird volle Klarheit über diese Verhandlungen schaffen und eine erwünschte Unterlage für eine Debatte auf dem Jenaer Parteitag bilden.

Soweit diese Korrespondenz vom Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Bureaus zur Kenntnisnahme an die Mitglieder des Bureaus versendet wurde, hat sie folgenden Wortlaut:

Internationales Sozialistisches Bureau
Volkshaus, Brüssel.

Brüssel, den 6. Juli 1911.

An die Genossen Sekretäre und Delegierten
der Soz. Parteien aller Länder.

Der plötzliche Beschluß Deutschlands, einen Kreuzer nach Marokko zu schicken, verschlimmert noch die Spannung der Beziehungen zwischen den interessierten Staaten. Wenn Sie der Meinung sind, daß es Zeit ist, eine Zusammenkunft von Delegierten der Sozialistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Spaniens und selbst auch Großbritanniens einzuberufen, wäre ich Ihnen sehr verbunden, mir postwendenden Bescheid geben zu wollen.

Für den Fall, daß eines der interessierten Länder die Einberufung dieser Sitzung formell verlangen würde, könnte dieselbe, wegen der wünschenswerten Teilnahme Spaniens, in Paris oder Brüssel, am besten ein Montag oder Samstag, stattfinden.

Mit Parteigruß

Camille Huysmans.

Anhang I. Korrespondenz betr. Marokkofrage.

405

Auf dieses Rundschreiben gingen dem Internationalen Sozialistischen Bureau folgende Antworten zu:

Paris, 8. Juli 1911.

Während die Zeitungen gestern eine Zusammenberufung des Internationalen Bureaus als von Ihnen beschloffen melden, hat Ihr Brief von heute morgen nur eine bezügliche Anfrage zum Gegenstand.

Mein vorhergehender Brief hat Ihnen schon im voraus die Antwort gebracht, daß der Parteivorstand und die sozialistische parlamentarische Gruppe den Wunsch ausgesprochen haben, daß jede Verschlimmerung der Lage der Marokkoangelegenheit die Zusammenberufung der Delegierten der in Betracht kommenden Länder: Frankreich und Spanien, unter Mitwirkung des Internationalen Sozialistischen Bureaus zur Folge haben müßte, sobald die spanische Sozialistische Partei ihr Einverständnis dazu erklärt hätte. Unser Parteivorstand müßte sich in dieser Angelegenheit unerbüßlich mit der spanischen Sozialdemokratischen Partei in Verbindung setzen.

Die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach Agadir und die damit verknüpften Weiterungen haben nur zur Folge, daß an dieser Zusammenkunft, sofern sie stattfinden wird, soll sie wirklich erfolgreich sein, auch die Delegierten der deutschen und der englischen Sektion der Internationale teilnehmen müssen; nur eine Einberufung des Internationalen Sozialistischen Bureaus kann dies in wirkungsvoller Weise durchführen.

Andererseits ist die Gefahr nicht so unmittelbar, daß diese Einberufung nach unserem Wunsche ohne Befragung der nationalen Parteien stattfinden müßte; wir beschränken uns daher darauf, auf Ihre Anfrage im zustimmenden Sinne zu antworten, denn die Zusammenberufung und Sitzung wäre ja ganz vergeblich, wenn die Delegierten von Deutschland, England und Spanien nicht ganz bestimmt dabei wären. Sollte aber die Gefahr wachsen und eine drohende Gestalt annehmen, so würde unser Wunsch sofort zu einem förmlichen Antrag: ohne daß neue Befragung und Briefwechsel stattfindet, weder mit unserer Partei noch auch mit irgendeiner anderen, müßte das Internationale Sozialistische Bureau unerbüßlich zusammenberufen werden. Wenn die vorliegende Anfrage die Einberufung des Internationalen Sozialistischen Bureaus zur Folge hat, so wäre es gut, wenn sie sofort stattfände, und wäre es auch nur, abgesehen von der Betrachtung der Ereignisse, um die Zusammenkunft der Delegierten vor ihrem Auseinandergehen besser zu ermöglichen.

Mit besten Grüßen

Edouard Vaillant.

8. Juli, mittags. In der Sitzung von heute morgen hat der Parteivorstand diesen Brief mit der darin gegebenen Antwort einstimmig gutgeheißen. Ferner wurde beschloffen, daß je nach dem Verlauf der Ereignisse in Marokko der Parteivorstand mit der englischen, deutschen und spanischen Sektion in Verbindung bleiben müsse.

E. d. Vaillant.

Berlin, den 8. Juli 1911.

Werte Genossen!

In einer Vorstandssitzung habe ich Ihren wertigen Brief noch nicht vorlesen können. Vorläufig will ich meine persönliche Ansicht mitteilen, die ich auch am Dienstag in einer Versammlung ausgesprochen habe.

Protokoll Jena 1911.

Ich sehe in dem ganzen Streich etwas, womit unsere Staatslenker die Allgemeine Aufmerksamkeit von den inneren Zuständen ablenken und Stimmung für die Reichstagswahlen machen wollen. Mit der inneren Politik ist unsere Regierung in solche Lage gekommen, daß sie bei einem Hund Mitleid erregen könnte. Sie greift also zu dem beliebtesten Mittel wie Bismarck 1887 mit Boulanger und Wilow 1906 mit den Gottentötten. Nun traue ich den Herren Bethmann Hollweg und Ribleren-Wächter jede Dummheit zu, also auch solche, die zu ernsthaften europäischen Konflikten führen können. Bei Marokko glaube ich aber, daß die Herren nicht freie Hand haben, weil dort entgegengesetzte kapitalistische Interessen in Frage kommen, wovon die „französische“ Gruppe auch in Deutschland die stärkere ist.

Diesen Minenkrieg haben wir schon seit einigen Jahren. Bekanntlich hat ein Herr Mannesmann dem Sultan von Marokko Geld gegeben und dafür ein Schriftstück erhalten, von dem er und seine Freunde und die kleine Gruppe der Schreiber, die sich Alldeutsche nennen, behaupten, daß durch dieses Schriftstück den Gebrüdern Mannesmann ein Minenmonopol für Marokko gegeben ist. Freilich steht der Inhalt mit dem Algecirras-Vertrag im Widerspruch. Mannesmann und seine Freunde behaupten, das schade nichts, denn die Algecirras-Akte könne ältere Verträge nicht beeinflussen.

Trotz des großen Lärms, den Mannesmann und seine Freunde in der Presse machten, war der frühere Staatssekretär des Aeußeren, v. Schön, nicht zu bewegen, nur ein freundliches Wort über den Mannesmann-Vertrag zu sagen, weil er nicht offen Stellung gegen Mannesmann nehmen wollte. Als er doch zur Äußerung gekehrt wurde, fiel diese sehr zuungunsten des Herrn Mannesmann aus. Der Grund ist folgender: Es ist weniger der unsichere Rechtsboden des Mannesmann, als ein entgegengesetztes kapitalistisches Interesse. Mit Mannesmann konkurriert ein französisches Minensyndikat. Dieses Syndikat hat seinen Sitz in Paris und an demselben ist auch Schneider in Creusot beteiligt. Aber neben Schneider sind Krupp, Thyssen und andere Größen des Deutschen Stahlwerksverbandes darin vertreten. Die sagen: Wenn in Marokko Eisenerze in dem Umfange vorkommen, wie Mannesmann behauptet, dann können wir sie uns selber holen und brauchen uns nicht von Mannesmann ausbeuten zu lassen. Bei der Ausbeutung sind diese Herren viel lieber Subjekt als Objekt. Dieses Gegengewicht wiegt mehr als alle juristischen und staatsrechtlichen Gründe. — Soweit die Herren Mannesmann durch hohen Eisenerze aufsuchen, haben sie in der letzten Zeit ihre Tätigkeit nach Agadir verlegt. Von dort kam die Klage, daß die Techniker an ihrer Arbeit gehindert würden. Hier haben also Bethmann Hollweg und Ribleren-Wächter dem Schreien der Mannesmann und Genossen eine Konzession gemacht. Ich glaube aber nicht, daß sie sich weiter drängen lassen, weil sie sonst die Interessen der Großmächte des Stahlwerksverbandes verletzen würden. Also kurz: Ich traue unseren Leitern der auswärtigen Politik jede Dummheit zu, ich glaube aber nicht, daß sie weitergehen, weil sie sonst die Interessen der größten Kapitalisten verletzen könnten, und da haben diese einen scharfen Blick und gebieten rechtzeitig „Halt“.

Würden wir uns vorzeitig so stark engagieren und selbst alle Fragen der inneren Politik hinter die Marokkofrage zurückstellen, so daß daraus eine wirkliche Wahlparole gegen uns geschmiedet werden könnte, dann sind die Folgen nicht abzusehen. Denn in Sozialistenhaß und Sozialistenfurcht bleiben Krupp und Thyssen nicht hinter Bethmann Hollweg zurück. Für

uns ist es ein Lebensinteresse, die inneren Vorgänge: Steuerpolitik, Agrarierprivilegien, Versicherungsordnung usw., nicht in der Diskussion zurückdrängen zu lassen. Das könnte aber geschehen, wenn wir selbst in jedem Dotse über die Marokkofrage reden und damit die Gegenströmung fördern würden. Golen sich die Herren Bethmann und Genossen in dem Spiel eine gehörige Niederlage, was bei ihrem notorischen Ungeheiß eine Wahrscheinlichkeit ist, dann haben wir zur Wahl ein Argument mehr.

Ich glaube daher, daß wir vorläufig mit der Besprechung noch warten können.

Mit bestem Gruß

S. Mollenbush.

London, den 10. Juli 1911.

Wertes Genosse!

Genosse Macdonald ist der Meinung, daß, wenn die augenblickliche Lage der Marokkoangelegenheit fortbauert, daß die Vorbereitungen zu einer Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus getroffen werden; gleichzeitig soll eine öffentliche Demonstration veranstaltet werden, bei der Vertreter der verschiedenen Nationen als Redner mitwirken. Genosse Macdonald legt Wert darauf, daß diese Zusammenkunft auf neutralem Boden, also in erster Linie in Brüssel, stattfindet.

Mit Parteigrüß

J. S. Middleton, Hilfssekretär.

London, den 10. Juli 1911.

Wertes Genosse!

Die Nachrichten von heute morgen lassen eine friedliche Lösung erwarten, aber da man niemals wissen kann, was hinter den Kulissen vorgeht, so muß, wenn Zweifel hinsichtlich der friedlichen Lösung bestehen könnten, sich das Bureau versammeln, um seinen Einfluß zur Erhaltung des Friedens zu stärken sowie um eine auf Marokko und die Wirksamkeit der in Betracht kommenden Regierungen bezügliche Rundgebung zu erlassen.

Mit Parteigrüß

Peir Gardie.

London, den 11. Juli 1911.

Wertes Genosse!

Ich bin der Meinung, daß es unter den obwaltenden Umständen gut wäre, wenn die Bureaubelegierten der in Betracht kommenden Länder sich so bald als möglich versammelten, in Paris oder in Brüssel.

Mit Parteigrüß

P. Quella

Madrid, den 8. Juli 1911.

Werter Genosse!

Wir haben vom Parteivorstand der französischen Arbeiterpartei (S. F. I. O.) einen Brief erhalten, in welchem uns der Vorschlag gemacht wird, daß die Vertreter unserer beiden Parteien beim Internationalen Sozialistischen Bureau in dem Falle, daß die Ereignisse in Marokko eine gemeinschaftliche Aktion der Sozialisten beider Länder erforderlich machen, zusammenkommen sollten, um uns dem Ausbrechen eines Krieges zu widersetzen. Wir haben geantwortet, daß wir dieser Anregung zustimmen, die in die Wirklichkeit umgesetzt werden könnte, sobald als eine der beiden Parteien dies für angebracht und an der Zeit halte.

Mit Parteigruß

Pablo Iglesias. Neura.

* * *

Zürich, den 10. Juli 1911.

Werter Genosse!

Wie ich vernehme, soll in Kürze eine Konferenz des Internationalen Sozialistischen Bureaus in Sachen der Marokkofrage stattfinden. Ich beabsichtige, wenn irgend möglich, an der Konferenz teilzunehmen.

Mit Parteigruß

A. Bebel.

* * *

Zürich, den 12. Juli 1911.

Werter Genosse!

Die Marokkofrage hat neuerdings einen Charakter angenommen, daß mir zunächst eine Konferenz des Internationalen Sozialistischen Bureaus nicht empfehlenswert erscheint.

Wir sollten einstweilen mit der Einberufung der Konferenz warten und unser Pulver nicht zu früh verschießen.

Falls die Konferenz in Paris sein sollte, könnte ich nicht daran teilnehmen, da ich aus Frankreich ausgewiesen bin und keine Neigung habe, bei der französischen Regierung um Aufenthaltsgewilligung einzukommen.

Mit Parteigruß

A. Bebel.

* * *

Folgerung.

In Uebereinstimmung mit der Ansicht des Genossen Bebel scheint es uns ungewöhnlich, das Bureau in diesem Augenblick einzuberufen. Wir schlagen vor, diese Frage auf die Tagesordnung der nächsten Jahresitzung des Bureaus zu stellen.

Für das Exekutivkomitee:

Camille Suzmans, Sekretär.

* * *

Zur Ergänzung der Korrespondenz sei folgendes hinzugefügt:

Sobald der Parteivorstand aus absolut zuverlässiger Quelle aus England Kenntnis erhielt, daß die Marokkofrage im englischen Ministerium einen für Deutschland sehr unfreundlichen Charakter angenommen habe und ernsthaft Schritte gegen Deutschland in Ermägung gezogen worden seien, Nachrichten, die durch die bekannte Rede des englischen Ministers Lloyd George am 21. Juli Bestätigung fanden, teilte der Genosse Mollenbuhr dieses dem um jene Zeit in Holland weilenden Genossen Bebel unverzüglich mit, zugleich mit dem Auftrage, im Namen des Parteivorstandes die weiteren Verhandlungen mit dem Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Bureaus in Brüssel zu führen.

Der Genosse Bebel antwortete darauf unverzüglich dem Genossen Mollenbuhr, daß er den Auftrag ausführen werde, und daß er selbst beabsichtigt habe, dem Sekretariat in Brüssel zu schreiben. Was die Nachrichten über einen drohenden Krieg angehe, so sei er allerdings der Ansicht, daß die französische Regierung sich sehr bedenken werde, sich von der englischen Regierung zu einem Kriege mit Deutschland wegen Marokko drängen zu lassen, dessen Kosten zweifellos Frankreich zu tragen haben würde.

Genosse Bebel schrieb in diesem Sinne auch sofort an das Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Bureaus. Es werde wohl selbst die mittlerweile eingetretene Verschärfung der Situation erkannt haben. Es solle die Angelegenheit scharf im Auge behalten und, sobald sich die Notwendigkeit einer Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus herausstelle, zu dieser nicht bloß die Mitglieder der an der Marokkofrage zunächst interessierten Staaten — wie bisher verhandelt worden war — einladen, sondern das gesamte Bureau, denn die Frage sei eine internationale und ein Krieg werde gegebenenfalls ein Weltkrieg werden.

Infolge jenes Briefes erfolgte zwischen dem Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureaus, Genossen Suzmans, und dem Genossen Bebel eine Zusammenkunft, in der man sich über die mittlerweile wieder friedlich gewordene Situation aussprach. Man kam überein: solle eine Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus nötig werden — wozu in jenem Augenblick keine Veranlassung vorlag —, dann eine des gesamten Bureaus, und zwar in Brüssel, zu veranstalten, und solle damit zugleich eine große Friedensdemonstration verbunden werden. —

Aus dem hier Dargelegten ersehen die Genossen folgendes:

Erstens, daß diese Korrespondenz unter den Mitgliedern des Internationalen Sozialistischen Bureaus eine Verständigung bezweckte und daher ihrer Natur nach eine streng vertrauliche war.

Zweitens, daß der Ansicht des Genossen Mollenbuhr über die Zweckmäßigkeit einer Konferenz die Ansicht des Genossen Bebel, der bekanntermaßen gleichfalls Mitglied des Parteivorstandes und des Internationalen Sozialistischen Bureaus ist, gegenüberstand. Dabei wir hervorheben wollen, daß der Genosse Mollenbuhr, wie der Inhalt seines Briefes zeigt, kein eigentlicher Gegner einer Demonstration war.

Drittens, daß Genosse Mollenbuhr in der Tat in seinem Briefe nur seine Privatansicht entwickelte, wie er dieses im Eingang seines Briefes an das Internationale Sozialistische Bureau erklärte und gleichzeitig auch dem Genossen Bebel gegenüber hervorhob, der, da er vergeblich hatte, dem Internationalen Sozialistischen Bureau seine Züricher

Adresse mitzuteilen, die Mitteilung über die geplante Konferenz erst durch den Genossen Mollenbuhr empfangt. —

Aus dieser Darlegung geht auch hervor, daß die Genossin Luxemburg sich einer groben Indiskretion schuldig machte, als sie den Brief des Genossen Mollenbuhr in der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlichte.

In jeder Organisation ist der briefliche Austausch von Ansichten über gemeinsame Schritte der leitenden Persönlichkeiten eine Notwendigkeit, wenn dieselben, wie die Mitglieder des Internationalen Sozialistischen Bureaus, in den verschiedensten Orten wohnen. Sollen solche Verhandlungen zu einem gedeihlichen Abschluß führen, so ist Diskretion eine Ehrensache für alle Beteiligten.

Weiter ließ sich die Genossin Luxemburg auch eine grobe Irreführung der Genossen zuschulden kommen, als sie den Brief des Genossen Mollenbuhr mit Weglassung des Anfangsatzes veröffentlichte und berichtete, der Brief enthalte offenbar die Meinung des Parteivorstandes.

Endlich unterschlug die Genossin Luxemburg die Tatsache, daß auch der Genosse Nebel sich zu der Frage der Konferenz geäußert habe, und zwar, wie seine oben abgedruckten Briefe zeigen — die der Genossin Luxemburg bekannt waren — im zustimmenden Sinne.

Das Verfahren der Genossin Luxemburg war also unloyal, und es würde ein geordnetes Parteileben unmöglich sein, sollte eine solche Kampfmethodik üblich werden.

Es ist der Genossin Luxemburg gutes Recht, die Handlungen oder Unterlassungen des Parteivorstandes zu kritisieren; aber es sollte jedes Mitglied der Partei es unter seiner Würde halten, mit unloyalen Waffen und irreführenden Darlegungen einen Kampf zu führen.

Mit Parteigruß

Der Parteivorstand.

Anhang II.

(Zu Seite 215 des Protokolls).

Der „Vortwärts“ brachte in Nr. 226 vom 27. September folgende Mitteilung:

Aus dem Internationalen Sozialistischen Bureau.

Die Genossin Luxemburg stellte in der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus am 23. September an den Genossen Gubmans die Anfrage, ob er dem Genossen Nebel gegenüber gesagt habe, daß sie sich mehrfach Indiskretionen durch Veröffentlichung von Briefen des Sekretariats des Internationalen Sozialistischen Bureaus habe zuschulden kommen lassen. Der Genosse Gubmans bejahte, daß er sich so dem Genossen Nebel gegenüber ausgesprochen habe. Doch fügte er hinzu, er habe sich durch die Verhandlungen des Jenaer Parteitages davon überzeugt, daß er sich infolge seiner mangelhaften Kenntnis der deutschen Sprache ungenau ausgedrückt habe. Er habe nicht sagen wollen, daß die Genossin Luxemburg mehrfach Indiskretionen begangen habe, sondern, daß solche mehrfach dargekommen seien, und zwar handle es sich außer um den Fall der Veröffentlichung des Mollenbuhrschen Briefes um einen vertraulichen Brief, den er dem Redakteur einer deutschen Parteizeitung geschrieben und den dieser ohne seine Zustimmung veröffentlicht habe.

Anhang III.

Wortlaut der vom Parteitag angenommenen Anträge.

Maifeier.

Der Parteitag möge beschließen, unsere Delegierten im Internationalen Bureau haben dahin zu wirken, daß die Maifeier auf die Tagesordnung des nächsten Internationalen Sozialistenkongresses gesetzt wird. (Antrag 27.)

Gegen alle diejenigen Mitglieder, die sich weigern, den Beschluß des Nürnberger Parteitages, Antrag 80, nachzukommen, ist das Ausschlußverfahren einzuleiten. (Antrag 80.)

Parlamentarisches.

Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, im Reichstage unerbüßlich einen Antrag auf Abänderung und Ergänzung der Reichsverfassung in folgender Richtung einzubringen:

„Unter Aufnahme der bereits gestellten Anträge die konstitutionell-demokratischen Forderungen des Erfurter Programms (Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswehr, Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung, Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege) in die Reichsverfassung zugleich als Verfassungsbestimmung eine Reichskriegssteuer auf hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften einzuführen, die im Falle eines Krieges mit dem Tage der Mobilmachung in Kraft tritt.“ (Antrag 48.)

Schnapsbott.

Der Parteitag ruft den Parteigenossen erneut und auf das dringendste den Beschluß des Leipziger Parteitages in Erinnerung, wonach die organisierten Arbeiter aufgefordert werden, den Schnapsgenuß zu unterlassen. (Antrag 53.)

Ort des nächsten Parteitages.

Den nächsten Parteitag in Chemnitz abzuhalten. (Antrag 61.)

Reichstagswahl.

Der Parteitag erwartet, daß, soweit es noch nicht geschehen sein sollte, die Parteigenossen in allen Wahlkreisen, in denen die Partei Anhänger besitzt, unverzüglich die Vorbereitungen zur Reichstagswahl treffen, um selbständig in die Wahl einzutreten.

Der Parteitag erwartet weiter, daß die Parteigenossen die Wahlagitiation gründlich ausnützen, um sowohl neue Mitglieder für die Parteiorganisation, wie neue Abonnenten für die Parteipresse zu werben.

Insbesondere muß die Wahlagitiation auch für Erlangung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts im Sinne des Parteiprogramms für die Wahlen zum Landtag in Preußen wie in den Staaten, die das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht noch nicht besitzen, ausgenutzt werden.

Wo nach dem Ausfall der Hauptwahlen die Parteigenossen bei engeren Wahlen eine Entscheidung zwischen gegnerischen Kandidaten zu treffen haben,

dürfen sie nur demjenigen Kandidaten ihre Stimmen zuwenden, der sich verpflichtet:

1. für Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts für den Reichstag;
2. gegen eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts und des Koalitionsrechts;
3. gegen eine Verschärfung der sogenannten politischen Paragraphen des Strafrechts;
4. gegen ein wie immer geartetes Ausnahmegesetz;
5. gegen jede Erhöhung oder Neueinführung von Zöllen auf die Verbrauchsartikel der großen Masse;
6. gegen jede Neueinführung oder Erhöhung indirekter Steuern auf Verbrauchsartikel der großen Masse

einzutreten und zu stimmen.

Der betreffende Kandidat ist zu ersuchen, seine Erklärung vor Zeugen oder schriftlich abzugeben.

Stehen in der engeren Wahl zwei Kandidaten, die beide bereit sind, die aufgestellten Bedingungen zu erfüllen, so ist der Liberale dem Nichtliberalen vorzuziehen.

In jedem anderen Falle ist strikte Stimmhaltung zu proklamieren.

(Antrag 70.)

Marokkoangelegenheit.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Jena erhebt auf das nachdrücklichste Protest gegen jeden Versuch, einen männermordenden Krieg zwischen Kulturvölkern, wie sie das französische, englische und deutsche sind, herbeizurufen, der notwendig ein Weltkrieg werden müßte und mit einer allgemeinen Katastrophe enden würde.

Die Bestrebungen einer großkapitalistischen Clique, in Marokko festen Fuß zu fassen, um es um so wirkungsvoller kolonialpolitisch auszubeuken und dafür Gut und Blut des deutschen Volkes in Anspruch zu nehmen, unter der verlegenen Vorgabe, „daß die Ehre und die Interessen der Nation“ dieses erfordern, weist der Parteitag als bewußte Fälschung der Tatsachen und schamlose Scheuerei zurück.

Die einzigen, die haben und drüben an dieser Verheerung verschiedener Kulturvölker ein Interesse haben, sind neben den Kolonialpiraten die Chauvinisten zu Wasser und zu Lande, deren Handwerk der Krieg ist, die nach Avancement und Auszeichnung dürsten, und die Fabrikanten und Lieferanten von Kriegsmaterial aller Art, die durch den Krieg ungeheure Gewinne in die Tasche stecken auf die Gefahr hin, daß Hunderttausende von Menschen in diesen Kämpfen zugrunde gehen, Millionen in Not und Unglück gestürzt werden.

Nur den seit vielen Jahren betriebenen Sekereien der interessierten Kreise ist es zu danken, daß Mittel- und Westeuropa wiederholt in einen Zustand kriegerischer Unruhe versetzt wurden. Diese Deutemacher versuchten dabei die Reichsregierung in die Rolle des gefügigen Handlangers zu drängen, damit sie die Wehr- und Volkskraft der Nation ihren Interessen opfere. Der Grad, in dem ihnen dieses gelang, zeigt, wie sehr die heutigen Regierungen nur der Verwaltungsausübung für die Interessen der besitzenden Klassen sind.

Der Parteitag weist mit Empörung diese dem Volke gemachten Zumutungen zurück und erwartet, daß insbesondere die deutsche Arbeiterklasse jedes mögliche Mittel anwendet, um einen Weltkrieg zu verhindern.

Der Parteitag fordert die sofortige Einberufung des Reichstags, damit der Volksvertreter Gelegenheit gegeben wird, ihre Meinung zu äußern und den völkerverfeindlichen Machinationen entgegenzutreten.

(Antrag 71.)

Lebensmittelwucher.

Aus Anlaß der außerordentlich hohen Lebensmittelpreise sind zur Zeit der Eröffnung des Reichstages öffentliche Frauenversammlungen einzuberufen, um den Frauen Gelegenheit zu geben, einen Massenprotest gegen den Lebensmittelwucher durch Steuern und Zölle wie durch die Preistreiberien der Großkapitalisten und Agrarier zu erheben und die Aufhebung der Lebensmittelzölle und Oeffnung der Grenzen zu fordern. Diese Massenaktion gibt zugleich Gelegenheit, den Frauen die Ursachen der jetzigen Notlage weiter Kreise des arbeitenden Volkes darzulegen und sie zum organisierten Kampf dagegen aufzurufen.

Die Aktion ist wirksam durch die Presse und durch ein populär gehaltenes Flugblatt vorzubereiten.

(Antrag 72.)

Reorganisation des Parteivorstandes.

Der Parteitag beschließt:

1. zwei weitere Parteisekretäre anzustellen;
2. zwecks Beratung einer Reorganisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission unter Zuziehung des Parteivorstandes eine zgliedrige Kommission zu wählen, die dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten hat.

(Antrag 73.)

Württembergische Verhältnisse.

Der Parteitag nimmt mit Bedauern Kenntnis von den jüngsten Vorgängen in der württembergischen Landesorganisation. Er beauftragt den Parteivorstand, mit dem württembergischen Landesvorstand und mit der Stuttgarter Parteileitung in Verbindung zu treten, um die Entwicklung der Partei in Württemberg im Sinne und Geiste der Gesamtpartei und ihrer Beschlüsse zu sichern.

(Antrag 74.)

Jugendbewegung.

Der Parteitag protestiert auf das entschiedenste gegen die Verfolgung der proletarischen Jugendbewegung durch Polizei, Schulaufsichtsbehörde und Justiz. Um so unerhörter sind diese Verfolgungen, als sie angeblich die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen vor der Berührung mit politischen Angelegenheiten bewahren, in Wirklichkeit aber die Arbeiterjugend der bürgerlichen Jugendbewegung zutreiben sollen und damit eine offenbare politische Beeinflussung der Arbeiterjugend im sogenannten staatsfreundlichen Sinne darstellen.

Der Parteitag warnt die Genossen und Genossinnen allerorts vor den heuchlerischen Bestrebungen der bürgerlichen Konfessionellen und interkonfessionellen Jugendfreunde, insbesondere vor den mit einer Million Mark unterstützten Maßnahmen der staatlich preußischen „Jugendpflege“. In mannigfaltigen und äußerlich harmlosen Formen, besonders im Anschluß an die Fortbildungsschule, sollen nach dem Wunsche der preussischen Regierung „Lehrer, Ärzte, Geistliche, Richter und Anwälte, Landwirte, Gewerbetreibende, Ingenieure und Offiziere“, und zwar „ohne nach außen hin irgendwelches Aufsehen davon zu machen“, die Erziehung der Jugend im „vaterländischen Geiste“ fördern.

Der Parteitag hält es für seine Pflicht, die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen vor dem Eintritt in irgendwelche bürgerliche Jugendvereine und vor der Teilnahme an irgendwelchen bürgerlichen Jugendbestrebungen zu warnen. Er fordert zugleich alle erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen auf, die proletarische Jugendbewegung mit allen Mitteln zu unterstützen.

(Antrag 75.)

Lebensmittelmangel.

Die Reichstagsfraktion wird beim Zusammentritt des Reichstags dem Reichskanzler sofort über die Teuerung interpellieren. Sie unterbreitet dem Parteitage die nachstehende Resolution:

Der Parteitag fordert zur Bekämpfung der verhängnisvollen Teuerung aller Lebensmittel von der Reichsregierung sofortige Suspension der Zölle auf Lebens- und Futtermittel, Deffnung der Grenzen unter Aufrechterhaltung der notwendigen veterinärpolizeilichen Vorkehrungsmaßnahmen für den Verkehr ausländischen Viehes und Fleisches, Aufhebung des Systems der Einfuhrzölle.

Der Parteitag fordert von den Landesregierungen Ermäßigungen der Eisenbahntarife für den Verkehr mit Nahrungsmitteln und Futtermitteln aller Art.

Der Parteitag fordert von den Gemeinden Veranstaltungen zur Übernahme der Produktion und des Verkehrs mit Nahrungsmitteln zunächst in einem solchen Umfange, daß eine Beeinflussung der Preisbildung durch die Gemeinden gesichert ist.

Der Parteitag ruft alle Parteiorganisationen zu energischer Agitations- und Organisationsarbeit auf, um der Sozialdemokratie neue Anhänger zu zuführen und sie für die bevorstehenden Kämpfe, namentlich auch auf dem Gebiete des Zoll- und Steuerwesens, zu stärken. Der Parteitag fordert alle Männer und Frauen auf, sich den politischen Organisationen der sozialdemokratischen Partei anzuschließen. Desgleichen wird eine nachdrückliche Werbearbeit für die aufklärende sozialdemokratische Presse empfohlen.

Der Parteitag mahnt alle Arbeiter, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen, um in dieser Zeit maßloser Preissteigerungen für alle notwendigen Bedarfsartikel die Abwehrkraft der Berufsorganisationen zu stärken und die Gewerkschaften in den Stand zu setzen, die notwendigen Lohnerhöhungen zu erzwingen.

Endlich fordert der Parteitag die Massen des Volkes zum Konsumgenossenschaftlichen Zusammenschluß auf. (Antrag 77.)

Internationale Verwickelungen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird ersucht, im Reichstag einen Antrag einzubringen, wonach die Reichsregierung verpflichtet werden kann, in Fällen internationaler Verwickelungen den Reichstag einzuberufen und die gewählte Volksvertretung über die Verhandlungen mit den auswärtigen Regierungen unterrichtet zu halten. (Antrag 79.)

Gegen den Zarisismus.

Der Parteitag nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den neuen Akten des eibrückigen Zarisismus gegen das finnische Volk. Er brandmarkt die unter dem Vorwande strategischer Notwendigkeiten begonnene Verfüdelung Finnlands als einen Akt unerbittlicher Vergewaltigung, durch den die russische Regierung ihre bisherigen Insaftien gegen das finnische Volk noch übertrumpft.

Der Parteitag spricht der tapferen finnischen Bruderpartei und dem gepönnigten finnischen Volke im Namen des kämpfenden deutschen Proletariats seine herzlichsten Sympathien aus und das Gelöbnis der Unterstützung in den schweren Kämpfen, die das finnische Volk, geführt von dem finnischen Proletariat, gemeinsam mit dem russischen Proletariat zur Niederwerfung des Zarisismus durchzuführen hat. (Antrag 80.)

Broschüre über die Lage der englischen und deutschen Arbeiter.

Der Parteivorstand möge, wenn möglich noch vor den Reichstagswahlen, die Herausgabe einer Broschüre veranlassen, welche gegenüber den Betreibern, England und Deutschland zu verheßen, die großen gemeinsamen Interessen der arbeitenden Klassen beider Länder an der Erhaltung und Festigung der friedlichen Beziehungen zwischen ihnen darlegt und das Faltschpiel der Geher aufdeckt. (Antrag 81.)

Zur Mutter- und Säuglingsfürsorge.

Die sechste ordentliche Konferenz sozialdemokratischer Frauen beurteilt auf das schärfste die skandalöse Behandlung, welche die Frage des Mutter- und Säuglingschutzes anlässlich der Beratung der Reichsversicherungsordnung durch die Regierung und die bürgerlichen Parteien erfahren hat.

Die Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge zu dieser Frage bedeutet eine schwere Schädigung von Leben und Gesundheit der Mütter und Säuglinge in den minderbemittelten Schichten des Volkes.

Besonders erbitternd wirkt die Tatsache, daß die Frauen und Mädchen, die den Landkrankenassen unterliegen, eine noch weit geringere Fürsorge genießen als die übrigen. Die letzte Berufs- und Gewerbezahlung hat einen neuen Beweis von der rapid steigenden Teilnahme der Frau am Berufsleben erbracht.

Unter der Herrschaft des Kapitals bringt aber die Vereinigung von Berufs- und Hausarbeit schwere Gefahren mit sich für Leben und Gesundheit der Frauen und Kinder der Arbeiterklasse, des Kleinbürger- und Bauerntums. Sie führt häufig zu Unterleiberkrankungen, Erschwerungen der Schwangerschaft und der Entbindungen, zu Früh- und Fehlgeburten, zu früher Sterblichkeit, Verkrüppelung und Siedtum der Kinder.

Die soziale Not zeitigt die gleichen Erscheinungen in weiten Kreisen der unbemittelten Volkschichten; auch wenn die Frauen nicht erwerbstätig, aber aus Mangel an Mitteln der Ruhe und Pflege entbehren zur Zeit der Mutterschaft.

Die Konferenz erklärt deshalb, daß sie als Minimum einer Mutter- und Säuglingsfürsorge in der Versicherungsgefeßgebung ansieht:

1. Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle Lohnarbeitenden Frauen sowie auf alle Frauen, deren Familieneinkommen 5000 Mk. nicht übersteigt.
2. Obligatorische Gewährung einer Schwangerenunterstützung auf die Dauer von 8 Wochen.
3. Freie obligatorische Gewährung der Hebammendienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden.
4. Obligatorische Gewährung der Wöchnerinnenunterstützung auf 8 Wochen.
5. Die Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung ist den Arbeiterinnen in der Höhe des versicherten Lohnes, den übrigen Frauen in der Höhe des durchschnittlichen Tagelohnes für weibliche Arbeiter zu gewähren.
6. Obligatorische Gewährung eines Stillgelbes für die Dauer von 26 Wochen in der Höhe des Krankengeldes für alle versicherten Mütter, die ihr Kind stillen.
7. Vereinheitlichung der Krankenkassen und volles Selbstverwaltungsrecht der Versicherten.

Die Konferenz verpflichtet die sozialdemokratischen Frauen, den Kampf um die Verwirklichung dieser Forderungen mit aller Schärfe weiterzuführen.

Präsenzliste des Parteitagcs.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Agnès, Lore	Düsseldorf	Düsseldorf
Albrecht, Adolf	Halle	Mitglied des Reichstags
Andraščike, Luise	Kiel-Gaarden	7. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Antkes, Wilhelm	Sprendlingen	Offenbach-Dieburg
Apel, Wilhelm	Erfurt	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück
Brundrust, Heinrich	Wibbel	Friedberg-Büdingen
Auer, Erh.	München	Mosenheim
Baader, Ottilie	Berlin	Frauenbureau
Bartels, Fr.	Altona	9. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Bartbel, Paul	Kunzmann	Borna-Regau
Baubert, August	Weimar	Weimar I
Baumann, Linchen	Samburg	8. u. 10. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Baumgärtel, Curt	Freuen	Reichenbach-Uuerbach
Bebel, August	Berlin	Partei-Vorstand
Bedmann, Georg	Wiesert	Seifen 1
Benber, Ferdinand	Eberfeld	Urhalt 2
Benber, Hermann	Breunghesheim	Kanau-Bodenheim
Benz, Wilhelm	Heidenheim	14. württembergischer Wahlkreis
Bévard, R.	Hamburg	Auer u. Co., Hamburg
Berger, Fritz	Hummelsburg	Niederbarnim
Bernstein, Eduard	Schöneberg	Teltow-Beeskow-Storkow
Bien, Clara	Berlin	Berlin 4
Biničkiewicz, Josef	Kattowitz D.-S.	Kattowitz-Gabrze
Bittkoff, Claus	Altona	8. u. 10. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Bittorf, Adam	Berlin	Berlin 6
Blase, Theresie	Mannheim	Mannheim-Schwekingen
Bod, Wilhelm	Golba	Kontrollkommission
Böhle D.	Strasburg	Strasburg-Stadt (Mitgl. des Reichstags)
Brandenburg, Helene	Hamburg	Hamburg 3
Braun, Otto	Königsberg	Kontrollkommission
Brey, August	Hannover	Mitglied des Reichstags
Brüdnar, Eugen	Berlin	Friedberg-Arnswalde
Brühne, Fritz	Frankfurt	Kontrollkommission
Bühfelt, Berta	Stettin	Stettin
Buchmann, Maria	Naulsdorf	Niederbarnim
Bühner, Karl	Frankfurt a. D.	Frankfurt-Leubus
Bühner, Otto	Berlin	Mitglied des Reichstags
Budde, Oswald	Altena-Merlajn	Altena-Merlajn
Budde, Rudolf	Berlin	Berlin 3
Buhl, Carl	Leipzig	12. sächsischer Wahlkreis
Bühler, Rudolf	Niedernberg	Niederbarnim
Bußold, Heinrich	Friedberg i. O.	Mitglied des Reichstags
Cohn, Oskar	Berlin	Erfurt 1
Criskien, Arthur	Danzig	Danzig-Stadt
Crohn, M.	Halberstadt	Diehlleben-Halberstadt
Cunow, Heinrich	Berlin	„Vorwärts“-Redaktion
Dams, Wilhelm	Berlin	Berlin 6
David, Edward	Berlin	Mitglied des Reichstags
David, Ernst	Bozen	Bozen-Stadt
Deichmann, Karl	Bremen	Hannover 11

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Demmer, Karl	Wiesbaden	Wiesbaden-Viebrich
Dickreiter, G.	Altenburg	Sachsen-Altenburg
Diefenbach, Wilhelm	Wülstrow	Wülstrow-Niebnitz
Diez, F. v. B.	Stuttgart	Mitglied des Reichstags
Diez, Ernst	Lübeck	Lübeck
Dijmann, Robert	Kanau	Kanau-Bodenheim
Dittmann, Wilhelm	Solingen	Lennep-Kemscheid
Döhring, Marie	Berlin	Berlin 2
Donaltes, Franz	Königsberg	Königsberg i. Pr.
Dörnte, Ludwig	Hannover	8. hannoverscher Wahlkreis
Drecher, Reinhold	Halle	Delitzsch-Bitterfeld
Dunder, Käthe	Stuttgart	Stuttgart
Düwell, Wilhelm	Nürnberg	Berlin 1
* Eberle, Hugo	Bremen	Verden-Hoya-Syde
Ebert, Fritz	Berlin	Partei-Vorstand
Ebler, Karl	Kiel-Merbed	7. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Eggen, Wilhelm	Reimold	Kürstentum Lippe
Eichhorn, Emil	Berlin	Mitglied des Reichstags
Eichler, Minna	Eisenberg	Sachsen-Altenburg
Eilen, Emil	Dienfen	6. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Elm, A. v.	Brandeb	8. u. 10. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Emmel, A.	Mühlhausen i. O.	Mitglied des Reichstags
Engelhard, Urban	Würgburg-Heidingsfeld	Würgburg-Heidingsfeld
Engler, W.	Freiburg	5. badischer Wahlkreis
Ennenbach, Sofie	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Erkrath, Peter	Mühlheim	Offenbach-Dieburg
Ernst, Eugen	Berlin	Kontrollkommission
Ernst, Ludwig	Stettin	Stettin
Evers, Frau	Linden	8. hannoverscher Wahlkreis
Ewald, Ferdinand	Berlin	Zaudz-Bezig-Ludenwolde
Faber, Emil	Frankfurt a. D.	Mitglied des Reichstags
Fahrenwald, Agnes	Berlin	Berlin 4
Faßt, Mathias	Dornberg	2. badischer Wahlkreis
Fauth, Adrecht	Wetzlar	Wetzlar-Altenkirchen
Feldmann, Franz	Oberlangenberg	Reichenbach-Neurode
Fischer, Gottlieb	Carnstadt	2. württembergischer Wahlkreis
Fischer, Richard	Berlin	Mitglied des Reichstags
Fiegner, Ernst	Binneberg	6. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Frank, Dr. Ludwig	Mannheim	Mitglied des Reichstags
Franko, Heinrich	Magdeburg	Magdeburg
Friedländer, Wily	Berlin	Berlin 5
Friedrich, Fritz	Berlin	Berlin 6
Frohne, Karl	Hamburg	Mitglied des Reichstags
Fuhrmann, David	Bremen	Bremen
Galle, Otto	Guben	Guben-Lübben
Ged, Adolf	Hfenburg	Kontrollkommission
Gehl, Julius	Brandenburg	Danzig-Land
Gehrmann, Karl	Zeitz	Naumburg-Weißenfels-Zeitz
Geyer, Friedr.	Leipzig	Mitglied des Reichstags
Giebel, Karl	Berlin	Kottbus-Spremerberg
Giermann, Karl	Nürnberg	Nürnberg-Altendorf
Gogonsky, Josef	Siegen	Siegen-Witgenstein-Niedenlopf
Göhre, Paul	Rehendorf	Mitglied des Reichstags
Göhner, R.	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Göiger, Heinrich	Kempten	Kempten
Gollschall, Alfred	Königsberg	Königsberg (Land)-Fischhausen
Gradnauer, Georg	Dresden	5. sächsischer Wahlkreis
Grauer, Oswald	Züllichau-Krossen	Züllichau-Krossen
Groger, Max	Nitzdorf	Teltow-Beeskow-Storkow
Grosche, Berthold	Hamburg	Hamburg 3

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Grumbach, C.	Colmar	3. elsaß-lothringischer Wahlkreis, Colmar
Grümmcr, Mathias	Wachen	Wachen (Stadt)
Grünberg, Helene	Nürnberg	Nürnberg-Altendorf
Grük, Wily	Kemischeld	Kemner-Kemischeld-Neilmann
Grzejmski, Albert	Kassel	Holzeimmar-Minteln, Wolfshagen
Günther, Oskar	Pulsnitz M. S.	3. sächsischer Wahlkreis
Gaas, M. de	Hamburg	Hamburg 1
Gaase, Hugo	Königsberg	Königsberg (Stadt)
Gaebelreich, Richard	Berlin	Brenzlan-Angermünde
Gäner, Max	Ebersdorf	Limbach-Mittweida
Gagen, Bapt.	Regensburg	Regensburg
Gartlieb, J.	Linden	8. hannoverscher Wahlkreis
Gartmann, Emil	Mudosladt	Schwarzburg-Mudosladt
Gaut, Wilhelm	Magdeburg	Verichow 1 und 2
Gäuser, Gustav	Berlin	Berlin 2
Gaverfand, August	Bremerhaven	19. hannoverscher Wahlkreis
Geimann	Stuttgart	9. hannoverscher Wahlkreis
Geinrich, Gustav	Kimmer	Rebitor
Geinrich, D.	Berlin	Reifen-Riesja
Geinze, Gustav	Großenhain	Oldenburg 1
Geimann, Karl	Belbert	Kemner-Kemischeld-Neilmann
Geller, Gustav	Edingen	Mitglied des Reichstags
Geimischädter, Julius	Köln	Bremen
Geurgsbach, Clemens	Bremen	13. sächsischer Wahlkreis
Geute, Alfred	Leipzig-Neustadt	4. sächsischer Wahlkreis
Geunig, Auguste	Halle	Halle a. d. S. und Saalkreis
Geunig, Hermann	Hamburg	Hamburg 8
Geunig, Paul	Hobenstein	17. sächsischer Wahlkreis
Geuje, Karl	Nürnberg	Nürnberg-Altendorf
Gerdt, Fritz	Berlin	Posta.-Doberan
Gerzberg, Wilhelm	Berlin	Di.-Briegnitz
Gerzfeld, Dr.	Schwabach	Schwabach
Geichold, Karl	Mittdorf	Wittenberg-Schweinitz
Gierl, Michael	Stuttgart	1. württembg. Wahlkreis, Mitgl. 5. Reichst.
Gildebrandt, Julius	Leipzig-Gohlis	13. sächsischer Wahlkreis
Gildebrandt, Karl	Berlin	Berlin 6
Gilpert, Karl	Neilsvonn	Neilsvonn-Beigheim
Ginke, August	Kanau	Mitglied des Reichstags
Gikler, Gottfelf	Kona	Wismar 3
Goch, Gustav	Berlin	Mansfeld
Gölkem, Emil	Bielefeld	Reichs.-Halle
Goffmann, Adolf	Elsfeld	Elsfeld-Barmen
Goffmann, Carl	Berlin	Berlin 4
Goffmann, Oskar	Hamburg	Hamburg 2
Goffmann, Paul	Köln	Köln-Stadt und Land
Gofrichter, Adolf	Forst	Sorau-Forst
Goble, Hermann	Wldershof	Teltow-Beesfow-Storlow
Gorlich, Albert	Beuthen D.-S.	Eppelt 3, 4, 7, 8, 9
Görting, Otto	Ludwigshafen	Mitglied des Reichstags
Guber, Josef	Randebut	Randebut-Blasiburg-Dingelring
Guber, Josef	Rüstringen	Rüstringen
Gug, Paul	Berlin	Berlin 5
Gumshede, Gustav	Bochum	Hamm-Sooft
Gusemann, Fritz	Berlin	Blauen-Delsnitz
Gädel, Hermann	Nichtenberg	Niederbarnim
Gastle, Otto	Lodleben	6. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Gastoben, J. D.	Braunschweig	Braunschweig-Blantenburg
Gasper, Dr.	Chemnitz-Altendorf	Chemnitz
Geusch, Max	Berlin	Berlin 4
Gögel, Wilhelm		

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Jordan, August	Delmenhorst	3. oldenburgischer Wahlkreis
Juchacz, Marie	Hydorf	Teltow-Beesfow-Storlow
Zungnidcl, Max	Urnaberg	Bishopau-Marienberg
Kaben, August	Dresden	Kontrollkommission
Kahmann, Hermann	Postchappel	6. sächsischer Wahlkreis
Kaiser, Richard	Daume	Rauch-Belzig-Altcrbog-Ludcnwalde
Kaufmann, Oskar	Niederzöbnitz	Stollberg-Schneeberg
Kautsch, Karl	Friedenau	„Neue Zeit“
Keil, Wily	Stuttgart	Mitglied des Reichstags
Kinkel, Gottfried	Ößpingen	Ößpingen-Gmünd
Kiß, Paul	Gretz	Reich a. L.
Kleefoot, Paul	Ludwigshafen	Speuer-Ludwigshafen
Kley, Wilhelm	Steter	Bielefeld-Biedenbrück
Klose, Adolf	Königschütte	Beuthen-Tarnowitz
Klüß, Franz	Magdeburg	Magdeburg
Klupsch, Franz	Dormund	Dormund-Hörbe
Knauer, Karl	Sonneberg	Meiningen-Silbburgshausen
Knauf, Heinrich	Gera	Reich j. L.
Kraierm, Konrad	München	München 1 und 2
Knoth, August	Gradow	Gradow
König, Max	Dortmund	Dortmund-Hörbe
Kozur, Ed.	Neumünster	Neumünster
Kraemann, L.	Neu-Steppin	Neu-Steppin
Krauze, Maximilian	Lugau i. S.	Lugau i. S.
Kröger, Wilhelm	Hofod	Stollberg-Schneeberg
Krug, Otto	Berbau	1. 4., 7. medlenburgerischer Wahlkreis
Krüger, Hugo	Dresden	18. sächsischer Wahlkreis
Krüger, Karl	Barmen	5. sächsischer Wahlkreis
Kullmann, Dr. Leo	Karlstruße	Überseld-Barmen
Kunert, Fritz	Berlin	Karlstruße-Bruchsal
Kunze, H.	Stettin	Mitglied des Reichstags
Kupferschmidt, Franz	Berlin	Mitglied des Reichstags
Kurz, Jakob	Neuklingen	Berlin 4
		Neuklingen-Lützingen
		Magdeburg
		6. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
		Schweidnitz-Striegau-Freiburg
		8. hannoverscher Wahlkreis
		Hamburg
		Hamburg
		Mitglied des Reichstags
		Kona
		Mitglied des Reichstags
		Königsberg (Neumark)
		Mitglied des Reichstags
		Kannheim
		Mitglied des Reichstags
		Dresden
		14. sächsischer Wahlkreis
		hannoverscher Wahlkreis
		13. hannoverscher Wahlkreis
		12. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
		15. sächsischer Wahlkreis
		Bromberg 1, 2 und 3
		Reich j. L.
		3. weimarerischer Wahlkreis
		Reich j. L.
		Dortmund
		Berlin
		Parteiobstand
		Königsberg
		Rabiau-Wehlau
		Sollingen
		Neßalt 1
		Leipzig
		11. sächsischer Wahlkreis
		10. sächsischer Wahlkreis
		Gienach
		Gienach-Dermbad
		Winden
		Winden-Lösbede
		2. sächsischer Wahlkreis
		Reugersdorf

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Ludwig, Konrad Wiß, Heinrich Lutz, Emil Lugemburg, Rosa	Hagen Hamburg Borms Friedenau	Hagen-Schwelm Hamburg 3 Heppenheim-Wimpfen Hagen-Schwelm
Maas, Bernhard Mack, Theobald Mater, Emil Matzke, Anna Mauerer, Emilie Meier, Richard Menzel, Gust. Meyer, Wilhelm Michelsen, Peter Miß, Conrad Moltensbürg, Hermann Müller, Carl Müller, Adolf Müller, Emil Müller, Georg Müller, Hermann Müller, Hermann Müller, Max Müller, Robert Müller, Adolf Müller, Theodor	Emden Hanau a. M. Heidelberg Berlin München Reichenbach Bitterfeld Hamburg Flensburg Mülheim Berlin Larburg München Düsselndorf Trier Tempelhof Berlin Chemnitz Karlshorst 5. Berlin Zwickau Breslau	Hannover 1 Hanau-Vodenheim-Gelnhausen Heidelberg-Eberbach-Mosbach Berlin 6 München 1 und 2 22. sächsischer Wahlkreis Torgau-Liebenwerda Mitglied des Reichstags 1. und 2. schleswig-holsteinischer Wahlkreis Mülheim-Bipperfeld Partei-Vorstand 17. hannoverscher Wahlkreis Niedersachsen Partei-Vorstand Berlin 6 16. sächsischer Wahlkreis 5. schleswig-holsteinischer Wahlkreis Gommitschau-Zwickau Breslau 4, 6 und 7
Mimmerfall, Hans Nitsch, Richard Noke, Gustav Nowagotzki, Auguste	München-Basing Damenstedt Chemnitz Königsberg i. Pr.	Franckenstein Wolmirstedt-Neuhaldensleben Mitglied des Reichstags Königsberg i. Pr.
Obermeyer, Karl Oertel, Otto Ostmann, Friedrich Oswald, Otto Ott, Frau	Essen Umenndorf Hamburg Görlitz Vodenheim	Essen-Ruhr Halle a. S. Hamburg 2 Görlitz-Lauban Hanau-Gelnhausen
Pannetoe, Anton Panger, Johann Pägel, Wilh. Pauling, Frau Peus, Heinrich Pannitsch, Wilhelm Pöhl, August Pohner, Rudolf Pollender, Otto Pöller, B. Prehm, Rudolf Pug, Alois	Bremen Bayreuth Berlin Frankfurt a. D. Dessau Berlin Berlin Liegitz Leipzig Kiel Stendal München	Bremen Bayreuth-Berneß-Wunstedt Landsberg-Soldin Frankfurt a. D. Lebus Brandenburg-Westhavelland Partei-Vorstand Berlin 3 Liegitz-Goldberg-Gaynau Merseburg-Querfurt 4. schleswig-holsteinischer Wahlkreis Stendal-Merseburg München 1 und 2
Quard, Dr. Max Quessel, Dr. L.	Frankfurt a. M. Darmstadt	Frankfurt a. M. Darmstadt-Groß-Gerau
Rapp, B. Rah, Carl Rauh, Friedrich Rauke, Gustav Reich, D. Reichhaus, Paul Reiche, Johanne Reimann, Karl Renz, Chr.	Kemnath Kiel Linden-Limmer Eisenburg Hamburg Erfurt Wegeßau Halle a. S. Mühlacker	1. württembergischer Wahlkreis 7. schleswig-holsteinischer Wahlkreis 10. hannoverscher Wahlkreis Delitzsch-Bitterfeld Hamburg 1 Erfurt 18. hannoverscher Wahlkreis Halle a. S. und Saalkreis Höttingen-Leonberg-Maulbronn

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Ritter, Karl Rottwagen, Hans Rosenfeld, Kurt Roth, Johanna Rudolph, Albert Rühle, Johanna Rühle, Otto Runge, Paul Ruppenstein, H. Ryffel, Karl	Calbe a. S. Angsburg Wehr Hamburg Frankfurt a. M. Halle a. S. Halle a. S. Klein Erlangen Leipzig-Thonberg	Magdeburg 7 Angsburg und Donauwörth Schwarzburg-Sondershausen Hamburg 1 Wiesbaden 3, Kassel 5 Halle a. S. und Saalkreis 8. sächsischer Wahlkreis Klein Stadt und Land Erlangen-Fürth 13. sächsischer Wahlkreis
Sachse, Hermann Sädler, Jos. Sämann, G. Saffen, Max Schabon, Wilh. Schäfer, Otto Schallbruch, Carl Schauenburg, Carl Scheib, Joh. Scheide, Anus Scheidemann, Philipp Schels, Albert Schiel, Robert Schindhelm, Karl Schluchmann, Wilh. Schmidt, Richard Schmidt, Robert Schmitt, Franz Schneider, Heinrich Schneppenhorst, Ernst Schnißler, Albin Schöpslin, G. Scholich, Gustav Scholz, Alfred Schradler, Chr. Schroder, Heinrich Schroder, Clara Schroth, Josef Schubert, Emil Schulz, Heinrich Schumann, Oswald Schüring, Wilhelm Schuller, Emil Schwarz, Th. Schwenz, Paul Seel, Wilhelm Seelmann, Jos. Seeger, Fritz Seige, Paul Severing, Karl Sidow, Otto Siering, Wilh. Silberchmidt, Herm. Simmerl, Andreas Simon, Anna Simon, Gretchen Simon, Jos. Stadtgarten, Arthur Starafon, Fr. Stegen, Wilhelm Stelling, Johannes Stengele, Gustav	Bochum Schweinfurt Sürlgart Berlin Kottbus Mühlhausen Dhüls Hamburg Leipzig-Neuditz Bochum Kassel Wolfsbittel Leipzig-Magwig Eberswalde Duisburg Berlin München Emselde Nürnberg Delsitz Leipzig Breslau Nixdorf Hannover Berlin Wandshel Spandau Berlin Berlin Lichtenberg bei Berlin	Waldenburg Schweinfurt-Haßfurt-Eben 1. württembergischer Wahlkreis Berlin 4 Kottbus-Spremberg Mühlhausen-Langenfelza Dhüls Hamburg 1 13. sächsischer Wahlkreis Bochum Mitglied des Reichstags Braunschweig 2 13. sächsischer Wahlkreis Oberbarnim Duisburg-Mülheim-Ruhrort 7. sächsischer Wahlkreis Mitglied des Reichstags München 1 und 2 Hannover 14 Nürnberg-Altendorf 23. sächsischer Wahlkreis Mitglied des Reichstags Breslau 8 Land und Neumarkt Teltow-Beeckow-Storkow 8. hannoverscher Wahlkreis Berlin 2 8. u. 10. schleswig-holsteinischer Wahlkreis Saarbrücken Potsdam-Spandau-Dshavelland Erfurt-Schleusingen Serau-Fork Nik- und West-Sternberg 4. sächsischer Wahlkreis Mitglied des Reichstags Niederbarnim Mainz-Oppenheim Kronach Leipzig Weinigen Mitglied des Reichstags Brandenburg-Westhavelland Berlin Wangleben München 1 und 2 Brandenburg-Westhavelland Bremen Nürnberg-Altendorf und Hof-Münchberg Berlin Schwerin-Bismar Hannover 12 Lübeck Hamburg 2

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Steuber, Ida	Barmen	Eberfeld-Barmen
Stodinger, Friedrich	Horsheim	Horsheim-Durlach
Stolle	Geslar	Mitglied des Reichstags
Stöber, F.	Hannover	Hannover-Lunden
Strobel, Georg	Mannheim	Mannheim-Schwesingen
Strobl, Henry	Hamburg	Hamburg 2
Struwe, Johannes	Kassel	Kassel-Melungen
Stubbe, Heinrich	Hamburg	Hamburg 3
Stücker, Daniel	Berlin	Mitglied des Reichstags
Sturmfels, Otto	Gr. Umstadt	Erbach-Densheim
Südekum, Alb.	Nürnberg	Mitglied des Reichstags
Schäheim, Dr. Max	Nürnberg	Nürnberg-Altendorf
Teubert, Adolf	Leipzig-Gönnwitz	13. sächsischer Wahlkreis
Thabor, Johann	Kreuzfeld	Kreuzfeld
Thiele, Adolf	Halle a. S.	Halle-Burg-Weißfels-Zeitz
Thierfelder, Paul	Hautkau	16. sächsischer Wahlkreis
Thöne, Georg	Kassel	Schwege-Schmalalden
Tieck, Gustav	Breslau	Breslau-Ost und West
Timm, Johannes	Rüdchen	Kontrollkommission
Teneböhn, Heinrich	Reddinghausen	Reddinghausen-Vorfen
Trints, Oskar	Karlsruhe	8. und 10. badischer Wahlkreis
Trost, Karl	Urach	5. württembergischer Wahlkreis, Göttingen
Ullig, Otto	Zittau	1. sächsischer Wahlkreis
Ulrich	Dissenbach	Mitglied des Reichstags
Undeutsch, Ida	Magdeburg	Magdeburg
Wesper, Otto	Dösnabrück	4. hannoverscher Wahlkreis
Wolgt, Otto	Rudolstadt	Schwarzburg-Rudolstadt
Wadwig, Marie	Dresden	6. sächsischer Wahlkreis
Wagner, C.	Möslin	8. u. 10. schleswig-holsteiner Wahlkreis
Waller, Anton	Höchst (Main)	Malsau 1
Walfher, Max	Lauterbach	Oberpfalz 5, Oberfranken 3
Weber, Andreas	Griesheim	Malsau 1
Weber, Paul	Halberstadt	Dieserleben-Halberstadt-Bernigerode
Wehle, Franz	Kirtenwalde	Kalan-Ludau
Weiß, C.	Eckernförde	3. schleswig-holsteiner Wahlkreis
Weiß, Karl	Potschappel	6. sächsischer Wahlkreis
Weiss, Otto	Berlin	Kalan-Ludau
Wempeis, Robert	Berlin	Parteiorganisations
Weiner, Emil	Rostock	Rostock-Doberan
Weyers, César	Essen	Essen-Ruhr
Widlein, Max	Nordhausen	Sangerhausen-Gdarsberg
Woid, Fritz	Alpenid	Teltow-Beeskow-Storow
Wolff, Edwin	Crimmitschau	18. sächsischer Wahlkreis
Wolff, Heinrich	Dielharz	Gotha
Wolff, Hermann	Döhlen	6. sächsischer Wahlkreis
Wenter, Adolf	Bielefeld	Bielefeld-Biedenbrück
Wetlin, Klara	Stuttgart	Kontrollkommission
Wichsch, Fritz	Charlottenburg	Mitglied des Reichstags
Wieg, Luise	Berlin	Parteiorganisations
Wimmer, Bruno	Deubert	6. sächsischer Wahlkreis
Wimmer, Otto	Johanngeorgenstadt	21. sächsischer Wahlkreis
Wimmermann, Paul	Reichenbrand	16. sächsischer Wahlkreis
Willegan, Fritz	Stettin-Grabow	Randow-Greifenhagen

Sprechregister des Parteitages.

Möler 179
Untermit 183
Nuer 318
Ngelrod 181

Barthel 271
Behel 168, 174, 214, 257,
264, 333, 350, 372, 373,
376, 393, 400, 403
Bérard 273, 276
Berrnstein 175, 239, 295, 392
Bien 260
Bischhoff 240
Braße 182
Bujold 274

David 255, 265, 319, 349
Dieb 173, 174, 175, 187, 203,
206, 224, 234, 236, 243,
261, 265, 270, 273, 277,
284, 286, 295, 311, 316,
318, 348, 350, 351, 359,
360, 368, 369, 371, 372,
374, 375, 403, 405, 411

Dihmann 233
Dittmann 209, 240, 308, 311,
405
Dunder 312, 375
Dümel 213, 396, 400

Ebert 198, 272, 285, 317, 319,
371
Eichhorn 374
Emmel 369
Enger 402
Ennenbach 363

Fahrenwald 284
Frank 308
Fischer, Berlin 236, 317

Gesf 287, 299
Göhr 401
Göllner 245, 365
Grabner 274
Grumbach 218
Grünberg 283

Hartheis 396
Haust 398
Gente 251, 260

Genfe 356, 365
Silbenbrand 317, 319
Ginge 310
Goch 329
Goffmann, Adolf, Berlin 242,
275, 277, 318, 368
Goffmann, Oskar, Eberfeld
211
Goffmann-Hamburg 299, 310,
312
Gölein 281, 286

Genrich 411
Guhag 294

Kaden 202, 410
Keil 318, 331
Klumpich 364, 393, 399
Krauer 246, 318
König 394
Kriger 369
Kunferichmidt 400

Landesberg 306
Laufenberg 235
Leber 165, 203, 287, 311,
312, 332, 376, 400
Lebebour 212, 249, 263, 265
Legion 225, 371
Lehmann, Dresden 358
Leinert 361, 366
Leinich 207, 264, 265
Liebnecht 243, 283, 303, 311,
350, 405

Linte 411
Lipinski 354, 360, 362, 368,
372, 374, 405
Ludwig 307, 355, 368
Lütz 360
Luxemburg 204, 206, 247,
348

Mollenbuhr 229, 234, 319,
330, 401
Möler 272
Müller, Hermann, Berlin
187, 266

Müller-Berlin VI 400
Müller-Breslau 175, 271
Müller-Düsselborf 402
Müller-Erier 364

Ottmann 271
Ott 424
Oens 357, 365
Pfanntuch 351, 366

Quard 224
Quelch 183

Rag 281
Rauch 408, 409
Reich 400
Rosenfeld 299
Runge 411
Ryffel 276, 405

Saße 296
Sassen 245
Sautob 176
Südekum 291
Süßheim 222, 270
Simon-Nürnberg 359, 365,
368

Scheide 287, 394
Schäbel 311
Schmidt-Berlin 221, 264
Schubert 244, 365
Schulz 277, 400, 403
Schwenf 271
Stadthagen 297, 305, 309,
311, 369
Stein 178
Stelling 272, 357
Stengel 275
Stube 252, 290

Topalovic 185

Ulrich 373

Wanderjüssen 185

Walther-Nürnberg 227
Weber-Griesheim 260
Weiß 360
Weiß 228
Wolff, Döhlen 296

Wetlin 219, 261, 266, 287
Wichsch 368
Wieg 253, 276, 327

Ergebnis der Abstimmungen über die dem Parteitag vorgelegten Anträge.

(Fortlauf der Anträge Seite 150 bis 163. Zusammenstellung der angenommenen Anträge Seite 471 bis 475. Die Zahlen in Klammern bezeichnen die Seitenzahlen, auf denen die Resultate der Abstimmungen zu finden sind.)

Nicht genügend unterstützte Anträge.

2 5 8 (175) **10 17** (208) **26** (400) **31** (170) **46 50** (290) **51 67** (400)

Durch Abstimmung oder Erklärung erledigte Anträge.

3 (174) **19 20 21 22 29 I** (368) **57** (408) **60** (411) **64 66** (270)

Zurückgezogene Anträge.

1 4 6 7 9 11 (265) **13** (203) **23** (170) **47 49** (290) **55** (269)
56 (407) **59** (411) **62** (175) **65** (399) **69** (375)

Abgelehnte Anträge.

14 16 18 (170) **28 29 II** (368) **54** (401) **63** (270) **82** (350)

Dem Parteivorstand überwiesene Anträge.

12 15 (270) **32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43**
44 45 (177) **52** (400) **58** (411) **68** (403)

Der Zentralstelle für die arbeitende Jugend überwiesene Anträge.

24 25 69 (286) **76** (286)

Der Kommission zur Reorganisation des Parteivorstandes überwiesene Anträge.

78 (405)

Angenommene Anträge.

27 (368). **30** (369) Märfeler. **48** (299) Parlamentarisches. **53** (401) Schnaps-Bohloft. **61** (411) Ort des Parteitages. **70** (400) Reichstagswahl. **71** (350) Marokko. **72** (299) Protest gegen Lebensmittelwucher. **73** (270) Reorganisation des Parteivorstandes. **74** (319) Württemberg. **75** (286) Jugendbewegung. **77** (299) Interpellation wegen Lebensmittelwucher. **79** (299) Internationale Verbindungen. **80** (408) Zarismus. **81** (400) Englisch-deutsche Beziehungen. Resolution des Frauentages zur Mutter- und Säuglingsfürsorge (391).

Zuschriften und Telegramme.

Altona. Arbeiterabstinenten. — Amsterdam. Sozialdemokratische Partei Hollands. — Berlin. Leser der „Arbeiter-Jugend“. — Berlin. Leser und Distriktsleiter Paul Singer. — Bern. Sozialdemokratische Partei der Schweiz. — Brüssel. Zentralkomitee der Sozialdemokratie Lettlands. — Budapest. Parteileitung der ungarländischen Sozialdemokratie. — Sofia. Sozialdemokratische Arbeiterpartei Bulgariens. — Genf. Auslandskomitee des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland. — Graßensee. Genossen der Heilshütte. — Haag-Scheveningen. Internationale Konferenz sozialistischer Abstinenten. — Helsingfors. Sozialdemokratische Partei Finnlands. — Kopenhagen. Dänische Sozialdemokratie. — Kristiania. Norwegische Sozialdemokratie. London. Independent Labour Party. — Lüneburg. Beim Kreisfest versammelte Parteigenossen. — Leipzig. Zentralvorstand des Arbeiter-Radsfahrerbundes. — Nürnberg. Arbeiter-Esperanto-Gruppe. — Paris. „Rabotshaja gazeta“, russisches sozialdemokratisches Arbeiterblatt. — Paris. Parti socialiste révolutionnaire russe. — Paris. Redaktion „Socialdemokrat“, Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. — Paris. Zentralbureau ausländischer Gruppen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. — Petersburg. Redaktion „Rascha Saria“. — Radeberg. Genossen des Genesungsheims Augustusbad. — Stockholm. Schwedische Sozialdemokratie.

Gäste auf dem Parteitag.

Oesterreich: Viktor Adler, Anton Schäfer, Johann Grassinger.
Tschecho-Slawische Sozialdemokratie: Soukop.
Tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich: Stein.
Auslandskomitee der russischen Sozialdemokratie: Kzelrod.
Französische sozialdemokratische Partei: Braçe.
Englische sozialdemokratische Federation: Duclch.
Holländische sozialdemokratische Partei: Unterjmit.
Belgische sozialdemokratische Partei: Wandersmissen.
Serbische und bosnische sozialdemokratische Parteien: Topalovic.

Sachregister des Parteitagcs.

Abbe, Prof., Niederlegung von Blumen am Denkmal 175.
 Abgeordnetenhaus, Wahl in Oesterreich 59.
 Abonnementversicherung 121.
 Abrüstungsfrage 170.
 —, Kritik der 207.
 Abrüstungsresolution 133.
 Abrüstungsverhandlungen 132.
 Absolutismus, Interpellation betr. 86.
 Agadir, Entsendung des „Panther“ 169.
 Agitation, Anträge betr. 150.
 — zur Auffklärung über Marokkolrisse 25.
 — für die Binnenländer 189.
 — gegen Dreiklassenwahlrecht 25.
 — des Stollenvereins 171.
 — auf dem Lande 269.
 — unter den Landarbeitern 25.
 — betr. Maifeier 25.
 — gegen Moabitcr Polizei 25.
 — gegen Reichsversicherungsordnung 24, 25.
 — unter Verwandten auf dem Lande 223.
 — gegen das Zentrum 223.
 Agitationsbroschüren, Billige Preise der 272.
 — Preise der 223.
 Agitationsbücher, Umfang der 260.
 Agitationsliteratur, Ausbau der 223.
 Agitationsmaterial 25.
 Agitationsmethoden des Zentrums 223.
 Agrarfrage 16.
 Aktion, Durchführung einer 256.
 Algeriasakke 169, 337.
 Algeriakonferenz 337.
 Altkatholiken, Politik der 340.
 Angelegtesten der Partei, Gehälter der 367.
 Anträge betr. Agitation 150.
 —, Erledigung der vom Parteitag 1910 angenommenen 16.

Anträge betr. Genossenschaftsfrage 157.
 — betr. Jugend = Agitation 152.
 — betr. Maifeier 152.
 — betr. Manifestum 157.
 —, Nachträglich eingegangene 160.
 — betr. Organisation 151.
 — betr. Ort des nächsten Parteitages 158.
 — betr. Parlamentarisches 155.
 — betr. Partei- und Gewerkschaftsfrage 157.
 — betr. Pressen-Literatur 153.
 — betr. Sammlungen bei Katastrophen 157.
 — betr. Schnapsgegenug 157.
 — betr. Schnapsimierate 157.
 — betr. Tagesordnung des Parteitages 150.
 — betr. Tagesordnung des nächsten Parteitages 153.
 Arbeiterbewegung, Chajskonto der 59.
 Arbeitergenossenschaften, Bekämpfung der 383.
 „Arbeiter-Jugend“, Abonnenten 23.
 —, Abonnentenland der 197.
 —, Ausbeutung der 278.
 Arbeitspolitik des Zentrums 141.
 Arbeiterschutz in der Großindustrie 140.
 Arbeiterversicherung, Ursprung der 82.
 Arbeitskammengesetz 95, 115.
 Arbeitslosenfürsorge für vorübergehend Arbeitslose 118.
 Arbeitsruhe am 1. Mai 360.
 Arbeitszeit in Feuerbetrieben 140.
 — in Ruhgeschäften 138.
 Armece, Schlagfertigkeit der 383.
 Ausfuhrprämien 124.
 Auswanderungspolitik 292.
 Ausländische Beziehungen 392.
 Ausländische Gäste, Begrüßung der 175.

Ausnahmegesetze 132.
 — gegen loz. Stufenbeamte 142.
 — gegen die Sozialdemokratie 13.
 Ausschlußanträge 19.
 Ausschlußsachen, Berufungen in 19.
 Bäderverordnung 137.
 Bädereisen, Wohnungs- verhältnisse der 137.
 Badische Distrikterläufe 375.
 Bayern, Kompromiß mit dem Zentrum 379.
 Beerenleiche 145.
 Beihilfsunterstützung für Genossein Krey-Graner 376.
 Beihilfsunterstützung 287.
 Beitragspflicht 199.
 Bekleidungsämter, Verschwendung in 111.
 Berichtserstattung vom Parteitag 399.
 Berufsvereine, Rechtsfähig- keit der 116.
 Beschwerdef Kommission, Be- richt der 409.
 —, Wahl der 174.
 Beilein, Verletzung des 97.
 Bildungsausschuß 47.
 —, Kunstlabende 50.
 —, Schriftenvertrieb 53.
 —, Vorkursstulle 50.
 —, Wanderturse, Besucher- zahl 53.
 —, Wissenschaftliche 51.
 Binnenkäufer, Agitation für die 189.
 Bloß, Schwarz-Blauer 84, 289.
 Borknapiere, Zulassung ausländischer 103.
 Bohrung, Holzzeit in 301.
 Botschüren, Festsetzung der Preise 224.
 —, Herstellung billiger 232.
 Breitenwider und Gottesgnaden- tum, Broschüre betr. 95.
 Buchdruckerkonfikt 210, 241, 261.
 —, Schlußartikel des „Korre- spondent“, 210.
 —, Stellungnahme der „Soltarbeiter-Ztg.“ 210.

Buchdruckerverband, Gau- vorsteherkonferenz 226.
 —, Rolemit gegen 191.
 Buchhandlung, Vormärts, Neuerscheinungen 45.
 —, Preisfestsetzung 271, 273.
 Bund der Landwirte, Ver- sammlungen des 188.
 Bürgermeisterwahl Hofschied bei Solingen 38.
 —, Ober-, in Siuntgart 38.
 Bureauangestellte, Arbeits- verhältnisse 116.

Cafablanca 338.
 China und Deutschland 337.
 Delegationspflicht der Frauen 240.
 Delegierten, Wahl weiblicher 254.
 Delegiertenwahl, einheitliche 254.
 Demokratie und Kritik 256.
 Diäten, Herbstfestion 146.
 Diätengesetz 146.
 Diskutierklub, Bahische 375.
 Dreiklassenwahlrecht, Agita- tion gegen 25.

Einflußfrage 134.
 —, Aufhebung der 291.
 Einführungsgezet zur Reichs- versicherungsordnung 142.
 Einkommensteuer 134.
 Eisenbahnarbeiter, Wespige- hung der 128.
 Eisenbahnbeamte, Dienstzeit der 189.
 Elfaß-Lotzringen, Verfassung 147.
 —, Verfassungskampf in 21.
 Erbklasssteuer 172.
 Erziehungssparagrah, Auslegung des 98.
 Etat des Auswärtigen 133.
 —, dritte Lesung des 140.
 —, Generaldebatte zum 9.
 — der Marine 103.
 — des Reichsamts d. Innern 115.
 — des Reichsanzlers und der Reichsanzeig 129.
 — für Sozialpolitik 115.
 —, zweite Lesung des 103.
 Etatsanwurz 1911/12 90.

Finanzreform, Erfolg der 381.
 —, Handbuch betr. 25.
 —, Totalität der 383.
 Finnland, Sympathie für Proletariat 407.
 —, Unabhängigkeit 133.
 Fischölle, Einführung der 118.
 Fleischnotinterpellation 71.
 Fleischsteuer 291.
 Fleischölle 134.
 Flottenverein, Agitation des 171.
 Flottenvorlage in Frankreich 385.
 —, Neue 171, 384.
 Flugblatt zur Marokkoaktion 267.
 Flugblätter, Multitierte 396.
 Flugblattentzwei 200.
 Flugschriften, Preis der 270.
 —, Zahl der 270.
 Fortbildungsschulzwang 116.
 Frauen, Delegationspflicht von 240.
 Frauenbewegung 19.
 —, Agitation der Parteizeit- ungen 21.
 —, Agitationsstouren 21.
 —, Aufführung der 187.
 —, Diskussions- und Leses- abende 21.
 —, Flugblätter 21.
 —, Frauen als Vorstands- mitglieder in Wahlverei- nen 22.
 —, Hausagitation 21.
 —, Lehrkurse für Funktio- närinnen 22.
 —, Aufnahme der weiblichen Mitglieder 21.
 Frauennag, Sozialdemokra- tischer 20.
 Frauenwahlrecht 21.
 Friedensdemonstrationen in Brüssel 216.
 — der französischen Sozial- demokraten 21.
 — der Generalkommission 218.
 — in London 59.
 — im Kreptower Park 194.
 Friedensüber, Durchführung in der 140.
 Friedensunterbindung der Ge- werkschaften 209.
 Futtermittel, Ermäßigung der Tarife 292.

Gauhvorsteherkonferenz der Buchdrucker 209, 226.
 Gestügel, Einfuhr von 387.
 Gehälter der Parteilange- stellten 367.
 Geheimdiplomatie 295.
 Geheimartikel 234, 235.
 —, Veröffentlichung des 190.
 Gemeindefrantentafeln 321.

Gemeinde, Tätigkeit in der 293.
 Gemeindevertreter 270.
 Gemeinbewähler 37.
 — in Bayern 227.
 Gemeinewohnsitzklausel 147.
 Generalkommission, Geheim- artikel 227.
 Generalkreis 213.
 Genossenschaften der Arbeiter, Bekämpfung der 386.
 —, Landwirtschaftliche 293.
 — und Partei 401.
 Genossenschaftsfrage, An- träge betr. 157.
 Genossenschaftsresolution, Zurückziehung der 402.
 Genossenschaftswesen, Bäuer- liches 386.
 Gerichtsvorfassungsgezet 98.
 Geschäftsbericht des Vor- standes, Diskussion 203.
 Geschäftsjahreskonferenz 16.
 Geschäftsjahresgenossenschaften, Monographien betr. 274.
 Geschworenengerichte, Be- schränkung der 98.
 Gezeitkauerf gegen Tier- quälerei 97.
 Gewerbe- u. Fabrikinspektion 141.
 Gewerkschaften, Anschluß an 293.
 Gewerkschaften und Hygiene- ausstellung 121.
 Gewerkschaften, Französische, Friedensdemonstration der 226.
 Gewerkschaftskongreß in Stölin 168.
 Gewerkschaftsschule, Anträge betr. 157.
 Gleichheit, Die, Einnahmen und Ausgaben 45.
 —, Verbilligung betr. 271, 276.
 Gottesgnadentum und Brot- winder, Broschüre betr. 95.
 Grenzen, Bestimmung der 291, 294.
 Grenzsperrern 134.
 Gröber, Leg 128.
 Großindustrie, Arbeiterschutz in der 140.
 Grubentraktoren 118.

Handbuch der Reichstags- fraktion 299.
 Handbücher 247.
 —, Umfang der 260.
 Handelsverträge 291.
 —, Ablauf der 388.
 Handlungsgehilfen, Bro- schüre für 169.
 Handwerkerliste, Konfer- ranz betr. 94.
 Handwerkerliste 104, 141.
 Heypatrioten 295.

Silbklaffenesez, Aufhebung des 143.
 Hinterbliebenenversicherung 123.
 Gottenottenblock 289.
 Gottenottenmarch 377.
 Hungersnot 291, 293.
 Hüttenarbeiterstreik 141.
 Ausnahmesezelle gegen die Sozialdemokratie 93.
 Hygieneausstellung und Gewerkschaften 121.
 Jacob, Der wahre, Einnahmen und Ausgaben 44.
 Japan, Fußgänger in 140.
 —, Nebeneinkommen mit 145.
 Jüdische Zeitung, Schaffung einer 276.
 Jmpffrage 16, 137, 297.
 Jmpfgegner 289, 296.
 Jmpfgesetz 137, 289.
 Jmpfwang 289, 296.
 Indistraction 261.
 Inzener betr. Schnapsboykott 401.
 —, Verpachtung der 277.
 Internationale Pflichten 216.
 Internationaler Kongreß Kopenhagen 69.
 —, Stuttgart, Militärresolution 376.
 Internationales Bureau, Friedensdemonstration 253.
 —, Mitteilungen des 248.
 —, Nichtigstellung 471.
 Interpellation, betr. Reichsnot und Kaiserreden 84.
 Jugendagitation, Anträge betr. 152.
 Jugend, Zentralfstelle der arbeitenden 277.
 Jugendausschüsse 23.
 —, Zusammenlegung der 16.
 Jugendbewegung, Abneigen der Arbeiterjugend 23.
 —, Agitationskräfte 281.
 —, Aufschwung der 187.
 —, Ausgaben der Zentralfstelle 24.
 —, Bildungsveranstaltungen 23.
 —, Korrespondenzblatt 286.
 —, Jugendausschüsse 23.
 —, Jugendheime 23.
 —, Jugendwebr 283.
 —, Katholische 282.
 —, Korruptionsfonds der Regierung 283.
 —, Literatur zur 24.
 —, Schulaufsichtsbehörden 283.
 —, Sekretär 281.
 —, Zentralfstelle 24.
 Jugendheime 23.
 Jugendklub, Militärische 279.

Jugendliche Arbeiter, Beschäftigung unter Tage 118.
 Jugend, Militärische Organisation der 188.
 Jugendorganisationen, Bekämpfung der 279.
 —, Vernichtung der 105.
 Jugend, Schulklasse 280.
 Justizetat, Beratung 105.
 Kabinettspolitik 295.
 Kaiserl. Politik, Opposition gegen 172.
 Kaiserrede in Hamburg 171.
 —, Königsberger 83.
 Kalender für Binnenschiffer 189.
 Kalldebatte 136.
 — im Reichstag 113.
 Kalkfords 123.
 Kalkfalte, Löhne der Arbeiter 114.
 Kanalamt 122.
 Kanalgesetz 88.
 Kasernenbericht 65.
 Kautschou 104.
 Kinderschutzkommissionen, Tätigkeit der 23.
 Kindersterblichkeit in Großstädten 291.
 Kleinarbeit, Wichtigkeit der 188.
 Kleinwohnungen, Forderung der 116.
 Koalitionsrecht der Arbeiter in Staatsbetrieben 127.
 —, Raub des 388.
 —, und Strafgesetz, Broschüre betr. 388.
 Kohleneinfuhrzölle 118.
 Kolonialbeamtensez 145.
 Kolonialbudget 136.
 Kolonialetat 125.
 Kolonialfrage, Aufstellung der 350.
 Kolonialgesellschaften 335.
 Kolonialpolitik 333.
 —, Behandlung der Eingeborenen 126.
 Kolonialschwindel 293.
 Kolonialverbrechen 334.
 Kolporteurs, Versicherung der 16.
 „Kommunale Praxis“, Abonnentenstand 46.
 —, Einnahmen und Ausgaben 46.
 —, Verbüßung der 271, 272, 276.
 Kommunalpolitik, Sekretär für 241.
 Konferenz sozialdemokratisch, Nebakture 190.
 Konkurrenzauflauf 116.
 Konsumgenossenschaften, Aufschuß an 294.
 Konsumvereine u. Partei 401.
 —, Staatsbetriebe und 117.

Kontrolle der Parteigeschäfte 246.
 Kontrollkommission, Orientierung derselben 202.
 —, Revision der Parteigeschäfte 203.
 —, Tätigkeit der 202.
 Kopenhagen, Internationaler Kongreß 69.
 Krankenkassenkongreß 143.
 Krankenversicherung, Kosten der 115.
 Krey-Gräner, Genossin, Beileidskundgebung für 376.
 Krieg in Deutschland, Dedung der Kosten 382.
 —, Kampf gegen den 213.
 Kriegsheer, Aktion gegen die 245.
 —, Erleichterung ihrer Tätigkeit 255.
 Kriegsschiffe, Neubau von 382.
 Kritik und Demokratie 256.
 Kulturbilder 271.
 —, Illustrationen der 272, 275.
 —, Verbreitung der 275.
 Kulturkampf 378.
 Kurpfuscher, Gefekentwurf gegen 88, 89.
 Landagitation, Beachtung der 275.
 —, und Reichsversicherungsordnung 275.
 —, auf verwandtschaftlicher Grundlage 245.
 Landarbeiter, Agitation unter den 25.
 Landarbeiterorganisation, Fortschritte der 189.
 Landeskameralen, Sekretär für 241.
 Landtagswahl in Bayern 227.
 —, Nachwahlen in Bayern 24.
 —, in Braunschweig 35.
 —, Nachwahl in Götting 35.
 —, in Meiningen 35.
 —, Nachwahlen in Preußen 33.
 —, Nachwahl in Sachsen 34.
 —, Nachwahlen in Württemberg 35.
 Landwirtchaft, Revolutionierung der 387.
 —, und Sozialdemokratie, Herausgabe einer Schrift 271.
 Lebensbedürfnisse, Preissteigerung der 172.
 Lebensmittelerzeugung 20.
 —, Profiteurversammlungen gegen 294.
 Lebens- und Genussmittel, Preissteigerung der 291.

„Leipziger Volkszeitung“, Kritik d. Marokkoflugblatts 207.
 Lesende, Leitfaden betr. 22.
 Liberale, Reaktionsäre Haltung 389.
 Liebesgaben 134.
 Liebesgabenpolitik 20.
 Loßpigelum 93.
 Maiferer 190, 351.
 —, Abstimmung der Anträge 368.
 —, Agitation betr. 25.
 —, Anträge betr. 152.
 —, Arbeitsruhe 360.
 —, Aufhebung des Nürnberger Beschlusses 352, 357.
 —, Ausprägungen 237.
 —, Beharrliche Weigerung gegen Nürnberger-Beschluß 366.
 —, Berechtigung des Nürnberger Beschlusses 365.
 —, Beteiligung an der 40.
 —, Buchbruderatt 367.
 —, Ringblatt betr. 15, 366.
 —, Fortschritte der 366.
 —, beim Gewerkschaftskongreß in Köln 168.
 —, Initiative der leitenden Anhängen 357.
 —, Meinungsverschiedenheiten betr. 352.
 —, Nürnberger Beschl. 361.
 —, u. d. Buchbruder 364.
 —, —, und Konsumvereinsangehörte 364.
 —, Umfang der 351.
 —, Unterstützungsstellen 351.
 —, Zurückziehung von Antrag 30 368.
 Mandatsprüfungen 300.
 Mandatsprüfungskommission, Wahl der 174.
 Mannesmaat 246.
 Marinemat 108.
 „Marine-Mundschau“, Wahrheitsliebe der 141.
 Marokkobrenner 247.
 —, Interpellation betr. 288.
 —, zu Wählweden 262.
 Marokkofläre 224.
 —, und Kreisblätter 224.
 Marokkolantritt des Parteivorstandes, Abbruch in der Parteipresse 253.
 Marokko, Besetzung von 242.
 Marokkodemontationen mit Franzosen 226.
 —, Flugblatt betr. 393.
 Marokkoflugblatt, Kritik am 193.
 —, in der „Leipziger Volkszeitung“ 207.
 Marokkofrage 169, 333.
 —, Aufsatz betr. 193.

Marokkofrage, Behandlung in Verammlungen 193.
 —, Ernste Bedeutung der 255.
 —, Revolution der Kriegshcker 343.
 —, Schwelgepolitik 344.
 —, Stellungnahme Lloyd Georges 343.
 —, Tätigkeit des Parteivorstandes 193.
 —, Umfrage betr. 341.
 Marokko, Französische Demonstration 197.
 —, Handelsausfichten in 336.
 Marokkohandel, Situation im 262.
 Marokkokonferenz 207, 215.
 Marokkopolitik, Aufsatz des „Vorwärts“ 237.
 —, Bedeutung des 233.
 —, Korrespondenz betr. 192.
 Marokkofreie 15, 170.
 —, Agitation 25.
 Marokko, Naturreichtum von 335.
 —, „Panther“-Entsendung 340.
 Marokkopolitik, Stellung Englands 334.
 Marokkorummel, Anträge betr. 157.
 Marokko, Stellung der englischen Sozialdemokraten 239.
 —, Stellung der Nationalliberalen 341.
 —, Zangereise des Kaisers 336.
 —, Temperatur in 387.
 —, Unruhen in 338.
 Marzfest 411.
 —, Benchmen der Studenten 400.
 Massenaktion 283.
 Massenaktionen 350.
 Massentritt 207, 345.
 —, in England 172.
 —, und Friedensdemonstration 244.
 —, beim Kriegsausbruch 238.
 —, Politischer 168.
 Meinedsprogeß, Eisener 106.
 Militärarbeiterverhältnisse 111.
 Militäratsdebatte 109.
 Militärische Jugendklubs 279.
 Militarismus, Agitationsmaterial gegen 15.
 —, Kampf gegen 108.
 Militärminister 141.
 Militärinquennat 383.
 Militärvorlage, Abstimmung betr. 109.
 —, Beratung der neuen 106.
 —, Finanzielle Dedung 107.
 —, Friedenspräsenzstärke 107.

Mißhandlungsparagraf, Schugalter betr. 97.
 Mitgliederzahl 17.
 —, Männliche Mitglieder 17.
 —, Polnisch-sozialistische Partei 19.
 —, Weibliche Mitglieder 17.
 Mitgliederzunahme 187.
 Mitleid, Pakt der 381.
 Moabit 59, 84, 93.
 —, Gehe der bürgerlichen Presse 84.
 Mosbier Strawalle, Kundgebungen gegen 25.
 Moabit im Reichstage 92, 132.
 —, Unruhen in 13.
 —, als Wahlparole 13.
 Modebeilage zur „Gleichheit“ 16.
 Modezeitung 16.
 Montagsausgabe des „Vorwärts“ 16.
 Muttertag 20.
 Mutter- und Säuglingschutz, Resolution betr. 397.
 Nachwahlen zum Reichstag 26, 83.
 „Neue Welt“, Ausstattung der 271, 273, 276.
 —, Inzerate 277.
 „Neue Zeit“, Abonnentenstand 44.
 —, Einnahmen und Ausgaben 44.
 Niederlassungsvertrag, Schweizerischer 145.
 Notstand 288.
 —, Befähigung durch den Kaiser 336.
 —, Beseitigung des 280.
 Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart 37.
 Organisation 17.
 —, Anträge betr. 151.
 Organisationen, politische 299.
 Organisationsstatut 254.
 Ort des nächsten Parteitages, Anträge betr. 158.
 Oesterreichische Probleme 178.
 Ostmarkenvorlage 114.
 Parlamentarischer Bericht 287.
 Parlamentarisches, Anträge betreffend 155.
 Parlamentarismus, Ueberlegung des 313.
 Partei und Gemeindefasten, Differenzen zwischen 190.
 Parteiaussteller, Gehälter der 367.
 „Partei-Korrespondenz“ 25.
 —, Ausbau der 198.
 —, Erweiterung der 66.
 —, Welterung der 16.

Parteilgeschäfte, Kontrolle der 246
 Parteistatistiken, Kontrolle der 246
 Parteistatistiken, Kontrolle der 246
 Bildungsausschuss 47.
 —, Buchhandlung Vorwärts 45.
 —, Parteischule 45.
 —, Parteikasse, Ausgaben 66.
 —, Bericht über die Einnahmen und Ausgaben 66.
 —, Einnahmen 66.
 Parteileitung, Reorganisation der 209.
 Parteilorganisationen, Zahl der 17.
 Parteipresse 41.
 —, „Die Gleichheit“ 45.
 —, „Mittlerzeitung“ der 272.
 —, „Die Neue Zeit“ 44.
 —, Pressebureau 42.
 —, Strafkonto 57.
 —, Unabhängigkeit der 191.
 —, „Vorwärts“ 43.
 Parteisekretäre, Anstellung neuer 269.
 —, Anstellung von Genosseninnen 405.
 —, Tätigkeit der 404.
 —, Ueberlastung der 404.
 Parteischule 45.
 —, Anträge betr. 157.
 —, Befestigung der 400.
 —, Unterweisung der 65.
 Parteitag, Ergebnis des 412, 442.
 Parteitagreferate, Drucklegung der 17.
 Partei, Die Toten des Jahres 60.
 Parteivorstand, Aktionsfähigkeit des 232, 209, 236.
 —, Angriffe gegen 192.
 —, Anschauungen über Weltpolitik 264.
 —, Art der Kritik am 224.
 —, Aufsatz des 220.
 —, Bedeutung der internationalen Konferenzen 239.
 —, Bericht über die Kasse 198.
 —, Kommission zur Reorganisation des 223.
 —, Diskussion zur Wahl 372.
 —, Geschäftliche Stammpresse gegen 222.
 —, Geheimzirkular des 234, 235.
 —, Imperialistische Politik 222.
 —, Internationale Beziehungen des 233.
 —, Kritik am 195.
 —, Recht der Kritik 219.
 —, Reorganisation des 263.
 Parteivorstandsbureau, Vereinigung mit Frauenbureau 16.

Parteivorstandsfretäre, Gehalt der 410.
 —, Vermehrung der 232.
 Parteivorstandssitzungen 195.
 Parteivorstandswahl, Gründe für die Kandidatur Haase 374.
 —, Vorschläge zur 372.
 —, Unzufriedenheit gegen 173.
 —, Vergrößerung des 223.
 —, Verhalten zur Chinarikis 206.
 —, Verhärtung des 214.
 —, Verspätete Stellungnahme zum Maratoffonist 220.
 —, Wahl des 410.
 Parteizeitungen, Kontrolle der 269.
 Parteizeitschrift 146.
 Petitionskommission 137.
 Petitionsrecht im Reichstage 288.
 Pluralwahlrecht in Elsass-Lothringen 146.
 Podenanstaltung 296.
 Politisch-sozialistische Partei 19.
 Postverwaltung 113.
 Preissteigerung der Lebensbedürfnisse 172.
 Pressebureau, Ausgestaltung des 272, 273.
 —, Auslandsdienst 197.
 —, Einnahmen und Ausgaben 42.
 —, Sozialdemokratisches 41, 197.
 Presse und Literatur, Anträge betr. 153.
 Preßbeihilfe bei Geschworenen-gerichten 99.
 Preßnebelung 97.
 Preßunterstützungen 65.
 Privatbeamte und Sozialdemokratie 411.
 Privatbeamtengehalt 189.
 Privatversicherung, Amt für 143.
 Probleme, Oesterreichische 178.
 Proletarierkrankheit, Vortrag betr. 119.
 Putzgeschäfte, Arbeitszeit in 138.
 Reichsbedingte, Wingeresetz gegen 89.
 Reichsfähigkeit der Berufsvereine 116.
 Reichsamt des Innern, Etat 115.
 Reichsarbeitsamt, Forderung betr. 95.
 Reichsberggesetz 118.
 Reichseisenbahnen, Verwaltung der 127.

Reichsfinanzreform 14.
 —, Handbuch betr. 16.
 Reichsgesundheitsamt 119.
 Reichshaushalts-Entwurf für 1911/12 90.
 Reichskriegsamt, Etat der 129.
 Reichskriegsamt, Etat des 129.
 —, Verantwortlichkeit 87, 288.
 Reichspostetat 112.
 Reichspostverwaltung 113.
 Reichsrecht, Verletzungen des 145.
 Reichsschulmuseum 118.
 Reichstag, Auflösung 1906 378.
 —, Beratung des Etats 1912 385.
 —, Betrieb im 120.
 —, Herbstsession des 14.
 —, Nachwahlen zum 28.
 —, Neuenberufung des 377.
 —, Neue Aufgaben des 384.
 —, Wähler von 1907 377.
 Reichstagswahl, Urnen zur 139.
 Reichstagswahlen, Anordnungen an Zentralkasse 200.
 —, Arbeitsruhe am Wahltag 394, 399.
 —, Aufmarsch zu den 263.
 —, Ausbau der Organisationen 390.
 —, Die Bürgerlichen bei den Stichwahlen 391.
 —, Illustrierte Flugblätter 396.
 —, 1907, Jubel der Bürgerlichen 377.
 —, 1907, Jubel bei den Liberalen 378.
 —, Kampf gegen das Zentrum 396.
 —, Kritik betr. Stichwahlakt 398.
 —, Optimismus betr. 390.
 —, Schwindel der Christlichen Führer 396.
 —, Stellung der Christlichen Gemeindeführer 393.
 —, Stichwahlparole 390.
 —, Stichwahlpolitik 394, 393.
 —, Termin der 376.
 —, Wahlarbeit 393.
 —, Wichtigkeit ausländischer Beziehungen 392.
 Reichstheatergesetz 158.
 Reichsverfassung, Verletzung der 145.
 Reichsversicherungsamt 120.
 Reichsversicherungsordnung 14, 84, 115, 143, 149.
 —, Agitation gegen 24, 25.
 —, Aktion gegen die 233.
 —, Arbeit der Fraktion 324.
 —, Behandlung d. Mütter 21.
 —, Betriebskrankenkassen 330.

Reichsversicherungsordnung, Einführungsgezet 325.
 —, Einschränkung der Rechte der Arbeiter 323.
 —, Erhöhung der Versicherungsgrenze 325.
 —, Handbuch betr. 16, 25, 228.
 —, Herabsetzung der Altersgrenze 324.
 —, Invalidenversicherung 323.
 —, Kosten der 325, 326.
 —, Landkrankenkassen 329.
 —, Mißstände in „sozialdemokratischen“ Krankenkassen 331.
 —, Mutterschutz 323.
 —, Rede des Grafen Westarp 324.
 —, Selbstverwaltung bei der Krankenversicherung 330.
 —, Sozialdemokratische Forderungen 326.
 —, Stellung der bürgerlichen Parteien 321.
 —, Stillgeld 322.
 —, Unfallversicherung 323.
 —, Waisenrente 325.
 —, Witwenrente 325.
 —, Wöchnerinnenenschutz 324, 329.
 —, Aufmarsch zu den 263.
 —, Ausbau der Organisationen 390.
 —, Die Bürgerlichen bei den Stichwahlen 391.
 —, Illustrierte Flugblätter 396.
 —, 1907, Jubel der Bürgerlichen 377.
 —, 1907, Jubel bei den Liberalen 378.
 —, Kampf gegen das Zentrum 396.
 —, Kritik betr. Stichwahlakt 398.
 —, Optimismus betr. 390.
 —, Schwindel der Christlichen Führer 396.
 —, Stellung der Christlichen Gemeindeführer 393.
 —, Stichwahlparole 390.
 —, Stichwahlpolitik 394, 393.
 —, Termin der 376.
 —, Wahlarbeit 393.
 —, Wichtigkeit ausländischer Beziehungen 392.
 Reichstheatergesetz 158.
 Reichsverfassung, Verletzung der 145.
 Reichsversicherungsamt 120.
 Reichsversicherungsordnung 14, 84, 115, 143, 149.
 —, Agitation gegen 24, 25.
 —, Aktion gegen die 233.
 —, Arbeit der Fraktion 324.
 —, Behandlung d. Mütter 21.
 —, Betriebskrankenkassen 330.

Singer, Nachruf für 174.
 Soldatenrecht, Koalitionsrecht, Beschuldigung 388.
 —, Neues deutsches 388.
 —, Verjährung des 290.
 Strafgesetzbuchnovelle, Beratung der 297.
 Straftatlosh der Arbeiterbewegung 57.
 Strafvollzug, Folgen des 105.
 Strafvollzugsteuere 94.
 Einbürgerung, Einbürgerung, Ungültigkeitserklärung der 301.
 Tabakarbeiter, Arbeitslohn 135.
 Zablakauer 135.
 Tagesordnung des nächsten Parteitag, Anträge betr. 158.
 — des Parteitag, Anträge betreffend 150.
 Zeitliche Angestellte 139.
 Zempelhofer selbst, Veränderung des 112.
 Zeitung 385.
 Zierbacher, Gesetzentwurf betr. Beteiligung der 145.
 Zierquaderer 298.
 —, Gesetzentwurf gegen 97.
 Zelen, Linere 60.
 Zerrupf, Agitationsmaterial gegen 15.
 Zingau 104.
 Zins, Schuldherrschaft über 335.
 Zirkular, Verfolgung sozialdemokratischer 108.
 Neberdörfen 387.
 Urnen zur Reichstagswahl 139.
 Vereinsgesetz, Interpellation betr. Handhabung des 289.
 Verfassung, Veränderung der 288.
 — im Elsass, Altersprivileg 147.
 — in Elsass-Lothringen, Proporz 147.
 — Sozialdemokratische Erklärung 148.
 Verfassungsfrage, Elsass-Lothringische 289.
 Verfassungstempel 21.
 Vergiftungen, Gemeinliche 120.
 Verhältnisse in Württemberg 375.
 Verletzung der Nationen, Proteste gegen 393.
 Vermögenssteuer 172.
 Versammlungen des Bundes der Verbände 188.
 Verjährung der Kolportage 16.

Versicherungskämter, Beseligung der 322.
 — für Staatsbetriebe 321.
 Versicherungsvereinigungen, Verstaatlichung der 322.
 Versicherungsgrenze 321.
 Verkrankte Zusammenkünfte, Notwendigkeit der 217.
 Veteranenbeihilfe 142.
 Volksvertretung in Rußland 170.
 „Volkswacht“, Breslau, Strafregister der Redaktion 105.
 Vorstandswahl, Diskussion zur 371.
 Vortragsturse des Bildungsausschusses 49.
 „Wormärs“, Abonnementstand 43.
 — Aufruf zum Maroffkonnflikt 237.
 —, Einnahmen und Ausgaben 43.
 —, Montagsausgabe 16.
 —, Ueberblick 43.
 Wortwärts-Buchhandlung, Neuerscheinungen 45.
 —, Preisfestsetzung 271, 273.
 Wagner, Ley 96.
 Wahl der Beschwerdekommision 174.
 — der Mandatprüfungskommission 174.
 — des Oberbürgermeisters in Stuttgart 37.
 Wahlbeeinflussung in Stuttgart 302.
 Wahlen zu den Gemeindeparlamenten 37.
 Wahlhilfe, Dank der Desterreicher 179.
 Wahlkampf in Rumänien 11.
 Wahlkreisorganisationen, Finanzgebarung der 201.
 —, Zahl der 198.
 Wahlparole durch kriegerische Verwickelungen 132.
 Wahlrechtsantrag in Bremen, Berichtlegung 30.
 Wahlrechtsbewegung 243.
 — in Braunschweig 31.
 — in Bremen 32.
 — in Elbfloßungen 32.
 — in Essen 32.
 — in Mecklenburg 31.
 — in Preußen 15, 29.
 — in Schwarzburg-Rudolstadt 33.
 Wahlrechtsfragen 266, 289.
 Wahlrechtsstempel 21.
 Wahlrechtsversammlungen 192.
 — und Friedensdemonstrationen 244.
 Wahlrechtszeitung der „Gleichheit“ 20.
 „Wahrer Jacob“, Einnahmen und Ausgaben 44.
 Waisen- und Witwenrost 122.
 Waisen- und Witwenversicherung 94, 108, 122, 134, 292.
 Waisenversicherung 20.
 Weltkrieg 216.
 Werkzunachsteuer 100.
 —, Antw. der Kommission 94.
 — und Landesfürsten 100.
 — und Landesherren 100.
 — und Veteranen 100.
 Wingergesetz gegen die Reichshädlinge 89.
 Witwen- und Waisenrost 122.
 Witwenversicherung 20.
 Witwen- und Waisenversicherung 94, 108, 122, 134, 292.
 Wöchnerinnenklub, Verweigerung des 280.
 Württemberg, Kündigung der Redakteure 315.
 —, Parteiverhältnisse in 313, 375.
 Zarentum in Rußland 170.
 Zarisismus, Kampf gegen 405.

Zehnstundentag 115.
 Zentralkasse, Ausgaben der 200.
 Zentrum, Arbeiterpolitik des 141.
 —, Kompromiß mit dem in Bayern 379.
 —, Politik des 379.
 —, Reaktionsneigung 389.
 — und Reichsversicherungsordnung 392.
 —, Stellung zum Fortbildungsschulgesetz 389.
 —, — zum Reichsverbrennungsgesetz 389.
 —, — zur Marofffrage 380.
 — zu Militär- und Flottenvorlagen 380.
 —, — zum preuß. Wahlgesetz 389.
 —, — zur Reichsversicherungsordnung 384.
 —, — zur Sozialpolitik 380.
 —, — zur Verteuerung der Lebensmittel 379.
 —, Steuerpolitik des 380.
 —, Versprechungen im Jahre 1907 395.
 Zivilliste, Preußische 384.
 Zivilmusiker 141.
 Zollbeamte, Besserstellung der 142.
 Zölle 291.
 —, Einnahmen durch 133.
 — auf Fleisch und Brot 134.
 — — Lebensmittel 291.
 —, Walfahrtstaxe 144.
 —, Steuern, Gebühren, Vorkontrag 91.
 Zolltarif, Dauer 388.
 Zuchthausgesetz gegen Sozialdemokratie 13.
 Zündholzfabriker 135.
 Zündholzsteuer 135.
 Zündwarengesetz, Novelle zum 145.
 Zündwarensteuer, Vorgehen gegen 94.

Präsenzliste der Frauenkonferenz.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Agnes, Lore	Düsseldorf	Düsseldorf
Andraßky, Luise	Riel-Gaarden	7. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Baader, Ottilie	Berlin	Vertreterin des Frauenbureaus
Baumann, Linchen	Mitton	8. und 10. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Bien, Maria	Berlin	Berlin 4
Blase, Theresie	Mannheim	Mannheim-Schwellingen
Bollmann, Minna	Halberstadt	Halberstadt-Weinigerode-Dieserleben
Brandenburg, Helene	Hamburg	Hamburg 3
Buchelt, Bertha	Stettin	Stettin
Buchmann, Maria	Kaulsdorf	Niederbarnim
Dittmann, Wilhelm	Solingen	Renner-Stemmscheid-Mettmann
Döhring, Marie	Berlin	Berlin 2
Dunder, Käthe	Stuttgart	Stuttgart
Düwel, Wilhelm	Berlin	Berlin 1
Eberle, Hugo	Bremen	Bremen-Söha-Seehe
Eichler, Minna	Eichenberg	Eichenberg
Ennenbach, Sofie	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Erlar, Selma	Hera	Neuß i. L.
Ewers, Elise	Hannover	8. hannoverscher Wahlkreis
Fahrenwald, Agnes	Berlin	Berlin 4
Fiedler, Ernestine	Weerane	17. sächsischer Wahlkreis
Grünberg, Helene	Nürnberg	Nürnberg-Altorf
Günther, Friederike	Bernburg	Unhalt 1 und 2
Güth, Luise	Erfurt	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück
Hanna, Gertrud	Berlin	Vertreterin des Arbeiterinnensekretariats
Hennig, Auguste	Leipzig	Leipzig-Neustadt
Hoffmann, Oskar	Eberfeld	Eberfeld-Barmen
Hofrichter, Adolf	Röln	Röln-Stadt und Land
Höfel, Anna	Chemnitz	16. sächsischer Wahlkreis
Jädel, Hermann	Berlin	23. sächsischer Wahlkreis
Juchacz, Marie	Nizdorf	Teltow-Beesfom-Storlow
Klubsch, Franz	Dortmund	Dortmund-Hörde
Klügel, Emma	Görlich-Lauban	Görlich-Lauban
Krause, Manilla	Lugau i. S.	19. sächsischer Wahlkreis
Lange, Martha	Hilfen	Hilfen
Ley, Anna	Dortmund	Dortmund-Hörde
Ludwig, Konrad	Hagen	Hagen-Schwelm
Lugenburg, Rosa	Berlin-Friedenau	Hagen-Schwelm
Maischke, Anna	Berlin	Berlin 6
Mauerer, Emilie	München	München 1 und 2
Meier, Richard	Niedenbach	22. sächsischer Wahlkreis
Michelsen, Peter	Flensburg	1. und 2. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Mih, Conrad	Mülheim	Mülheim-Wipperfürth
Möller, Curt	Harburg	17. hannoverscher Wahlkreis
Müller, Robert	Berbau	18. sächsischer Wahlkreis
Müller, Theodor	Breslau	Breslau O. und W., Brieg, Ramlau
Nowagost, Auguste	Rönigsberg	Rönigsberg (Pr.)

Bureau der Frauenkonferenz.

Vorsitzende:

Luise Zieg — Ottilie Baader.

Beisitzerinnen:

Agnes Fahrenwald-Berlin
Theresie Blase-Mannheim
Marie Wadwig-Dresden
Emilie Buse-Jena

Schriftführerinnen:

Ida Underlich-Magdeburg
Minna Bollmann-Halberstadt
Helene Grünberg-Nürnberg
Linchen Baumann-Mitton

Mandatprüfungs-Kommission:

Lore Agnes-Düsseldorf
Johanna Roth-Hamburg
Johanna Köhle-Galle
Anna Höfel-Chemnitz
Marie Juchacz-Nizdorf

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Ott, Frau	Bodenheim	Hannau-Bodenheim-Gelnhausen-Orb
Baulling, Frau	Frankfurt	Frankfurt-Lebus
Hollender, Berta	Leipzig	12. sächsischer Wahlkreis
Holler, Wilhelm	Kiel	Tondern-Dahum als Gast
Hopp, Adelheid	Wien	Jena-Neustadt
Hufe, Emilie	Jena	
Hauße, Ida	Braunschweig	Braunschweig-Blankenburg
Heike, Johanna	Vegeled	18. hannoverscher Wahlkreis
Hotz, Johanna	Hamburg	Hamburg 1
Hudolph, Albert	Frankfurt a. M.	Wiesbaden 3
Kunze, Paul	Köln	Köln-Stadt und Land
Mühle, Johanna	Galle a. S.	Galle a. S. und Saalkreis
Scheide, Minus	Rangendree	Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Witten
Schlomer, Elie	Lübeck	Lübeck
Schluchtmann, Wilhelm	Duisburg	Duisburg-Mülheim
Schölich, Gustav	Breslau	Breslau-Land
Schröder, Klara	Wandsbøl	Altona-Stormern
Seel, Wilhelm	Wainz	Wainz-Oppenheim
Seelinger, Berta	Saalfeld	Weiminger 1 und 2
Simon, Anna	Brandenburg	Brandenburg
Simon, Gretchen	Bremen	Bremen
Stelling, Joh.	Lübeck	Müritenum Lübeck
Steuber, Ida	Barmen	Elberfeld-Barmen
Stöckl, Henriette	Hamburg	Hamburg 2
Thabor, Johann	Krefeld	Krefeld
Trinks, Dalar	Karlsruhe	Karlsruhe-Bruchsal
Undenisch, Ida	Magdeburg	Magdeburg
Wadwig, Marie	Dresden	Dresden-Land
Weber, Andreas	Griesheim	1. nassauischer Wahlkreis
Weyers, Gajar	Essen-Ruhr	Essen-Ruhr
Weyl, Klara	Berlin	Berlin
Zettin, Klara	Stuttgart	Redaktion der „Gleichheit“
Zieg, Luise	Berlin	Vertreterin des Parteivorstandes
Zyllegan, Frieda	Greifenhagen	Standort-Greifenhagen

Der Parteivorstand ist vertreten durch die Genossen Niepmann, Mollenbuße, Pfannkuch und Wengels.

Sprechregister der Frauenkonferenz.

Agnes 426, 432	Ganna 431	Reiße 434
Andratsche 427	Gennig 427, 437	Hotz 422
Baader 430, 436	Gädel 427	Seelinger 422, 457
Baumann 428, 437	Juchacz 435	Simon-Brandenburg 432
Blase 424	Mastke 434	Simon-Bremen 425
Bollmann 424	Mauerer 457	Scheide 424, 429, 437
Brandenburg 427	Ott 424	Schlomer 426
Budmann 435	Ditto 457	Trinks 424
Dittmann 425	Pfannkuch 416	Wadwig 423
Dunder 422, 434, 436, 437, 438	Hollender 457	Weber 457
Emmenbach 428	Hopp 416	Weyl 454, 458
Geers 420	Hufe 416	Zettin 421, 425, 429, 433, 438
Hahnenwald 420, 435, 457	Hauße 420, 433	Zieg 414, 416, 417, 423, 425, 428, 429, 435, 437, 438, 457, 458
Grünberg 422, 428, 433		

Sachregister der Frauenkonferenz.

Mitglieder, Ausländische 447.	Frauenwahlrecht, Eroberung des 414.	Krankenfürsorge 454.
Agitationstouren 417.	—, Kundgebung für 421.	Krankenkassenwahlen 417.
Arbeiterbewegung, Einheit der 416.	Frauenwahlrechtszeitung, Bedeutung der 425.	Kulturaufgaben, Lösung der 450.
Arbeiterinnen, Stillese Jahren 432.	Fürsorgeziehung 456.	Landarbeiterinnenfrage 452.
Arbeiterjugendorganisation 431.	Geburtshilfe, Unentgeltlichkeit der 457.	Landarbeit, Berücksichtigung der 429.
Armenpflege in München 457.	Gemeinde, Kinderfürsorge der 455.	Lebenshaltung, Verteuerung der 440.
—, Armenverwalter 456.	Gemeinden, Forderung an die 419.	Lebensmittelerhöhung 416, 452.
—, Genossinnen in der 457.	—, Mitarbeit der Frauen 456.	Lebensende, Ausbildung von Arbeiterinnen 430.
Berufswahl 455.	Gemeindepolitik 454.	—, Besuch der 434.
Bürgerliche Parteien, Bewilligungseifer der 450.	—, Krankenfürsorge 454.	—, Gegenstand und Methode 434.
Die Frauen und der politische Kampf, Prognose 419.	Gewerbeaufsichtsbeamte 431.	— in Groß-Berlin 430.
Endziel 444.	Gewerbegerichte 417.	—, Rettung der 419.
—, Sozialdemokratisches 452.	Gewerbespektoren 431.	— in Nizdorf 436.
Frauen, Königsberg, Kaiserrede 453.	—, „Gleichheit“, Abonnentenstand der 422.	—, Vortragsthemen 433.
—, Landwirtschaftl. tätige 451.	—, Bedeutung der 433.	Liberalismus, Zusammenbruch des 442.
—, Organisation der 417.	—, Lenzung der 428.	Majestätsbeleidigungsparagraf, Reform des 441.
—, Ueberführung der 415.	—, Verhältnis der 428.	Martinismus 452.
—, Zahl der berufsmäßigen 451.	Handfertigkeitunterricht 437.	Naroklofonist 415.
Frauenbewegung, Mitarbeit der Frauen 423.	Hauspflege 455.	Militarismus 452.
—, Anstellung von Sekretären 417, 420, 422.	Hottentottenwahlen 440.	Mitbestimmung 429.
Frauenbildungsbereich 427.	Hungerrevolten 438.	Mutter- und Säuglingsfürsorge 436.
Frauenbureau 417.	Imperialismus 448.	Mutterlesende in Nizdorf 435.
Frauenfrage, Wanderredner 435.	Jugendfürsorge, Konferenz der Zentrale für 455.	Nähmittel, Gewährung der 454.
Frauenkonferenz, Bremer 419.	Kaiserrede i. Königsberg 425.	Normalarbeitstag 432.
—, Frauen auf 414.	Kapitalistische Wirtschaft und die Frauen 451.	Organisationsstatut 416.
Frauenkonferenzen, Reichs- 438.	Kaufmannsgericht 417.	Deutscher, Sozialdemokratie 416.
Frauenorganisation, Agitation in Kiel 427.	Kinderarbeit 419.	Parteipresse, Mitarbeit an 419.
— in Baden 424.	Kinderfürsorge 455.	Partei-sekretäre, Weibliche 433.
—, Fortschritte der 420.	Kinderhandel 458.	Politische Betätigung der Frauen, Flussblatt Beitr. 417.
— in München 417.	Kinderjugendkommission 419.	Proletariat, Aufhebungs-schicht des 453.
— in Schleswig-Holstein 438.	— in Baden 424.	Reichsfinanzreform, 417, 441.
Frauenrechtlerinnen, Bürgerliche 454.	— in Frankfurt a. M. 428.	Reichstagswahlen, Begeisterung für 438.
Frauentag 420.	Klassengegenätze, Verschärfung der 446.	
—, Mitgliedererwerb 423.	Klassenkämpferinnen, Revolutionäre 435.	
—, Wiederholung des 458.	Klassenlaverei, Soziale 439.	
	Kochunterricht 456.	
	Kolonialbesitz, Streben nach 447.	

Reichstagswahlen und die Frauen, Broschüre betr. 419.	Sozialreformerinnen 435.	Wahlvereine, Zahl der weiblichen Mitglieder 415.
Reichstagswahlkampf, Situation 450.	Schularztfrage 455.	Waisenfürsorge 456.
Reichsvereinsgesetz 420, 440.	Schuleinrichtungen 455.	Waisenpflege in München 457.
Reichsversicherungsordnung 414, 415, 445, 457.	Schulnot 452.	Waisenverhöhnung 452.
Ritzdorf, Musterleseabende in 435.	Schulreform der Sozialdemokratie 436.	Weitmachspolitik 447, 448.
Sänglingsfürsorge 436.	Stilprämien 451.	Witwenverhöhnung 452.
Sänglingschutz 452.	Teuerungspreise 449.	Wohnungsnot 452.
Sozialdemokratie, Desterreichische 416.	Tote des letzten Jahres 423.	Zeitungsausstragen durch Kinder 437.
Sozialismus, Ideologie des 444.	Ueberbürdung d. Frauen 415.	Zentrum, Stellung zu den verschiedenen Fragen 443.
	Unterernährung der Kinder 455.	
	Unternehmerorganisationen 449.	

Inhalts-Verzeichnis.

	Seite
Parteiprogramm	3
Organisationsstatut	6
Tagesordnung des Parteitages	11
Bureau des Parteitages	12
Vorlagen an den Parteitag	13
Bericht des Parteivorstandes	13
Bericht des Bildungsausschusses	47
Kassenbericht	65
Bericht der Reichstagsfraktion	83
Anträge an den Parteitag	150
Protokoll des Parteitages	164
Protokoll der Frauenkonferenz	414
Anträge zur Frauenkonferenz	460
Anhang I: Korrespondenz zur Marokkofrage	464
" II: Richtigstellung des Internationalen Bureaus	470
" III: Wortlaut der vom Parteitag angenommenen Anträge	471
Präsenzliste des Parteitages	476
Sprechregister des Parteitages	483
Ergebnis der Abstimmungen	484
Zuschriften und Telegramme	485
Ausländische Gäste auf dem Parteitag	485
Sachregister des Parteitages	486
Bureau der Frauenkonferenz	492
Präsenzliste der Frauenkonferenz	493
Sprechregister der Frauenkonferenz	494
Sachregister der Frauenkonferenz	495